



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

74. Sitzung (Dringlichkeitssitzung)

5. Wahlperiode

Donnerstag, 16. Juli 2009, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizepräsident Andreas Bluhm
und Vizepräsident Hans Kreher

Inhalt

Erweiterung der Tagesordnung	3	Harry Glawe, CDU	22
		Michael Roolf, FDP	24
		Udo Pastörs, NPD	26
		Heinz Müller, SPD	28, 51
		Gabriele Měšťan, DIE LINKE	33
		Toralf Schnur, FDP	36
		Martina Tegtmeier, SPD	37
		Michael Andrejewski, NPD	41
		Birgit Schwebs, DIE LINKE	42
		Sigrun Reese, FDP	44
		Vincent Kokert, CDU	45
		Stefan Köster, NPD	49
		Peter Ritter, DIE LINKE	50
		B e s c h l u s s	54
Gesetzentwurf der Landesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung zukunftsfähiger Strukturen der Landkreise und kreisfreien Städte des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Kreisstrukturgesetz) (Erste Lesung) – Drucksache 5/2683 –	3	Erweiterung der Tagesordnung gemäß § 74 GO LT	55
Gesetzentwurf der Landesregierung: Entwurf eines Gesetzes über die Zuordnung von Aufgaben im Rahmen der Landkreisneuordnung (Erste Lesung) – Drucksache 5/2684 –	3	Birger Lüssow, NPD (zur Geschäftsordnung)	55
Gesetzentwurf der Landesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Neugestaltung des Finanzausgleichsgesetzes und zur Änderung weiterer Gesetze (Erste Lesung) – Drucksache 5/2685 –	3	B e s c h l u s s	56
Ministerpräsident Erwin Sellering	3		
Minister Lorenz Caffier	7		
Helmut Holter, DIE LINKE	18		

Beschlussempfehlung des Ausschusses
für Europa- und Bundesangelegenheiten,
Justiz, Verfassung, Geschäftsordnung,
Wahlprüfung und Immunitätsangelegenheiten
gemäß § 70 GO LT

(Immunitätsangelegenheiten):

**Antrag auf Genehmigung zur weiteren
Durchführung eines Strafverfahrens**

– Drucksache 5/2675 – 56

B e s c h l u s s 56

Werner Kuhn, CDU 56

Nächste Sitzung

Mittwoch, 23. September 2009 57

Beginn: 9.06 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 74. Sitzung des Landtages. Die Landesregierung hat gemäß Paragraf 72 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung die heutige Dringlichkeitssitzung verlangt. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet.

Die vorläufige Tagesordnung der 74. Sitzung liegt Ihnen vor. Wird dieser Tagesordnung widersprochen? – Das sehe und höre ich nicht.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich an dieser Stelle ganz herzlich unserem Kollegen Jörg Vierkant zu seinem heutigen Geburtstag gratulieren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Gratulationen)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Fraktion der NPD hat einen Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 5/2701 zum Thema „Linksextreme Gewaltextzesse rigoros verurteilen“ vorgelegt. Wir werden diese Vorlage, um die die Tagesordnung erweitert werden soll, nach Tagesordnungspunkt 1 aufrufen, das Wort zur Begründung dieses Dringlichkeitsantrages erteilen sowie die Abstimmung über deren Aufsetzung durchführen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 1:** Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung zukunftsfähiger Strukturen der Landkreise und kreisfreien Städte des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 5/2683, in Verbindung mit Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes über die Zuordnung von Aufgaben im Rahmen der Landkreisneuordnung, Drucksache 5/2684, in Verbindung mit Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zur Neugestaltung des Finanzausgleichsgesetzes und zur Änderung weiterer Gesetze, Drucksache 5/2685.

**Gesetzentwurf der Landesregierung:
Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung
zukunftsfähiger Strukturen der Landkreise
und kreisfreien Städte des Landes
Mecklenburg-Vorpommern
(Kreisstrukturgesetz)**

(Erste Lesung)

– **Drucksache 5/2683** –

**Gesetzentwurf der Landesregierung:
Entwurf eines Gesetzes über
die Zuordnung von Aufgaben im
Rahmen der Landkreisneuordnung**

(Erste Lesung)

– **Drucksache 5/2684** –

**Gesetzentwurf der Landesregierung:
Entwurf eines Gesetzes zur Neugestaltung
des Finanzausgleichsgesetzes und
zur Änderung weiterer Gesetze**

(Erste Lesung)

– **Drucksache 5/2685** –

Das Wort hat zunächst der Ministerpräsident des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Erwin Sellering.

Ministerpräsident Erwin Sellering: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Landesregierung bringt heute die drei Gesetze zur

Verwaltungsreform in den Landtag ein. Diese Reform ist aus drei Gründen wichtig für unser Land:

Erstens wird Mecklenburg-Vorpommern künftig weniger Einwohner haben.

(Udo Pastörs, NPD: Toll, ne?!)

Zweitens werden wir künftig mit weniger Geld auskommen müssen.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist ja noch schlimmer.)

Und drittens erwarten die Bürgerinnen und Bürger zu Recht, dass wir unsere Verwaltung so sparsam und effizient wie möglich organisieren.

(Irene Müller, DIE LINKE: Richtig. – Michael Andrejewski, NPD: Aber nicht unsichtbar.)

Aus diesen Gründen brauchen wir eine umfassende Verwaltungsreform.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Sie ist notwendig,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

um die Zukunft und die Eigenständigkeit Mecklenburg-Vorpommerns zu sichern. Die Zahl der Einwohner in unserem Land ist seit der Wende um 300.000 gesunken.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Prognosen sagen, dass wir bis 2020 weitere 200.000 Einwohner weniger haben werden.

(Udo Pastörs, NPD: Toller Erfolg. – Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Natürlich kann man mit einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik, wie wir sie in den letzten Jahren betrieben haben, mit mehr Familienfreundlichkeit, zum Beispiel im Sinne von „Kinderland M-V“, der demografischen Entwicklung entgegenwirken, aber aufhalten lässt sie sich nicht,

(allgemeine Unruhe – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

da müssen wir realistisch sein und Vorsorge treffen.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Einen Moment, Herr Ministerpräsident.

Meine sehr geehrten Herren von der Fraktion der NPD, der Ministerpräsident spricht zur Einbringung der Gesetze und ich bitte Sie, hier diffamierende Äußerungen zu unterlassen und sich zurückzuhalten. Sie haben nachher Gelegenheit, in der Debatte das Wort zu ergreifen.

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Ministerpräsident Erwin Sellering: Die heutigen Verwaltungsstrukturen stammen aus dem Jahr 1994, aus einer Zeit also, als diese demografische Entwicklung so nicht absehbar war.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, inzwischen haben wir deutlich schrumpfende Kreise, nehmen Sie das Beispiel des Uecker-Randow-Kreises.

Vielleicht, meine Damen und Herren, sollten sich die demokratischen Parteien darauf konzentrieren, den wichtigen sachlichen Teil dieses Gesetzes zu erörtern, und einfach die Fensterfraktion ignorieren.

(Udo Pastörs, NPD: Sie interessieren sich nicht dafür, was Sie sagen.)

Ich glaube, das wäre das Richtige in dieser wichtigen Frage.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

1994 – Beispiel Uecker-Randow – über 90.000 Einwohner, 2010 werden es 70.000 sein

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

und wir fürchten, es werden 60.000 sein im Jahre 2020. Es lässt sich also nicht darum herumreden. Wir brauchen Verwaltungsstrukturen, die dieser Bevölkerungsentwicklung Rechnung tragen. Wir brauchen Strukturen, die trotz dieser veränderten Bedingungen weiter gute Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger ermöglichen.

Meine Damen und Herren, für die Reform gibt es selbstverständlich auch finanzielle Zwänge, denn jeder Bürger weniger bedeutet für Land und Kommunen pro Jahr einen Verlust von 2.400 Euro an Zuweisungen. Hinzu kommt als weitere sehr schwerwiegende Verschlechterung, die Mittel aus dem Solidarpakt II werden bis Ende 2019 schrittweise vollständig abgebaut. Außerdem läuft die EU-Höchstförderung 2013 aus. Eine mögliche Anschlussförderung, um die wir noch kämpfen müssen, wird auf jeden Fall weit geringer sein.

Aus alledem folgt: Mecklenburg-Vorpommern wird künftig mit weit weniger Geld auskommen müssen als bisher und darauf müssen wir uns heute einstellen. Wir können uns keine Politik leisten, die dieser Entwicklung tatenlos zusieht.

Meine Damen und Herren, die Bürgerinnen und Bürger erwarten, dass wir ihre Steuergelder so klug und so sparsam wie möglich einsetzen.

(Udo Pastörs, NPD: Bei den Wadan-Werften zum Beispiel.)

Sie fordern zu Recht eine möglichst gute bürgernahe Verwaltung für möglichst wenig Geld. Sie wollen, dass wir ihre Steuergelder in erster Linie für die wirklich wichtigen Aufgaben einsetzen, für die wirtschaftliche Entwicklung und für Arbeitsplätze, für Bildung, für Familien und für Kinder. Deshalb führt an einer umfassenden Verwaltungsreform mit möglichst weitgehenden Einspareffekten kein Weg vorbei. Dass solche Einspareffekte mit der vorliegenden Reform erreicht werden, stellt niemand ernsthaft infrage. Bezweifelt wird die konkret errechnete Höhe von 40 bis 50 Millionen pro Jahr, ohne allerdings da substanziiert und im Einzelnen vorzutragen. Klar ist, wir haben Reformbedarf und die Landesregierung handelt.

Meine Damen und Herren, wir legen Ihnen heute die Gesetzentwürfe zu den drei Bestandteilen der Verwaltungsreform zur Beratung vor: Kreisgebietsreform, Aufgabenübertragung, Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs. Die Gesetzentwürfe folgen dem hier vom Landtag beschlossenen Leitbild. Sie berücksichtigen die Vorgaben aus dem Urteil des Landesverfassungsgerichts und sie sind das Ergebnis der umfangreichen Anhörungen und der daraus resultierenden Abwägungsprozesse. Dass die Entwürfe nicht intensiv, nicht umfassend diskutiert und abgewogen worden seien, das kann uns wohl niemand vorwerfen. Der Innenminister wird gleich noch ausführlich darauf eingehen. Die jetzt vorliegenden Entwürfe zur Verwaltungsmodernisierung sind das Ergebnis einer langen sorgfältigen

Arbeit, an der viele beteiligt waren. Ich möchte mich bei allen bedanken, die mitgewirkt haben, ganz besonders natürlich beim zuständigen Innenminister.

(Udo Pastörs, NPD: Auch das noch!)

Was den Gesetzgebungsprozess hier im Landtag angeht, war mir sehr wichtig, dass wir alle drei Bestandteile, Kreisgebietsreform, Funktionalreform und FAG, zeitgleich einbringen. Das war die Bitte vieler Abgeordneter, aber auch von Vertretern der Kommunalpolitik, dass man hier im Landtag über das Gesamtpaket beraten kann. Dazu war in den letzten Wochen und Monaten eine große Kraftanstrengung notwendig. Ich möchte mich bei allen bedanken, die das möglich gemacht haben.

Meine Damen und Herren, ich bin überzeugt, das ist ein gutes Reformpaket. Ich sage das, auch wenn ich weiß, bei einer Reform dieser Größenordnung kann man es niemals allen recht machen.

(Zuruf von Sebastian Ratjen, FDP)

Soweit es möglich war, haben wir die Vorschläge der kommunalen Ebene aufgenommen. Aber selbstverständlich ging das nicht für jedes geltend gemachte Einzelinteresse. Die Landesregierung trägt Verantwortung für das gesamte Land und bei Berücksichtigung dieser Gesamtverantwortung fällt die eine oder andere Abwägungsentscheidung anders aus, als dies unter dem Blickwinkel eines speziellen Einzelinteresses wünschenswert erscheint. Die Landesregierung hat jedenfalls alles getan, ihrer Verantwortung gerecht zu werden, die Zukunftsfähigkeit und Leistungsfähigkeit der Kommunalverwaltung in Mecklenburg-Vorpommern insgesamt zu sichern.

Der Innenminister wird gleich die Gesetzentwürfe ausführlich vorstellen, deshalb von mir nur einige grundsätzliche Anmerkungen zu den einzelnen Vorhaben.

Zum Kreisstrukturgesetz: Da war es unser Ziel, starke und leistungsfähige Kreise zu schaffen, die ihre Aufgaben, die alten wie die neu übertragenen, effizient erfüllen können. Wir haben uns dazu für das 6-plus-2-Modell entschieden.

(Udo Pastörs, NPD: 6-plus-2-Modell!)

Das basiert auf einem Richtwert von 175.000 Einwohnern pro Kreis zum Jahr 2020. Das ist ein vernünftiger Wert.

(Michael Andrejewski, NPD: Monströs!)

Schwerin erfüllt diesen Richtwert zwar nicht, ist aber als Landeshauptstadt sicherlich in einer besonderen Situation, der wir auch Rechnung tragen. Die Umsetzung dieses Richtwertes bedeutet, dass Kreise zusammengelegt werden und dass die bisher kreisfreien Städte, bis auf Rostock und Schwerin, ihren Status nicht behalten können. Ich habe Verständnis dafür, dass einige Oberbürgermeister und Landräte sehr engagiert dafür eintreten, dass sich in ihren Kommunen nichts ändert. Aber wer jegliche Veränderung beim Zuschnitt der Kreise ablehnt, der übersieht, dass die jetzigen Strukturen so nicht überlebensfähig sind. Es ist nicht seriös und es ist auch nicht verantwortungsvoll zu sagen,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

unsere Stadt muss kreisfrei bleiben, unser Landkreis muss selbstständig bleiben, und im gleichen Atemzug vom Land mehr Geld zu fordern, weil die jetzigen Strukturen einfach zu teuer sind.

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,
und Raimund Frank Borrmann, NPD)

Im Gesamtinteresse, meine Damen und Herren, des Landes muss jetzt so gehandelt werden, wie wir das tun.

(Zuruf von Gino Leonhard, FDP)

Den massivsten Widerstand gibt es bei den bisher kreisfreien Städten, die eine Schwächung befürchten.

(Unruhe bei Abgeordneten
der Fraktionen der FDP und NPD –
Zurufe von Egbert Liskow, CDU,
und Regine Lück, DIE LINKE)

Dem ist entgegenzuhalten, Herr Liskow, die vorgesehenen Einkreisungen stärken gerade – Herr Liskow, sind Sie noch sachlich interessiert? – die Rolle der Städte als Motoren ihrer Region und des gesamten Landes. Und ich füge hinzu: Die bisher kreisfreien Städte, die eine gewisse Motorenfunktion übernehmen müssen,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

können sich auch nicht aus der Verantwortung nehmen

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

und sagen, uns geht es gut, wie es denen im ländlichen Raum geht, ist uns egal.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Meine Damen und Herren, ich bin außerdem davon überzeugt, dass größere Strukturen auch qualitativ bessere Verwaltung ermöglichen,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

zum Beispiel bei der Investorenwerbung und bei schnelleren Genehmigungsverfahren. Ich finde es erstaunlich, dass bei diesem wichtigen Reformvorhaben Einzelne hier im Hause sachliche Argumente offenbar nicht aushalten können. Das finde ich schade.

(Zurufe von Sebastian Ratjen, FDP,
und Udo Pastörs, NPD)

Meine Damen und Herren, es ist außerdem klar,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Herr Liskow hat sich gerade so geäußert.)

dass die ehemals kreisfreien Städte weiter eine besondere Rolle spielen werden. Das ist doch klar. Sie erhalten dazu als große kreisangehörige Stadt einen besonderen Status mit besonderen Kompetenzen.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Ministerpräsident, einen Moment.

Herr Fraktionsvorsitzender, Herr Abgeordneter Pastörs, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf für die Beleidigung des Ministerpräsidenten.

Ministerpräsident Erwin Sellering: Meine Damen und Herren, neu ist der Vorschlag, dass die Bürger über Kreissitz und Kreisnamen selbst entscheiden können. Wo ist meine Kreisstadt, mit welchem Autokennzeichen fahre ich künftig durch die Gegend? Das sind Fragen,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

die die Bürgerinnen und Bürger in vielen, zum Teil heftigen Diskussionen bewegen,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

und deshalb, lieber Herr Ritter, hat der jetzige Vorschlag viel für sich,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das ist einfach ein Witz.)

hier den Bürgerinnen und Bürgern selbst das letzte Wort einzuräumen. Das könnte auch die Akzeptanz der neuen Kreise und der Reform insgesamt erhöhen.

(Zuruf von Gabriele Měšťan, DIE LINKE)

Ich merke, an diesem Punkt gibt es Diskussionsbedarf.

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,
und Raimund Frank Borrmann, NPD)

Vielleicht kann die Diskussion in einer Form durchgeführt werden, die dem Charakter dieses Hohen Hauses angemessen ist. Darüber würde ich mich freuen.

(Stefan Köster, NPD: Wir stimmen über
die Abschaffung der Landesregierung ab.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zur Gebietsreform kommt als Zweites die Funktionalreform hinzu, das Aufgabenzuordnungsgesetz.

(Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktion der CDU – Unruhe bei
Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE –
Peter Ritter, DIE LINKE: Welche? Was
kommt dazu? Die Funktionalreform
habe ich nicht gefunden.)

Funktionalreform und Gebietsreform sind zwei Seiten derselben Medaille.

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Sie bilden eine Einheit.

(Stefan Köster, NPD: Ja.)

Und vielleicht können wir gemeinsam suchen, Herr Ritter.

(Zuruf von Gabriele Měšťan, DIE LINKE)

Ziel der Landesregierung war und ist es, dass die Aufgaben dort erledigt werden, wo sie am besten für die Bürger erledigt werden können. Ich glaube nicht, Herr Ritter, dass es uns weiterhelfen würde, wenn Sie einen Gegenstandspunkt einnehmen und aus ideologischen Gründen sagen,

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Das ist ja wohl eine Unterstellung.)

bestimmte Aufgaben müssen auf einer bestimmten Ebene erledigt werden,

(Unruhe bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

sondern da sollten wir in Ruhe sachlich diskutieren.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Vorgesehen ist zurzeit eine Aufgabenverlagerung vom Land auf die Kommunen, insbesondere in den Bereichen Arbeitsschutz und technische Sicherheit,

(Hans Kreher, FDP: Das, was Sie
sagen, ist Quatsch. Das ist Quatsch.)

Emissionsschutz und Jugendhilfe. Und die Frage ...

Der Zwischenruf „Quatsch“ ist vielleicht eine sehr zusammengefasste Wertung.

(allgemeine Unruhe – Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der CDU – Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Da sollten wir uns mit den Argumenten beschäftigen.

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zur Funktionalreform Folgendes anführen:

(Zuruf von Gino Leonhard, FDP)

Wir haben viele, viele Jahre daran gearbeitet und uns mit der Frage beschäftigt: In welcher Struktur können Aufgaben auf die Kommunen übertragen werden? Und da ist es so ...

(allgemeine Unruhe)

Herr Kreher, sind Sie weiter an dieser Frage interessiert?

(Angelika Peters, SPD: Nein.)

Dann hören Sie dem Redner zu, vielleicht spricht er gleich mit Ihnen.

Also es geht um Folgendes: Wir haben sehr sorgfältig sachlich erarbeitet, dass viele Aufgaben nur übertragen werden können, wenn die Struktur so ist, dass es maximal vier sind. Da ist eine lange Vorarbeit in vielen Jahren geleistet worden. Und da wir jetzt aufgrund des Landesverfassungsrechts bei einer Struktur 6 plus 2 landen, muss man genau diskutieren, was übertragbar ist und was nicht. Ich sage ganz klar: Wenn die kommunale Ebene ein großes Interesse daran hat, mehr Aufgaben zu erhalten, und sie bereit ist, die in einer Viererstruktur zu organisieren, dann ist das ein wichtiger Punkt für die Anhörung. Darüber sollten wir gemeinsam reden und nicht jetzt schon Schluss machen und sagen, das ist eine Reform, die nicht weit genug geht. Das ist etwas, was ich nicht verordnen möchte, sondern da möchte ich, dass die Kommunen mit ins Boot kommen und mit diskutieren.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Macht doch bloß einen Landkreis! Das ist am effektivsten.)

Es ist so, meine Damen und Herren, natürlich gibt es viel Kritik. Manchen geht die Funktionalreform nicht weit genug, anderen geht sie schon zu weit. Die einen wollen mehr Aufgaben übertragen haben, für die anderen sollen die Aufgaben überhaupt beim Land bleiben, auch die, die jetzt vorgesehen sind. Und die LINKE schafft das Kunststück, muss man sagen, beides zugleich zu vertreten.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Genau. Genau.)

Das ist natürlich für die einzelnen Fraktionen innerhalb der Linksfraktion ganz praktisch,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

aber es führt dazu, dass wir keinen brauchbaren, von der LINKEN insgesamt getragenen Alternativvorschlag haben, und das ist bedauerlich,

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Zurufe von Helmut Holter, DIE LINKE, und Irene Müller, DIE LINKE)

denn, ich will es noch mal deutlich sagen, gerade bei der Aufgabenübertragung

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

läge mir sehr daran, als Alternativen zu dem, was wir jetzt vorlegen, mehrheitsfähige Alternativvorschläge zu bekommen. Es reicht ja nicht rumzumäkeln,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Also wir sind hier nicht Ihre Mehrheitsbeschaffer, Herr Ministerpräsident.)

sondern es wäre doch so, dass man einen Vorschlag vorlegt und sagt, da würde es gehen, in dieser Frage würde es gehen.

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Zurufe von Helmut Holter, DIE LINKE, und Gabriele Měšťan, DIE LINKE)

Ja, eben. Eben deshalb meine Aufforderung: Arbeiten Sie kräftig mit!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Dann brauchen Sie uns aber nicht zu beschimpfen. – Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Ja, ich habe Ihre wunderbaren Zwischenrufe, ich finde keine Funktionalreform,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, finde ich doch auch nicht!)

schon ein wenig als nicht allzu sachlich empfunden.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Na, wir werden sehen!)

Ja, da würde ich Sie schon bitten, sachliche Vorschläge zu machen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Aufgabenzuweisung heißt das heute.)

Bei der FAG-Novelle ...

(Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE, und Gabriele Měšťan, DIE LINKE)

Darf ich den Zwischenrufern hier im Saal ein weiteres Thema anbieten, meine Damen und Herren?

Bei der FAG-Novelle ist es erklärtes Ziel der Landesregierung, die Zentren zu stärken.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Das war in den letzten Jahren eine wichtige Forderung des Landtages und das wird jetzt umgesetzt.

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Zuruf von Andreas Bluhm, DIE LINKE)

Und dabei geht es nicht um die Oberzentren, sondern auch um die Mittel- und Unterzentren. Diese Zentren übernehmen viele überörtliche Aufgaben, sie sind die Wachstumsmotoren im Land und deshalb müssen wir so handeln.

Meine Damen und Herren, das, was wir jetzt tun mit dem FAG, ist etwas sehr Schwieriges. Wir schaffen nämlich neue Verteilungskriterien in einer Zeit, in der es insgesamt sinkende Einnahmen gibt.

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Das stößt natürlich nicht auf Zustimmung. Das ist keine leichte Aufgabe. Aber wichtig ist für mich dabei, dass wir gerade in diesen schwierigen Zeiten, gerade auch in Zeiten der Wirtschaftskrise, daran festhalten, Land und Kommunen gehören zusammen. Land und Kommunen sind eine Schicksalsgemeinschaft und deshalb muss bei der Verteilung der Gelder nach wie vor der Gleichmäßigkeitsgrundsatz gelten, gerade wenn weniger Geld zur Verfügung steht. Das ist die faire, die gerechte und die transparente Lösung, in guten Zeiten ganz genauso wie in schlechten Zeiten.

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Meine Damen und Herren, weniger Geld zwingt uns alle, unsere Hausaufgaben zu machen. Und da denke ich, das Land kann den Kommunen mit Recht sagen, wir tun das. Nehmen Sie den Haushaltsentwurf: null Neuverschuldungen.

(Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE, und Helmut Holter, DIE LINKE)

Wir haben ein Personalkonzept beschlossen bis 2020. Das führt mit beiden Personalkonzepten zu einem Abbau aus den 90er-Jahren bis 2020 von 30 Prozent. Ich glaube, das kann so leicht kein anderes Land aufweisen. Gleichzeitig geht es uns um Bürokratieabbau, Deregulierung. E-Government wird fortgeführt. Und ich sage ganz klar, in diesen schwierigen Zeiten, in denen wir mit wegbrechenden Steuereinnahmen rechnen müssen:

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Unsere Hilfestellung für die Kommunen in dieser schwierigen Situation ist unter anderem, dass wir mit der Verwaltungsreform die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sich die Kommunen effizienter aufstellen und Geld einsparen können. Das ist ein wichtiger Beitrag, damit es den Kommunen langfristig besser geht.

Meine Damen und Herren, wir wissen noch nicht, was in der Finanz- und Wirtschaftskrise weiter auf uns zukommt, ob wir die Talsohle schon erreicht haben. Aber eines ist doch klar: Wir können diese schwierige Situation nur gemeinsam meistern. Und einfach nach mehr Geld zu rufen, das ja nicht vorhanden ist, wie es einige Vertreter der Kommunen jetzt leider tun, das ist keine seriöse Lösung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Verwaltungsreform ist ein großes und wichtiges Vorhaben, um die Zukunft unseres Landes zu sichern. Diese Reform ist notwendig. Sie ist eine große Chance. Wir zeigen, wir schaffen das. Mecklenburg-Vorpommern hat die Kraft zu notwendigen Veränderungen. Wir zeigen, wir nehmen die Zukunft unseres Landes selbst in die Hand.

(Udo Pastörs, NPD: Alles wird gut. –
Zuruf von Sebastian Ratjen, FDP)

Wir schaffen moderne Strukturen und wir bieten bürger-nahe und wirtschaftsfreundliche Verwaltung.

(Udo Pastörs, NPD: Vorwärts!
Vorwärts Demokraten!)

Ich sage Ihnen ganz klar, das ist auch Werbung für unser Land. Genauso wie uns bundesweit Anerkennung gebracht hat, dass wir als eines der ersten Bundesländer unseren Haushalt in Ordnung gebracht haben mit Nullneuverschuldung, in den letzten Jahren sogar mit Tilgung,

(Udo Pastörs, NPD: Gucken
Sie sich die Schulden mal an!)

genauso wird unsere gute und richtige Verwaltungsmodernisierung auf Anerkennung stoßen, und das untermauert unseren guten Ruf bei Investoren.

(Udo Pastörs, NPD: Besonders bei russischen.
Die kommen dann wie die Fliegen.)

Wir haben den guten Ruf bei Investoren, dass Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern mit rascher, kompetenter und unbürokratischer Unterstützung der Verwaltung rechnen können. Das einzige Negative, was wir leider haben, wenn wir um Investoren werben, ist der Ruf, dass die NPD bei uns im Landtag sitzt.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und DIE LINKE –
Zurufe von Raimund Frank Borrmann, NPD,
und Udo Pastörs, NPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Landesregierung bringt gut vorbereitete Gesetze ein.

(Udo Pastörs, NPD: Ist ja lächerlich!)

Ich bitte alle, konstruktiv an den Beratungen mitzuwirken.

(Udo Pastörs, NPD: Bei den
Touristen ist das auch so.)

Selbstverständlich wird es Änderungen geben, möglicherweise sogar mehr als sonst, aber bitte keine Diskussionen mehr, um das ganze Vorhaben doch noch zu verhindern, sondern bitte immer mit dem Ziel, dass wir gemeinschaftlich die bestmögliche Reform auf den Weg bringen. Meine Damen und Herren, handeln wir gemeinsam und bringen wir Mecklenburg-Vorpommern weiter voran! – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Udo Pastörs, NPD: Noch weiter voran!)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat jetzt der Innenminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Caffier.

Minister Lorenz Caffier: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Wenn ein Minister heute gleich drei Gesetzentwürfe in den Landtag einbringt, Ihnen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, zur Beratung und Beschlussfassung vorlegt, dann wird Ihnen mit der Einbringungsrede der wesentliche Inhalt des Entwurfs dargelegt und anschließend begründet, warum das alles so gemacht werden soll. Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, erlauben Sie mir heute einmal, kurzzeitig von diesem Verfahren abzuweichen und Ihnen zuerst die Gründe und Handlungszwänge aufzuzeigen, die das Reformgesetz für Kreisstruktur, Aufgabenzuordnung sowie den kommunalen Finanzausgleich mit sich bringt und warum es zwingend notwendig ist.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Herr Ministerpräsident Selling ist in seiner,

(Udo Pastörs, NPD: So ist das.)

Herr Ministerpräsident Selling ist in seiner Rede schon ausdrücklich darauf eingegangen. In den bisherigen Diskussionen über die Reform taucht auch immer noch die Frage auf, ob denn Reformen wirklich notwendig sind. Ich sage und wir sagen, ja, die Reformen sind

notwendig, notwendiger denn je. Deswegen werde ich noch einmal die vier wesentlichsten Gründe in den Vordergrund stellen.

Unser Land verliert weiter an Einwohnern. 1990 hatten wir rund 1,9 Millionen Einwohner.

(Udo Pastörs, NPD: Mecklenburg tut gut.)

Heute haben wir rund 1,65 Millionen Einwohner. Im Jahr 2030 werden es noch einmal 230.000 Einwohner weniger sein, also rund 1.45 Millionen Einwohner.

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Mit jedem Einwohner verliert das Land Mecklenburg-Vorpommern Jahr für Jahr 2.400 Euro aus den Zuweisungen des Bundes. Allein im Jahr 2007 haben wir 14.000 Einwohner verloren. Dies entspricht allein einem Einnahmeverlust von 33,6 Millionen Euro, die dem Land Jahr für Jahr in Zukunft nicht mehr zur Verfügung stehen.

(Udo Pastörs, NPD: Das sind Straftzettel für Ihre Politik.)

Zweitens. Unser Land wird ab 2020 keine Solidarpaktmittel mehr vom Bund bekommen. Heute sind das noch rund 1 Milliarde Euro, ab 2020 kein einziger Cent mehr.

(Udo Pastörs, NPD:
Aha, dann geht's aufwärts.)

Drittens. Die schon seit Langem absehbare Entwicklung wird noch erheblich verschärft durch die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise. Die Kommunen werden mit geringeren Steuereinnahmen rechnen können, das Land auch, und die Kommunen werden deutlich weniger Geld aus dem Finanzausgleich bekommen,

(Udo Pastörs, NPD: Macht doch nichts.
Hauptsache, die Diäten stimmen.)

nicht weil die Landesregierung ihnen nicht mehr Geld geben will, nur der Kuchen, den wir verteilen können, der wird kleiner.

(Zurufe von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE,
und Raimund Frank Borrmann, NPD)

Schon bald kommt das gerade im Bund beschlossene Verschuldungsverbot für die Länderhaushalte hinzu.

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Dann dürfen wir grundsätzlich keine neuen Schulden mehr machen.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Die ersten beiden Gründe – Verlust der Einwohner und Wegfall der Solidarpaktmittel – sind schon seit Langem bekannt. Deswegen hat ja auch das Landesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 26. Juli 2007 den Reformbedarf ausdrücklich betont und bejaht.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na, na, na, na, na!)

Dies ist damals auch von keiner der demokratischen Parteien in diesem Land infrage gestellt worden. Insofern verwundert es mich heute schon, dass man mit einer anderen Stellung eine grundsätzlich neue Position einnimmt.

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Die Gründe Weltwirtschaftskrise und Schuldenbremse auch für die Landeshaushalte kommen selbstverständlich zu diesem problematischen Paket erschwerend hinzu.

(Udo Pastörs, NPD: Dann dürft ihr
keine Schulden mehr machen,
macht ihr aber trotzdem.)

Vor allem aber verringern sie das mögliche Zeitfenster, in dem man sinnvoll Reformen gestalten kann.

(Udo Pastörs, NPD: Amateure an der Macht.)

Und deswegen, meine Damen und Herren Abgeordneten, gilt es, keine Zeit zu verlieren, und gibt es keine Alternativen zu dem vorgeschlagenen Weg.

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Gemeinsam mit meinen Kabinettskolleginnen und -kollegen bin ich außerordentlich froh darüber, dass die Landesregierung mit den vorliegenden Gesetzentwürfen den Reformknoten durchgeschlagen hat und die Gesetze auf den Weg, auf den parlamentarischen Weg bringt. Mit den Beschlüssen des Kabinetts zum Kreisstrukturgesetz, zum Aufgabenzuordnungsgesetz und zum Finanzausgleichsgesetz hat die Landesregierung eine entscheidende Etappe auf dem Weg der Verwaltungsmodernisierung in dieser Wahlperiode geschafft. Wir, die Abgeordneten des Landtages Mecklenburg-Vorpommern, tragen dafür Verantwortung, Land und Kommunen für die Herausforderungen der kommenden Jahre fit zu machen. Und die größte Herausforderung ist dabei, dass wir zukünftig für die Verwaltung von Land und Kommunen weniger Geld zur Verfügung haben werden. Die Landesregierung, die Große Koalition aus SPD und CDU, redet nicht nur, sie hat die zwingend notwendigen Reformen angefasst und auf den Weg gebracht.

(Zurufe von Raimund Frank Borrmann, NPD,
und Udo Pastörs, NPD)

Für jeden, dem das Wohl unseres Landes wirklich am Herzen liegt,

(Udo Pastörs, NPD: Mann, Mann, Mann!)

kann es bei diesen Rahmenbedingungen allerdings nur eine Schlussfolgerung aus all dem geben:

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Wenn die Einnahmenseite wegbricht, sind wir gezwungen, die Ausgabenseite anzupacken. Auf der Ausgabenseite finden wir die Stellschrauben, die wir jetzt bewegen müssen. Das Gebot der Stunde kann nur heißen:

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Sparen, um unser Ausgabenniveau –

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

unser Ausgabenniveau, das des Landes, darüber rede ich – und das der Kommunen dem anzupassen, was uns zukünftig an Mitteln zur Verfügung stehen würde. Alles andere wären Luftbohrungen und alle, die in diesem Land groß geworden sind, wissen, wozu Luftbohrungen in der späteren Zeit geführt hatten.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, das sieht man
heute, wohin die geführt haben.)

Das sollten nicht wenige hier vergessen. Bei allem Sparen, bei allem Sparen ...

(Zurufe von Andreas Bluhm, DIE LINKE,
und Raimund Frank Borrmann, NPD)

Bei allem Sparen haben wir aber gemeinsam darauf zu achten, dass unser Bundesland für seine Einwohner lebenswert bleibt.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, damit nicht ganz so viele weglaufen.)

Die Gesetze, die wir Ihnen vorlegen, sind keine Reformen zulasten der Bürgerinnen und Bürger.

Eine der zentralen Stellschrauben sind meines Erachtens die Strukturen. Ich weiß, wir haben kein Geld mehr für die Strukturen aus der Vergangenheit,

(Udo Pastörs, NPD: Aha!)

die schon nicht mehr in die Gegenwart und die erst recht nicht in die Zukunft passen.

(Udo Pastörs, NPD: Aber für die Zukunft haben wir noch Geld.)

Die Folgen, die sich für unser Land hieraus ergeben, lassen sich nicht mit einem oder zwei Gesetzen lösen, sondern erfordern ein ganzes Bündel

(Michael Andrejewski, NPD: Je mehr Gesetze, desto besser.)

verschiedener Maßnahmen und einen langen Atem für alle Verantwortlichen über mehrere Jahre hinweg.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Wir brauchen eine Wende. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Völlig zu Recht hat der Landtag – zusammen mit dem Leitbild für eine Kreisgebietsreform – daher auch einen Gesamtrahmen für die Reform beschlossen. Und genau dem fühlt sich die Landesregierung verpflichtet, wenn sie mit Hochdruck auf den verschiedenen Feldern die umfassende Verwaltungsmodernisierung vorantreibt, und das im Übrigen nicht erst seit dem Beschluss zum Gesamtrahmen. Dies geht von einem neuen Personalkonzept für die Landesverwaltung über verstärkte Nutzung von E-Government und wichtige Vorhaben des Bürokratieabbaus bis hin zu den Reformen, die für die ganze kommunale Familie von unmittelbarer und zentraler Bedeutung sind.

Die drei zentralen Bausteine aus diesem Maßnahmenpaket hat Ihnen die Landesregierung jetzt als Gesetzesentwürfe vorgelegt, die wir heute in Erster Lesung beraten. Neben der Reform der Kreisstrukturen sind dies die Reform der Aufgabenzuordnung und des Finanzausgleichsgesetzes. Zu den übrigen Themen des Gesamtrahmens, bei denen die Landesregierung ebenfalls zahlreiche Ergebnisse vorgelegt hat, verweise ich auf den Bericht der Landesregierung zur Umsetzung des Gesamtrahmens für die umfassende Verwaltungsmodernisierung in Mecklenburg-Vorpommern, der ebenfalls letzte Woche vom Kabinett beschlossen und dem Landtag zugeleitet worden ist.

Ich werde Ihnen die drei Reformgesetze, die ich heute einbringe, im Einzelnen vorstellen und beginne mit der Kreisstrukturreform. Sie steht am Beginn, weil diese Reform meiner Ansicht nach wie der Kapitän einer Fußballmannschaft

(Michael Andrejewski, NPD: Eine Abstiegsmannschaft.)

eine Führungsrolle einnimmt, die die anderen Reformen mitzieht,

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Eisberg voraus. – Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

und an der sich die weiteren Reformen orientieren werden.

Wir kommen noch dazu, meine Herren von der Fensterbank.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Die Struktur im Land steht. Sie heißt 6 plus 2.

(Udo Pastörs, NPD: Ach, sechs plus zwei?! Acht minus sieben!)

Bei unseren Landkreisen wird es zwar noch gut zwei Jahre bleiben, aber der mit Abstand mitgliederstärkste Sportverband beispielsweise im Land,

(Udo Pastörs, NPD: Jetzt wird's langsam peinlich, Herr Caffier.)

der Landesfußballverband, hat es uns vorgemacht.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Hansa ist abgestiegen.)

Seit dem 1. Juli gliedert sich der Landesfußballverband in sechs Kreisverbände. Aus vorher 14 wurden 6.

(Zuruf von Gino Leonhard, FDP)

Und warum hat der Landesfußballverband diesen Schritt gemacht?

(Udo Pastörs, NPD: Zu wenige Fußballspieler, zu viele Häuptlinge.)

Frau Präsidentin, mit Ihrer Erlaubnis möchte ich hierzu kurz drei Sätze aus einer entsprechenden Mitteilung

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

der Internetseite www.fussball.de zitieren, in der der Präsident,

(Gino Leonhard, FDP: Das kann nicht wirklich wahr sein. – Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

in der der Präsident

(Udo Pastörs, NPD: Oh, oh, oh!)

unseres Landesfußballverbandes Joachim Masuch wie folgt

(Zuruf von Sebastian Ratjen, FDP)

wiedergegeben wird.

(Stefan Köster, NPD: Sie stehen im Abseits.)

Ja, macht mal weiter.

Wer nicht zu Veränderungen bereit ist,

(Udo Pastörs, NPD: Das ist keine Veränderung, das ist Aderlass. – Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

wer nicht zu Veränderungen bereit ist, kann sich nicht entwickeln. Wir müssen auf die gesamtgesellschaftliche Entwicklung vorausschauend reagieren,

(Udo Pastörs, NPD: Ja.)

um für die Zukunft richtige Weichenstellungen vornehmen zu können.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Das System hat keine Zukunft.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Minister, einen Moment.

Meine Herren von der NPD, ich habe Sie aufgefordert, hier die Einbringungsreden der Landesregierung nicht zu stören. Sie tun das fortlaufend weiter. Ihr Fraktionsvorsitzender hat bereits einen Ordnungsruf erhalten. Ich mache Sie nochmals darauf aufmerksam, dass Sie Gelegenheit haben, sich in der Debatte zu Wort zu melden.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Ich bitte Sie, mit gebührendem Anstand jetzt hier diese Einbringungsrede zuzulassen und nicht weiter zu stören, ansonsten werde ich mit weiteren Ordnungsmaßnahmen reagieren.

Minister Lorenz Caffier: Vielen Dank.

Wir müssen auf die gesamtgesellschaftliche Entwicklung vorausschauend reagieren, um für die Zukunft richtige Weichenstellungen vornehmen zu können.

(Udo Pastörs, NPD:
Sie sind ein Weitsichtmensch.)

Es gibt zwar bereits jetzt Partnerschaften zwischen den Kreisverbänden, mit der Strukturreform werden wir aber die Verbände auf eine bessere Basis stellen können. Ich denke, wenn wir weitere Gründe hören wollen, brauchen wir nur den Vizepräsidenten, der auch Abgeordneter dieses Landtages ist, zu fragen.

(Michael Andrejewski, NPD:
Die waren beim Fußballverband. –
Raimund Frank Borrmann, NPD: FIFA.)

Diese Sätze bringen zum Ausdruck, was das Land unbedingt braucht, nämlich eine Reform. Insofern werden wir uns in diesem Fall auf ein System – um in der Fußballsprache zu bleiben, die Sie ja offensichtlich nicht verstehen –, auf 6 plus 2 verständigen.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Ist gleich elf.)

Die Begründungen für die Strukturreform des Landesfußballverbandes finden sich in ähnlicher Weise auch im Entwurf des Ihnen vorliegenden Kreisstrukturgesetzes,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

den wir heute in Erster Lesung beraten. Und wenn zwei unterschiedliche Einrichtungen mit vergleichbaren Begründungen zum selben Ergebnis kommen, die sich auch aus Einwohnern und Mitgliedern speisen, dann kann die Lösung nur vernünftig und richtig sein.

Sie alle wissen, dass vor fast zwei Jahren das Landesverwaltungsgericht ...

(Zuruf aus dem Plenum:
Landesverfassungsgericht.)

Das Landesverfassungsgericht, danke.

... das Verwaltungsmodernisierungsgesetz der letzten Legislaturperiode gestoppt hat. Die Landesregierung hat seitdem ihre Hausaufgaben gemacht, innerhalb kurzer Zeit einen Gesetzentwurf erarbeitet und diesen in einem umfassenden Dialog, so, wie das Landesverfassungsgericht es gefordert hat, abgestimmt und beschlossen.

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Wir müssen Land und Kommunen jetzt in eine Struktur bringen, in der sie die Herausforderungen der kommenden Jahre bestehen können.

(Michael Roolf, FDP: Dialog sind immer zwei.)

Wie eingangs dargelegt, ist die größte Herausforderung dabei, dass wir zukünftig für die Verwaltung von Land und Kommunen erheblich weniger Geld haben werden als heute. Hat das Landesverfassungsgericht den dringenden Reformbedarf in seinem Urteil betont, so ist aus dem Drängen zwischenzeitlich ein Zwingen geworden, aus dem sich unmittelbarer Handlungsbedarf für die Landesregierung, aber auch für den Landtag ableitet.

(Gino Leonhard, FDP: Zehn Jahre lang. –
Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Und „jetzt“ heißt „heute“, heißt nicht, erst 2014 oder noch später.

Meine Damen und Herren, die wesentlichen Inhalte des Entwurfes sind: Ab September 2011 wird es nach unserem Entwurf nur noch sechs Landkreise und zwei kreisfreie Städte geben, also 6 plus 2.

(Zuruf von Michael Roolf, FDP)

Jahr für Jahr aufs Neue können 40 bis 50 Millionen Euro weniger für die Verwaltung der Verwaltung ausgegeben werden. Die knapper werdenden finanziellen Mittel stehen für die wirklich wichtigen Aufgaben zur Verfügung. Die Bürger werden die Namen und die Sitze der neuen Landkreise durch Bürgerentscheide selbst bestimmen dürfen. Das ist deutschlandweit einmalig.

(Michael Andrejewski, NPD:
Aber nicht deren Existenz.)

Einmalig für Gebietsreformen ist auch der ständige Dialog, den wir seit dem Urteil des Landesverfassungsgerichtes über die vorherige Reform mit der kommunalen Familie führen und der jetzt im Landtag fortgesetzt wird. Für diesen Dialog stehen beispielsweise folgende Zahlen: 1.076 Einrichtungen – das sind 12 Landkreise, 6 kreisfreie Städte, 34 amtsfreie Gemeinden, 79 Ämter und 807 amtsangehörige Gemeinden sowie 138 Verbände und Körperschaften – wurden zur Stellungnahme zum Gesetzentwurf aufgefordert. Fast 300, teils sehr umfangreiche, detaillierte und hilfreiche Stellungnahmen sind eingegangen. Nur dieser intensive Dialog macht es möglich, berechtigte Wünsche und Änderungen in wichtigen Teilen zu berücksichtigen.

Die Kreisstrukturreform ist eine Reform für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Zu Recht stellen die Bürger uns die Frage, was sie davon hätten, wenn sich die Verwaltung reformiert. Ich bin der festen Überzeugung, alle Bürgerinnen und Bürger Mecklenburg-Vorpommerns werden von dieser Reform Vorteile haben, ganz konkret:

- weil die Reform dafür sorgen wird, dass jedes Jahr 40 bis 50 Millionen Euro nicht für die Verwaltung der Verwaltung ausgegeben werden,
- dass stattdessen auch weiterhin Geld für die wirklich wichtigen und sinnvollen Aufgaben vor Ort zur Verfügung steht,
- dass also auch weiterhin Geld da ist für Kindergärten, für Schulen, für Jugendklubs, für Radwege, für die Unterstützung des ehrenamtlichen Vereinslebens vor Ort,
- dass kommunale Steuern und Beiträge in Zukunft nicht infolge zu kleinteiliger Strukturen weiter steigen, jedenfalls nicht jenseits der allgemeinen Preisentwicklung,

- dass das Angebot an staatlichen Leistungen weiterhin auch in der Fläche finanziert werden kann und weitestgehend erhalten bleiben wird.

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch einige Sätze zu den erwähnten Einsparmöglichkeiten der Reform sagen. Wir erwarten Einsparungen von gut 40 Millionen Euro Jahr für Jahr. Die Landesregierung hat in dieser Frage alles getan, was man zur Vorbereitung der Gebietsreform tun muss. Es liegen seit geraumer Zeit drei Untersuchungen vor – zwei des Hofes sowie eine des Innenministeriums. Seit Kurzem ist eine vierte Untersuchung der KGSt, die von den Städten und Gemeinden und Landkreisen gemeinsam getragene Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement, hinzugekommen. Alle vier Untersuchungen beruhen auf unterschiedlichen wissenschaftlichen Methoden und alle kommen zu vergleichbaren Ergebnissen, was bedeutet, bei vorsichtiger Betrachtung sind gut 40 Millionen Euro an Einsparungen zu erzielen, und zwar Jahr für Jahr aufs Neue.

(Udo Pastörs, NPD: Toll, ein richtiger Goldesel.)

Natürlich werden wie bei jeder Strukturreform zunächst auch einmalige Umstellungskosten entstehen.

(Michael Andrejewski, NPD:
Schwache Hoffnung.)

Diese fallen aber nur übergangsweise an und sie stehen in keinem Verhältnis zu den Einsparungen. Um Belastungen aus der Umstellung der Verwaltung auszugleichen, wird das Land den Kommunen zudem unter großen Kraftanstrengungen mit einer Anschubfinanzierung von insgesamt 36 Millionen Euro unter die Arme greifen.

(Udo Pastörs, NPD: Jawoll, wir haben's ja.)

Dieses Geld kommt den neuen Landkreisen sowie den Städten zugute, die nicht mehr Kreissitz sein werden oder die nach der Einkreisung den Kreissitz nicht erhalten.

Meine Damen und Herren, der Gesetzentwurf löst die Frage einer neuen Struktur für die Landkreise und kreisfreien Städte klar und deutlich.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Es werden sechs neue Landkreise gebildet und die beiden größten Städte unseres Landes bleiben kreisfrei. Dem liegen in beispielloser Breite für kreisliche Neugliederungen umfassende und nachvollziehbare Abwägungsüberlegungen zu allen entscheidenden Belangen zugrunde. Wir haben sehr gründlich Alternativen zur Kreisstrukturreform untersucht. Es wurde ausführlich geprüft, ob andere Strukturen der 6-plus-2-Lösung vorzuziehen sind. Wir haben uns intensiv mit den Vorgaben des Verfassungsgerichts und des Leitbildes, insbesondere auch zur Fläche, auseinandergesetzt und schließlich das Für und Wider der Einkreisung erschöpfend abgewogen. Die Lösung nach alldem heißt: 6 plus 2. Diese Lösung hat sich im Laufe der Zeit aus zunächst 13 näher untersuchten Modellen herauskristallisiert. Zuletzt im Rahmen der Anhörung zum vorliegenden Entwurf habe ich nochmals den Dialog mit den Kommunen und Verbänden gesucht. Die Stellungnahmen, die eingegangen sind, waren weitgehend sehr hilfreich.

(Michael Rooff, FDP: Nee, nee!)

und haben auch in den Entwurf Eingang gefunden.

(Zuruf von Gino Leonhard, FDP)

Im Ergebnis dieses erneuten Dialogs bleibt es bei 6 plus 2.

Es gibt aber natürlich auch Neuerungen im Entwurf. Auf die eine ist der Ministerpräsident schon eingegangen: die Änderung der Bestimmung von Name und Sitz des neuen Landkreises. Am Tag der Kreistags- und Landratswahlen im September 2011 werden die Bürgerinnen und Bürger im Rahmen von Bürgerentscheiden auch den Namen ihrer Landkreise bestimmen können.

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Mehr leider nicht.)

und in welcher Stadt zusätzlich der offizielle Sitz der Kreisverwaltung sein soll, also welche Stadt Kreisstadt wird.

(Zuruf von Gabriele Měšťan, DIE LINKE)

Wie sich auch im Zug der Anhörung zum Gesetzentwurf gezeigt hat, kommt insbesondere der Festlegung des Namens des neuen Landkreises eine hohe emotionale Bedeutung zu. Wir legen deswegen, im Übrigen deutschlandweit bei einem derartigen Vorhaben einmalig, die Bestimmung der Namen und Kreissitze bewusst in die Hände der Bürgerinnen und Bürger,

(Sebastian Ratjen, FDP:
Warum denn nicht die Gebiete auch? –
Zuruf Raimund Frank Borrmann, NPD)

denn wir meinen, dass die Menschen vor Ort die jeweils regionalen Besonderheiten und Bedürfnisse am besten kennen. Und deswegen sollen sie auch darüber entscheiden.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Nach meiner festen Überzeugung ist es wichtig und richtig,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

die Bevölkerung hier an dem Gestaltungsprozess mit zu beteiligen. Der Name des Landkreises sowie der Sitz der Verwaltung sind wichtige Elemente, die die Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Kommune, mit ihrer Region verbinden.

(Michael Andrejewski, NPD:
Der Kreis selbst auch.)

Und darüber sollen sie dann auch entscheiden dürfen.

(Sebastian Ratjen, FDP:
Ach so, Entschuldigung.)

Meine Damen und Herren, mit dem Namen eines neuen Landkreises, auch darauf ist der Ministerpräsident schon eingegangen, ist ein Thema verbunden, das die Bürger sowohl in den großen Städten als auch in den Landkreisen bei jeder Kreisreform, im Übrigen auch bei der letzten, immer wieder bewegt, und das ist besonders das Kfz-Kennzeichen. Nach der Reform wird und muss niemand sein Kennzeichen abgeben, weil die jetzigen Kennzeichen als auslaufende Kennzeichen weiter benutzt werden können. Nur die neu Zugelassenen erhalten dann neue Kennzeichen, die entsprechend den Beschlüssen in den jeweiligen Regionen dann auch die dementsprechenden Kennzeichen haben.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang den Ideenreichtum gerade in neuen Kreisen, die wir im Gesetz beispielsweise vorläufig Südvorpommern nennen, anregen. Die verantwortlichen Kommunalpolitiker könnten

ihren Wählern doch zum Beispiel einen Namen vorschlagen, aus dem sich das Autokennzeichen HGW ableiten lässt,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
„HGW ade“ am besten noch.)

also „Hansekreis Greifswald“ beispielsweise. Das wäre doch ein gut klingender Name.

(Udo Pastörs, NPD: Fußballmannschaft.)

Aber dann würde ich mir allerdings auch ein Plakat wünschen, was da lautet: „Wir fahren weiter HGW – dank SELLERING und CAFFIER.“

(allgemeine Heiterkeit –
Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Meine Damen und Herren, die zweite Neuerung bezieht sich auf die Stadt Dargun.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Auf ihren eigenen Wunsch hin

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

wird sie jetzt dem neuen Landkreis Mecklenburgische Seenplatte anstatt dem Landkreis Mittleres Mecklenburg zugeordnet.

(Udo Pastörs, NPD: Caffier, Caffier, das tut weh!)

Ich nenne hier die Stadt Dargun stellvertretend für alle seit Juni 2008

(Zuruf von Sebastian Ratjen, FDP)

von einzelnen Gemeinden beziehungsweise Ämtern mitgeteilten Wünsche nach Zuordnung zu einem anderen als dem vorgesehenen neuen Landkreis. Soweit dies im Rahmen der 6-plus-2-Lösung möglich ist, haben wir diese Wünsche berücksichtigt.

Auch dieses Beispiel zeigt erneut, dass die Landesregierung die Reformen im ständigen Dialog mit den Kommunen und den Landesverbänden entwickelt und vorangetrieben hat. Bereits in einem früheren Stadium haben wir die Ämter Ostufer Schweriner See und Sternberger Seenlandschaft auf ihren Wunsch hin nicht Nordwestmecklenburg zugeordnet,

(Hans Kreher, FDP: Das ist böse.)

sondern sie in Südwestmecklenburg belassen.

(Zuruf von Michael Rooff, FDP)

Der Wille und die Bereitschaft zum Gespräch und zur Diskussion waren seitens der Landesregierung stets gegeben und haben sich in zahlreichen Punkten im Entwurf auch ganz greifbar niedergeschlagen. Lediglich den Zuordnungswünschen von drei Gemeinden aus dem Amt Demmin-Land konnte zumindest im jetzigen Stadium nicht entsprochen werden. Allerdings wurde eine Regelung im Gesetzentwurf aufgenommen, demzufolge einzelne Gemeinden bis zum 31.12.2010 beim Innenministerium die Zuordnung zu einem anderen benachbarten neuen Landkreis beantragen können.

(Marc Reinhardt, CDU: Sehr gut.)

Wir werden dann die Anträge dahin gehend prüfen, ob eine solche Zuordnung mit dem öffentlichen Wohl insgesamt zu vereinbaren ist. Dabei müssen und werden wir insbesondere die Leistungsfähigkeit der vom Wechsel betroffenen Ämter im Blick haben.

Meine Damen und Herren, in der Frage der Einkreisung lautet die Lösung: plus zwei. Neben den sechs neuen Landkreisen wird es künftig nur noch zwei kreisfreie Städte geben. Alle vier Einkreisungen stärken nach meiner Überzeugung die jeweilige Stadt in ihrer Rolle als Entwicklungszentrum der Region und damit des gesamten Landes.

(Sebastian Ratjen, FDP: Das ist nicht Realität.)

Sowohl zur Entspannung der Stadt-Umland-Beziehungen als auch wegen der demografischen und finanziellen Entwicklung

(Michael Andrejewski, NPD: Das schwächt alle.)

sind die vier Einkreisungen geboten.

Durch die Integration der Städte in die erheblich vergrößerten Landkreise werden alle Aufgaben, die das gesamte Kreisgebiet betreffen – die Planung, die Entscheidung, der Vollzug und letztendlich auch die Kontrolle –, in einer Hand liegen.

(Michael Rooff, FDP: Ja.)

Dies gilt für so wichtige Aufgaben wie Trägerschaft für Gymnasien und berufliche Schulen, den öffentlichen Gesundheitsdienst, den öffentlichen Personenverkehr, Abfallentsorgung und, und, und. Das wissen Sie als Kommunalvertreter genauso gut wie ich. Dass hier als direkte Folge der Einkreisung Zeit, Mühe, Geld für langwierige Abstimmung gespart wird, leuchtet jedem ein.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Aha! –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Zeit und Geld können dann wirklich sinnvoll eingesetzt werden,

(Zuruf von Gino Leonhard, FDP)

nämlich dafür, dass die Anliegen der Bürger schnell und kostengünstig erledigt werden.

Die Eingliederung der Städte in einen Landkreis bei gleichzeitiger Vergrößerung der Landkreise eröffnet zahlreiche neue Entwicklungschancen, und zwar sowohl in den Beziehungen zwischen der Stadt und ihrem unmittelbaren Umland als auch in den Beziehungen zwischen der Stadt und dem Landkreis insgesamt. Das heißt ganz konkret, dass etwa die Lasten im Sozial- und Jugendhilfebereich künftig viel gerechter verteilt werden können als heute. Im Ergebnis profitieren so alle Beteiligten von der Einkreisung. Und natürlich sorgen wir dafür, dass die eingekreisten Städte als künftige große kreisangehörige Städte

(Zuruf von Gino Leonhard, FDP)

auch weiterhin eine herausgehobene Rolle spielen werden.

(Zuruf von Sebastian Ratjen, FDP)

So werden die vier Städte auch künftig unter anderem für Denkmalschutz und die Baugenehmigungen zuständig sein.

(Michael Rooff, FDP: Oh ja, oh ja!)

Und das ist nicht nur für die Weltkulturerbestädte Stralsund und Wismar von großer Bedeutung, auch in Neubrandenburg, in Greifswald werden die Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft selbstverständlich wie bisher zum Beispiel ihre Baugenehmigung von der Stadt bekommen. Ich sehe in der Verankerung der großen

kreisangehörigen Stadt in der Kommunalverfassung ein ganz besonderes, ausgleichendes Element,

(Michael Andrejewski, NPD:
Wie ein Trostpreis.)

welches gut dazu geeignet ist, die Bedeutung dieser Städte hervorzuheben. Auch wollen wir hiermit erreichen, dass viele wichtige Entscheidungen dicht beim Bürger bleiben.

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Meine Damen und Herren, ich will in diesem Rahmen noch einmal kurz auf eine vermeintliche Alternative eingehen, die in den Medien in den letzten Tagen immer wieder auftauchte. Aus der Hansestadt Greifswald wurde ein sogenanntes Stadtkreismodell in die Diskussion gebracht.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das kommt aus der CDU. – Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Das heißt, die Stadt und einige ihrer Umlandgemeinden werden gemeinsam durch die Stadt verwaltet, ohne dass es zu Eingemeindungen kommt. Stadt und Gemeinden gehören dann keinem Landkreis an. Diesem Modell ist entgegenzuhalten, dass eine Trennung in ländlichen Raum auf der einen Seite und Kernstadt mit ihrem städtischen Umland auf der anderen Seite zu einer empfindlichen Schwächung des struktur- und einwohnerschwachen ländlichen Raums Mecklenburg-Vorpommern führen wird. Ich will das hier heute einmal ganz deutlich sagen. Ein solches eigennütziges Modell kann man durchaus vor Ort vertreten. Dafür habe ich viel Verständnis. Es kommt aber nicht in Betracht, wenn man das Wohl des gesamten Landes,

(Zurufe von Angelika Peters, SPD,
und Sebastian Ratjen, FDP)

auch der strukturschwachen ländlichen Gegenden, im Blick haben muss. Das habe ich als Innenminister, das hat die Landesregierung und auch die sie tragenden Fraktionen.

Lassen Sie mich bitte noch einiges zur Stärkung des Ehrenamtes ausführen, das auch mir sehr am Herzen liegt. Eine Kreisstrukturreform ist kein Zaubermittel, um alle Schwierigkeiten des Ehrenamtes zu beseitigen. Sie ist aber eine ...

(allgemeine Unruhe)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind noch nicht in der Debatte. Ich mache Sie nochmals darauf aufmerksam, bitte jetzt dem Redner, dem Innenminister, zuzuhören.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Ist die Koalition aufgeregt!)

Minister Lorenz Caffier: Sie wird dem einen oder anderen vielleicht bitter schmecken, aber sie wird helfen. Alles das, was im Zuge der Neugliederung realistisch erreicht werden kann, wollen wir mit dem Entwurf auch in die Tat umsetzen. Aber der entscheidende Satz gleich vorweg: Die Reform der Kreisstrukturen an sich ist es, die das Ehrenamt in den Kreistagen stärkt. Eine der wesentlichsten Voraussetzungen für ein starkes und lebendiges Ehrenamt

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Das ist ein Märchen.)

ist nämlich das Vorhandensein dauerhaft leistungsfähiger und lebensfähiger kommunaler Körperschaften. Die Bereitschaft zur ehrenamtlichen Betätigung hängt in erheblichem Umfang von stabilen Rahmenbedingungen und vorhandenen Handlungsspielräumen ab. Wir haben der Gefahr entgegenzuwirken, dass sich nur wenige für ein kommunalpolitisches Ehrenamt interessieren, wenn es nur noch den Mangel zu verwalten gibt.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Das öffnet den Extremisten von links und rechts die Türen zu den Kommunalparlamenten noch weiter.

(Irene Müller, DIE LINKE: Was, was, was?
Das ist ja wohl jetzt die Frechheit. –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wie wichtig ehrenamtliches kommunales Engagement von Demokraten ist,

(Irene Müller, DIE LINKE:
Das war eine Frechheit eben.)

hat das Ergebnis der Kommunalwahl gezeigt. Auch deswegen die Reform, denn nur wirtschaftlich leistungsfähige Körperschaften können solide Rahmenbedingungen und die entsprechenden Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten auf Dauer gewährleisten.

Leider ist es wahr: Höhere Einnahmen für die Kommunen sind in den nächsten Jahren nicht in Sicht.

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Die sind nie mehr in Sicht, Herr Minister.)

Damit steht fest: Eine Verbesserung der finanziellen Handlungsmöglichkeiten ist nur durch die Schaffung leistungsfähiger kommunaler Einheiten und der damit verbundenen Bündelung der knappen Finanzmittel möglich.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Damit einhergehen muss selbstverständlich auch weiterhin eine konsequente Konsolidierung der Haushalte. Auch das ist Teil der Wahrheit. Nur so kann vor Ort nicht nur die Gegenwart verwaltet, sondern auch die Zukunft gestaltet werden.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Meine Damen und Herren, das Bestreben der Landesregierung zur Schaffung starker kommunaler Körperschaften ist damit unmittelbar auf den Erhalt und die Stärkung des ehrenamtlichen Engagements vor Ort gerichtet.

(Vizepräsident Andreas Bluhm
übernimmt den Vorsitz.)

Die in den leistungsstärksten Einheiten vergrößerten Budgets eröffnen effektive Gestaltungsmöglichkeiten. Diese haben unmittelbar positive Auswirkungen sowohl auf die politische als auch auf die außerpolitische ehrenamtliche Betätigung. Es wird insbesondere auch Freiräume für die Wahrnehmung freiwilliger Aufgaben geben, zu denen nicht zuletzt die Unterstützung und Förderung des sozialen, kulturellen und sportlichen Engagements vor Ort gehören.

Zusätzlich zum Erhalt beziehungsweise zur Schaffung dauerhaft leistungs- und lebensfähiger kommunaler Körperschaften hat die Landesregierung daher eine Reihe weiterer Einzelmaßnahmen ergriffen, um das Engagement der Bürgerinnen und Bürger für eine ehrenamtliche kommunalpolitische Tätigkeit zu erhalten und

weiter zu fördern, auch in den jeweiligen Parlamenten. Im Zuge des Kreisstrukturgesetzes ist die Änderung des Kommunalwahlgesetzes dahin gehend vorgesehen, dass die Kreistage in flächenmäßig großen Landkreisen durch zusätzliche Mitglieder verstärkt werden. Auch ist die Stärkung der Rechte von gemeindlichen Ortsteilen, die vormals selbstständige Gemeinden, Kleinstgemeinden waren, vorgesehen. Ebenfalls durch das Kreisstrukturgesetz sollen in der Kommunalverfassung Regelungen zu einer verbesserten Ausstattung der Fraktionen in den Kreistagen getroffen werden. Damit ist eine effektive Mandatsausübung möglich.

Durch die beabsichtigte Aufhebung der Entschädigungsverordnung wird die Flexibilität im Umgang mit den Entschädigungen der ehrenamtlich Tätigen erheblich erhöht und eine aufwandsgerechte Abgeltung deutlich erleichtert.

(Zurufe von Gino Leonhard, FDP,
und Udo Pastörs, NPD)

Die Strukturreform und die begleitenden Maßnahmen stärken also im hohen Maße die Gestaltungsmöglichkeiten und die Verantwortung der ehrenamtlichen Kreistagsmitglieder.

Ich bin immer davon ausgegangen, meine Damen und Herren, dass Kreisgebietsreform und Funktionalreform eine Einheit bilden und aufeinander abzustimmen sind. So gibt es auch das Leitbild des Landtages vor und genauso hat die Landesregierung diese beiden Reformbaustellen auch behandelt.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Ja, genau, wenn man das so betrachtet. –
Zurufe von Gino Leonhard, FDP,
und Udo Pastörs, NPD)

Wir haben uns bei der Funktionalreform davon leiten lassen, welche Anforderungen die Bürgerinnen und Bürger an die Verwaltung stellen. Die Verwaltung muss wirtschaftlich arbeiten, Verwaltung muss zweckmäßig arbeiten. Es darf kein Hin- und Herschieben von Verantwortlichkeiten geben.

(Gino Leonhard, FDP: Nein,
das passiert ja auch nicht, ne?! Nein.)

Verwaltung muss vor Ort sein,

(Gino Leonhard, FDP: Jawohl.)

keine Doppelzuständigkeiten von Land und Kommunen,

(Zuruf von Gino Leonhard, FDP)

möglichst viele Aufgaben im eigenen Wirkungskreis ansiedeln, Bündelung von Aufgaben auf der kreislichen Ebene.

(Udo Pastörs, NPD:
Vernetzung ist noch wichtig,
Vernetzung. Alles muss vernetzt sein.)

Auf einen Nenner gebracht heißt das, die Aufgaben sollen von der Behörde wahrgenommen werden, die es am besten kann. Davon kann es zum Schluss auch nur eine geben, egal auf welcher Ebene.

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Wenn auch in dieser Wahlperiode im Zusammenhang mit der Kreisgebietsreform Aufgaben vom Staat auf die Kommunen verlagert werden sollen, dann handelt es sich nicht um einen einmaligen, besonderen Vorgang,

es ist vielmehr ein weiterer Schritt in einer fortlaufenden Entwicklung.

(Udo Pastörs, NPD: Jawohl! –
Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Mit der jetzigen Funktionalreform stellen wir vor allem die Wirtschaftlichkeit der Aufgabenerledigung in den Mittelpunkt.

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Das versuchen Sie schon seit 20 Jahren.)

Um den Bürgern möglichst viele Dienstleistungen unter einem Dach anbieten zu können, sollen Aufgaben auf einer Ebene gebündelt werden.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Der Gesetzentwurf der jetzigen Funktionalreform sieht zum gegenwärtigen Zeitpunkt vor, dass 201 Personalstellen vom Land zu den Kommunen wechseln. So wurde einvernehmlich,

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Es wurden vorher 300 angekündigt.)

so wurde einvernehmlich ...

Das stimmt leider nicht, Frau Měšťan, aber Sie haben ja die Beratungen jetzt vor sich.

(Zurufe von Gino Leonhard, FDP,
und Raimund Frank Borrmann, NPD)

So wurde einvernehmlich auf eine Übertragung der Straßenbauverwaltung verzichtet. Andere Aufgabenbereiche wie die Eichverwaltung kommen für eine Übertragung nicht mehr in Betracht, da in diesem Bereich nunmehr eine länderübergreifende Zusammenarbeit besteht.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Das wollten wir auch so.)

Die Aufgabenerledigung im Bereich der Fördermittel wurde weitgehend beim Landesförderinstitut zentralisiert.

Meine Damen und Herren, ich fordere Sie auf, die Bedeutung der Funktionalreform nicht allein an der Anzahl der Personalstellen,

(Gino Leonhard, FDP: Da war doch was?!)

die kommunalisiert werden, zu messen.

(Irene Müller, DIE LINKE:
Nein, an Qualität, richtig.)

Entscheidend ist es vielmehr, dass es sich um bedeutende Aufgaben handelt

(Zuruf von Michael Roolf, FDP)

oder dass vorhandene Aufgaben sinnvoll ergänzt werden. Wenn Sie den Gesetzentwurf einmal aus diesem Blickwinkel betrachten, werden Sie schnell merken,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

dass die bisher pauschal geäußerte Kritik zu den übertragenden Stellen so nicht berechtigt sein kann.

Zukünftig werden die Aufgaben des Arbeitsschutzes und der technischen Sicherheit sowie des Immissionsschutzes und der Abfallwirtschaft auf der Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte wahrgenommen. Die Kreis-ebene wird dadurch in die Lage versetzt, eine Vielzahl

von Verwaltungsleistungen insbesondere für wirtschaftliche Unternehmen aus einer Hand zu leisten. Weitere Aufgaben werden aus den Bereichen Wasser und Boden sowie Naturschutz und Landschaftspflege auf die Landkreise und kreisfreien Städte übergehen.

(Gino Leonhard, FDP: 201 Stellen.)

Mit dieser Aufgabenverlagerung wird ein Beitrag zum Abbau von Doppelzuständigkeiten geleistet. Die Aufgaben des Landesjugendamtes werden zukünftig beim kommunalen Sozialverband Mecklenburg-Vorpommern angesiedelt. Dieser Kommunalverband nimmt bislang schon die Aufgaben der überörtlichen Sozialhilfeträger wahr.

(Zuruf von Gino Leonhard, FDP)

Damit wird einer langjährigen Forderung der kommunalen Landesverbände entsprochen. Somit ist die öffentliche Jugendhilfe vollständig in kommunaler Hand.

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung ist vorgesehen, folgende Aufgaben in den eigenen Wirkungskreis zu übertragen:

- Aufgaben der Schulentwicklungsplanung
- Trägerschaft für die Förderschulen
- Durchführung beruflicher Prüfungen für Grünanlagen
- Aufgaben der Besuchskommission für die psychiatrischen Krankenhäuser
- Aufgaben nach dem Elterngeld- und Elternzeitgesetz sowie
- Aufgaben der überörtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe

Meine Damen und Herren, auch diesen Gesetzentwurf haben wir in einem intensiven Dialog mit der kommunalen Familie stetig entwickelt, diskutiert und vorangebracht.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Dieser Dialog erbrachte viele Vorschläge für weitere Aufgabenübertragungen. Auch darauf ist der Ministerpräsident eingegangen. Zunächst konnten wir davon nur die vollständige Übertragung des Immissionsschutzes berücksichtigen. Hierzu gibt es jedoch eine zukunftsweisende neue Regelung im Gesetzentwurf, denn für die Bereiche Immissionsschutz und Abfallwirtschaft sowie Arbeitsschutz und technische Sicherheit wurden Verordnungsermächtigungen in das Gesetz aufgenommen. Damit kann die Landesregierung kreisübergreifende Zuständigkeitsbereiche für die Aufgabenerledigung bestimmen – aus Sicht der Fachressorts ein dringend notwendiges Instrument, um die fachliche Qualität der Aufgabenübertragung absichern zu können. Bislang ist in Mecklenburg-Vorpommern die Kataster- und Vermessungsverwaltung genauso organisiert. Darüber hören wir keine Klagen. Diese Organisationsform hat sich bewährt.

Ich bin überzeugt, dass sich diese Form der Kommunalisierung, also eine Kommunalisierung in einer Art Viererstruktur,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Oh, oh!)

auch hervorragend für andere Bereiche eignen würde.

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Die kommunalen Landesverbände stehen einer gesetzlich geregelten Organisation kritisch gegenüber und setzen mehr auf die Freiwilligkeit ihrer Mitglieder. Ich habe mich daher entschieden, den kommunalen Körperschaften zunächst bis zum 30. April 2012 Zeit einzuräumen, eigene Vorschläge zur Aufgabenerledigung zu entwickeln. Muss ich jedoch erkennen, dass die neuen Aufgabenträger keine hinreichende Gewähr für eine ordnungsgemäße Erledigung der Aufgaben bieten können, wird die Landesregierung dort, wo es nötig ist, von der Verordnungsermächtigung Gebrauch machen.

Meine Damen und Herren, wegen eventuellen Unwägbarkeiten von gesetzlichen Regelungen zum Personalübergang wurde der Grundsatz „das Personal folgt der Aufgabe“ im Gesetzentwurf relativiert.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Aber nur freiwillig.)

Die kommunalen Körperschaften sollen, aber müssen nicht die Beschäftigten übernehmen. Für die Beschäftigten, die Fachaufgaben wahrnehmen, ist der Wechsel ebenfalls freiwillig.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Fragen Sie mal die Kommunalen,
was die von diesem Murks halten. –
Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

Diese Lösungen wurden von den kommunalen Landesverbänden ausdrücklich begrüßt.

Meine Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle der Enquetekommission mit ihrem Vorsitzenden, dem Abgeordneten Heinz Müller, danken. In konstruktiv-kritischer Weise hat die Enquetekommission die Erarbeitung der Gesetze

(Helmut Holter, DIE LINKE: Oh, oh!)

zur Kreisstruktur- und Funktionalreform begleitet. Ich will nicht verhehlen,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Nur zu! –
Zuruf von Gabriele Měšťan, DIE LINKE)

ich will nicht verhehlen, es gab auch Punkte, wo ich Sorge hatte, dass wir schwer Kompromisse finden. Letztlich waren aber die Empfehlungen der Enquetekommission,

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Mit Koalitionsmehrheit durchgezogen.)

waren aber die Empfehlungen der Enquetekommission

(Zurufe von Helmut Holter, DIE LINKE,
und Gabriele Měšťan, DIE LINKE)

für das Entstehen der Gesetzentwürfe unentbehrlich.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das
Machtinstrument der herrschenden Klasse. –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Meine Damen und Herren Abgeordneten, aller guten Dinge sind drei, so nun noch Ausführungen zum Finanzausgleichsgesetz. In den ebenfalls dargestellten wesentlichen Punkten zum Kreisstrukturgesetz und zum Funktionalreformgesetz bringe ich nun auch den Gesetzentwurf zur Neugestaltung des Finanzausgleichs in die parlamentarischen Beratungen ein. Die Novellierung des

Finanzausgleichsgesetzes ist aus meiner Sicht ein außerordentlich wichtiger Teil des Gesamtpaketes zur Verwaltungsreform. Sie ist aufgrund der finanziellen Entwicklung, die ich eingangs beschrieben habe, unverzichtbar und vor allem unaufschiebbar. Das Finanzausgleichsgesetz regelt die Bestimmung und Verteilung eines Großteils der Finanzausweisungen,

(Gino Leonhard, FDP: Das ist so wichtig, dass die Finanzministerin nicht da ist.)

die die Kommunen vom Land als Ergänzung zu ihren sonstigen Einnahmen erhalten.

(Gino Leonhard, FDP: Ganz wichtig.)

Die Landesregierung hatte zu entscheiden, ob sie neben den unbedingt notwendigen Anpassungen und Überprüfungen des bisherigen Finanzausgleichsgesetzes auch die Verteilung insgesamt und grundlegend auf den Prüfstand stellt. Nach meiner festen Überzeugung war und ist dies –

(Gino Leonhard, FDP:
Ganz wichtig aus Sicht der SPD.)

gerade auch im Hinblick auf die deutlich veränderten finanziellen Rahmenbedingungen – zwingend notwendig. Die Landesregierung ist mithin gehalten, ihre Finanzausweisungen zielgerichtet unter die Kommunen zu verteilen. Den Kommunen aber ist aufgegeben, sich auf die sinkenden Einnahmen einzustellen und ihre Ausgaben dementsprechend anzupassen.

(allgemeine Unruhe)

Meine Damen und Herren Abgeordneten, das Finanzausgleichsgesetz haben wir genau wie die anderen Gesetze im Dialog mit der kommunalen Familie entwickelt. Mit dem vom Kabinett beschlossenen und Ihnen nun vorgelegten Gesetzentwurf ist es der Landesregierung meiner Ansicht nach erfolgreich gelungen, sowohl zwischen Land und Kommunen als auch zwischen den Kommunen einen fairen, ausgabengerechten, transparenten, klaren und schlüssigen kommunalen Finanzausgleich, der den veränderten Bedingungen Rechnung trägt, darzustellen und zu regeln.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich auch zu diesem Gesetzentwurf kurz einige Schwerpunkte skizzieren. Basis der Bemessung der Höhe der Finanzausgleichsleistung des Landes an die Kommunen wird auch in Zukunft der Gleichmäßigkeitsgrundsatz sein. Ich erläutere hier diesen Begriff noch einmal.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Das verstehen wir sehr gut.)

Es bedeutet, dass die Gesamthöhe der jährlichen Zuweisungen des Landes an seine Kommunen von zwei Faktoren abhängt: der Entwicklung der Einnahmen des Landes, insbesondere aus dem Länderfinanzausgleich, und den Einnahmen der Kommunen aus ihren Steuern. Der Gleichmäßigkeitsgrundsatz berücksichtigt vor allem auch, dass Land und Kommunen eine Schicksalsgemeinschaft bilden, sowohl in guten wie in schlechten Zeiten.

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Nach meiner festen Überzeugung haben wir damit ein geeignetes Instrument zur Sicherung einer angemessenen Finanzausstattung der Kommunen. Im Rahmen der Vorbereitung des Gesetzentwurfes ist die Höhe des kommunalen Anteils an den Einnahmen des

Landes umfassend unter Einbeziehung der Einnahmen und Ausgaben beider Ebenen geprüft worden. Vor dem Hintergrund der finanziellen Rahmenbedingungen müssen die Kommunen jetzt selbstkritisch ihre Ausgabenstandards vor Ort überprüfen und zumutbare Einnahmepotenziale erschließen. Dann werden sie weiter handlungsfähig und in der Lage sein, auch freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben für die Bürger zu erfüllen.

(Udo Pastörs, NPD:
Die Bürger sollen bezahlen.)

Sie sehen aber an diesem Punkt auch, wie eng verzahnt die drei Reformgesetze sind und wie wichtig es ist, jetzt mögliche Einsparungen aus einer Kreisgebietsreform oder der Funktionalreform zu erzielen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Novelle des Finanzausgleichs ist die Überprüfung und Anpassung der Verteilung der steuerkraftabhängigen Schlüsselzuweisungen zwischen der Ebene der kreisfreien Städte, der kreisangehörigen Gemeinden und der Landkreise. Die neuesten Erkenntnisse zur Entwicklung der tatsächlichen Steuerkraft der Kommunen bis einschließlich 2008 sowie die Daten der Maisteuerschätzung 2009 erforderten eine Neubestimmung des Finanzausgleichs zwischen kreisfreien Städten und kreisangehörigen Gemeinden. Die Steuerkraft der kreisangehörigen Gemeinden sowie die der kreisfreien Städte haben sich über die letzten Jahre ausgeglichen. Sie haben sich in letzten Jahren sehr genähert und kommen auf einen immer enger werdenden Ausgleich.

Dem sind wir im Gesetzentwurf insoweit nachgekommen, dass der in der Berechnung der Schlüsselmassen berücksichtigte Steuerkraftausgleich, den die kreisfreien Städte an die kreisangehörigen Gemeinden zu erbringen haben, von bisher rund 38 Millionen auf rund 16 Millionen Euro reduziert wird. Außerdem ist vorgesehen, einen Teil – einen Teil, nicht alle Vorwegabzüge – zugunsten der steuerkraftabhängig zu verteilenden Schlüsselzuweisungen der Aufgabenträger aufzulösen. Ich gehe davon aus, dass uns mit dieser Maßnahme eine angemessene Stärkung der Schlüsselzuweisung gelingen wird. Im Übrigen werden mit dieser Aufgabenregelung Anforderungen erfüllt, die die Landesverfassung an den Finanzausgleich zwischen Land und Kommunen stellt.

Im Rahmen des Dialogs während der Erarbeitung des Entwurfs zum Finanzausgleichsgesetz ist eine Regelung sehr in die Kritik geraten. Im neuen Finanzausgleichsgesetz ist vorgesehen, dass die Zahl der Einwohner der kleineren Gemeinden im Finanzausgleich gerechter berücksichtigt wird. Dadurch sinken die Berechnungsgrundlagen für Schlüsselzuweisungen an diese Gemeinden um zehn Prozent. Derzeit haben 292 Gemeinden von 807 Gemeinden weniger als 500 Einwohner. Die Kommunalverfassung sieht jedoch aus gutem Grund vor, dass Gemeinden mindestens 500 Einwohner haben sollten.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Das ist meiner Meinung nach richtig und konsequent, denn nur mit dauerhaft tragfähigen kommunalen Strukturen ist es uns möglich, den absehbaren Rückgang der Zuweisungen an die Kommunen auszugleichen. Deshalb sieht die Landesregierung vor, ab 2012 Gemeinden mit einer Einwohnerzahl von mindestens 500 Einwohnern im Vergleich zu kleineren Gemeinden durch Gewährung höherer Schlüsselzuweisungen zu bevorzugen. Nach meiner festen Überzeugung stärken wir mit dieser Änderung der Verteilung und der damit einhergehenden

Konzentration der Zuweisungen konsequent den ländlichen Raum, denn die hierdurch frei werdenden Mittel bleiben der Finanzsäule der kreisangehörigen Gemeinden erhalten.

Mein Ziel ist es aber, Geld nur dorthin zu geben, wo es tatsächlich notwendig und geboten ist. Zuweisungen sollen gerade keine dauerhaft fehlende Finanzkraft ersetzen und von Handlungsnotwendigkeiten vor Ort abhalten. Aber auch hier räumen wir den Kommunen jetzt noch bis zum Jahr 2012 Zeit und Gelegenheit ein, die notwendigen Schritte selbst zu ergreifen, um weiterhin in den Genuss einer hundertprozentigen Schlüsselzuweisung zu kommen. Letztendlich ist es eine Entscheidung der Gemeinden. Sie wissen aber dann genau, wozu sie sich entscheiden, wenn sie sich nicht zu einer Fusion entscheiden.

Ein weiteres Ziel der Landesregierung ist es, mit der Novelle des Finanzausgleichsgesetzes die Zentren im Verhältnis zu den sonstigen kreisangehörigen Gemeinden zu stärken. Dabei haben wir Grund-, Mittel- und Oberzentren gleichermaßen im Blick. Deswegen wird hier der Vorwegabzug für übergemeindliche Aufgaben um 30 Millionen Euro aufgestockt. Die Verteilung der Mittel wird angepasst. Indem wir die Zentren stärken, begünstigen wir insbesondere auch die Bevölkerung des umliegenden ländlichen Raums. Und nur durch eine Stärkung der Zentren wird es uns gelingen, zukünftig auch Mecklenburg-Vorpommern lebenswert zu gestalten. Die Kommunen werden nicht allein auf ein Verwalten der knappen Mittel, ohne gestalten zu können, zurückgeworfen.

Meine Damen und Herren, ein weiterer Punkt, der im Vorfeld sehr kritisch aufgenommen wurde, ist die sogenannte Umlandumlage, die die Umlandgemeinden zukünftig an die kreisfreien Städte leisten sollen. Aber es ist doch wahr, die Umlandgemeinden sind durch ihre Lage überproportional begünstigt.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das ist auch so.)

Ihre Einwohner nutzen nicht nur die kulturellen und sonstigen Infrastruktureinrichtungen der kreisfreien Städte,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das ist sehr gut.)

ein Großteil von ihnen arbeitet auch in der kreisfreien Stadt. Die Steuereinnahmen – insbesondere aus der Einkommensteuer – kommen jedoch der Wohnsitzgemeinde im Speckgürtel zugute. Deswegen halte ich eine Umlage, die der jeweiligen kreisfreien Stadt zugute kommt und einen Teil ihrer Belastung ausgleicht, für einen Akt nationaler Solidarität.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist ein großes Wort, gelassen ausgesprochen.)

Meine Damen und Herren, Ihnen liegen drei Entwürfe vor, die ihren Beitrag dazu leisten, dass in Zukunft weniger Geld als heute für die Verwaltung ausgegeben wird und dass – trotz der schwierigen Rahmenbedingungen in unserem Land – Mecklenburg-Vorpommern auch in 10 und 20 Jahren noch in allen Landkreisen, Städten und Gemeinden eine leistungsstarke Verwaltung für die Bürger hat.

Ich möchte zum Ende noch einmal betonen, wir machen die Verwaltungsreform nicht für die Politik, die Landesregierung oder für die Parteien im Landtag. Es ist ausschließlich eine Reform für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Das glauben die aber nicht. –
Michael Roolf, FDP: Oh!)

Ich weiß, dass ich für die nun vorliegenden Entwürfe nicht nur Unterstützung, sondern auch Kritik bekommen werde.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Das tut auch not. –
Vincent Kokert, CDU: Aber wenig.)

Im Rahmen des ständigen Dialogs habe ich bereits einen Vorgeschmack davon erhalten

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Monolog, kann man da sagen. –
Zurufe von Peter Ritter, DIE LINKE,
und Michael Andrejewski, NPD)

oder wie Goethe im „Faust“ schrieb: „Das Publikum wird es mir doch zerpfücken.“

(Udo Pastörs, NPD: Der Hexenmeister.)

Meine Damen und Herren, aber die drei Reformen sind eine Sache, die sich eben nicht dazu eignet, es allen im Land recht zu machen. Es liegt mir fern, Landräte zwangsbeglücken zu wollen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE –
Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Aber das ist ja schon passiert.)

Ich lasse mich aber,

(Michael Andrejewski, NPD:
Zwangsentorgung.)

ich lasse mich aber auch nicht aufgrund der Klagebereitschaft kommunaler Repräsentanten davon abhalten, Mecklenburg-Vorpommern zukunftsfähig zu machen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Richtig.)

Auch die in die Diskussion,

(Zurufe von Gabriele Měšťan, DIE LINKE,
und Michael Roolf, FDP)

auch die in die Diskussion,

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Wer hat denn damals geklagt? –
Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Waren Sie das nicht selber, Herr Caffier?)

auch die in die Diskussion geworfenen Alternativen,

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Haben Sie alles vergessen? –
Zurufe von Gino Leonhard, FDP,
und Michael Roolf, FDP)

auch die in die Diskussion geworfenen Alternativen für ein Verbandsmodell für Rügen

(Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktion der SPD)

oder – wie zuvor schon näher ausgeführt –

(Michael Roolf, FDP: Wismar, Wismar.)

das Stadtkreismodell für Greifswald bleiben eine nachhaltige Antwort für die Zukunft des Landes schuldig,

(Zurufe von Angelika Peters, SPD,
und Toralf Schnur, FDP)

selbst wenn sie professorale Unterstützung erhalten. Dann wollen einige jetzt noch zuerst eine Gemeindereform, bevor wir anders reformieren. Ich warte eigentlich auf einen Vorschlag ...

(allgemeine Unruhe –
Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Das ist eine totale Unterstellung.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister!

(Michael Roolf, FDP: Jetzt sagt er endlich mal was zum Inhalt. Das ist doch schön.)

Der Minister hat das Wort.

Bitte, Herr Minister.

Minister Lorenz Caffier: Vielen Dank.

Und dann wollen einige jetzt doch zuerst eine Gemeindegebietsreform, bevor wir anderes reformieren. Ich warte, meine Damen und Herren von der Opposition, eigentlich auf den Vorschlag,

(Michael Roolf, FDP: Ja.)

zuerst eine Gebietsreform auf dem Mond zu machen,

(Michael Roolf, FDP: Ja.)

bevor wir sie in Mecklenburg-Vorpommern machen.

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Dann werden Sie Innenminister des Mondes.)

Mir fehlen dazu allerdings die notwendigen Reisekosten.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Wir hatten gute Vorschläge in der Maisitzung eingebracht.)

Im Ernst, es gibt auch konstruktive Kritik, die uns weiterbringt, viel konstruktive Kritik, aber ebenso häufig auch unsachliche und wenig hilfreiche Kritik. Ich werde mit dieser Kritik leben und halte es mit einer Trainerweisheit im Fußball,

(Michael Roolf, FDP: Alles rund.)

damit komme ich wieder zum Fußball:

(Michael Roolf, FDP: Der Ball ist rund.)

„Wenn ich über das Wasser laufe, dann sagen meine Kritiker, nicht mal schwimmen kann er.“

(Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD, CDU und FDP)

Allen Kritikern, Zweiflern, Reformunwilligen und Kirch-
turmwächtern möchte ich auch von dieser Stelle noch einmal zurufen:

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Die Kreisstrukturreform, aber auch die Funktionalreform,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

die Kreisstrukturreform, aber auch die Funktionalreform und die Reform des Finanzausgleiches müssen noch in dieser Legislaturperiode umgesetzt werden. Es gibt für die Zukunft des Landes keine Alternativen zu diesen Gesetzentwürfen. Überweisen Sie bitte die drei Gesetze in die zweite Halbzeit,

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

in die parlamentarische Beratung in Ihren Ausschüssen des Landtages.

(Michael Andrejewski, NPD:
In die Dritte Liga zurück.)

Die Zeit für das Land ist knapp, wir müssen sie nutzen. –

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
In die Vierte Liga.)

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Udo Pastörs, NPD: Jawohl.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Minister.

Gemäß Paragraph 85 unserer Geschäftsordnung steht die Zeit, die über die angemeldete Redezeit hinaus von der Landesregierung gebraucht wird, den anderen Fraktionen, die an der Regierung nicht beteiligt sind, zusätzlich zur Verfügung.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Das ist schön.)

Das ist in diesem Fall in der Höhe von zehn Minuten der Fall.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Oh ja! Das ist ja gut. Danke.)

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 210 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster hat das Wort für die Fraktion DIE LINKE der Fraktionsvorsitzende Herr Holter. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Helmut Holter, DIE LINKE: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Heute ist ein vermeintlich großer Tag für die Landesregierung. Es ist ganz sicher kein großer Tag für unser Land Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Alle, die eine wirklich zukunftsorientierte Reform des Landes und seiner Verwaltung erwartet haben, werden heute auch nach beiden Reden, die wir gerade gehört haben, tatsächlich enttäuscht.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Diese Gesetze, die heute vorliegen,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ihr wart schon nach dem Verfassungsgerichtsurteil enttäuscht.)

will niemand und die braucht niemand.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ach so?!)

Die Große Koalition hat es nicht verstanden,

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

nötige Reformen mutig und konsequent anzupacken.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Ja, mutig hatten wir doch schon mal.)

Diese Gesetzentwürfe, die heute vorliegen, sind gelinde gesagt unausgegoren und ein kläglicher Wurf.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Der Ministerpräsident und sein Innenminister haben in mehr als einer Stunde erfolglos versucht, uns diesen hilflosen Versuch zu erklären. Wo ist der Geist? Wo ist die Philosophie?

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Das ist der Geist geistloser Zustände.)

Die Große Koalition ist wie in vielen anderen entscheidenden Fragen auch uneinig, handelt konzeptionslos und verspielt die Zukunft des Landes.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Die Reaktionen der Koalitionsfraktionen auf die beiden Reden sprechen dafür.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Was ist und was bleibt, ist Wut, Enttäuschung und Verbitterung. Ein Zukunftsentwurf ist dieses Gesetzespaket nicht.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Und so, Herr Caffier, ändern sich die Zeiten.

(Vincent Kokert, CDU:
Das muss ich auch sagen.)

Ja, so ändern sich die Zeiten. Als hier mit den gleichen Begründungen der rot-rote Verwaltungsmodernisierungsentwurf eingebracht wurde,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

war der Widerspruch aus der CDU der, den Sie heute aus den demokratischen Oppositionsfraktionen erfahren.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Ja, ja, das weiß Herr Caffier nicht mehr.)

Und da muss man sich noch einmal fragen: Wer hat denn namens der CDU die Klagen vor dem Landesverfassungsgericht angezettelt?

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Herr Caffier.)

Waren Sie das nicht als Generalsekretär Ihrer Partei?

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Deswegen kommt zu diesem Umstand noch eins hinzu, meine Damen und Herren: Es ist wohl einmalig, dass eine Landesregierung bereits vor der Ersten Lesung der eigenen Gesetzentwürfe derart große Erwartungen an das Parlament hat: Ändert doch bitte diese Gesetze. Was ist denn das für ein Selbstbewusstsein? Wie stehen Sie denn zu Ihren eigenen Entwürfen? Meine Damen und Herren, das ist etwa so, als wenn jemand seinem Nachbarn eine tote Katze über den Zaun wirft und darauf vertraut, sie werde sich schon wieder erholen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Ja, so ist das.)

Unsere Kritik lässt sich wie folgt kurz zusammenfassen:

Erstens. Der Gesamtansatz wurde aufgegeben.

(Zurufe von Harry Glawe, CDU,
und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Zweitens. Das Urteil des Landesverfassungsgerichtes wurde missbraucht.

Drittens. Eine Reform, und darüber ist heute noch gar nicht gesprochen worden, der Landesebene findet nicht statt.

Ich will diese Kurzbewertung untersetzen. Sie haben den Reformgesamtansatz, der in diesem Hause Konsens war, mit den drei Gesetzentwürfen aufgegeben.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Richtig. –
Zuruf von Michael Rooff, FDP)

Das sind keine zusammenhängenden Reformbausteine. Das Ganze gleicht in der Tat einem Steinbruch. Sie haben Bestandteile herausgebrochen

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Die Holperstraße aufgebaut.)

und versuchen nun, etwas zusammenzusetzen, was nicht zusammenzusetzen ist. Wer behauptet, die drei Gesetzentwürfe stehen konzeptionell in einem Zusammenhang, der macht sich etwas vor. So wurde beispielsweise das Kreisstrukturgesetz zur Anhörung freigegeben, ohne dass ein Gesetz über die Funktionalreform, heute heißt es Aufgabenzuweisung, oder sogar der Finanzausgleich vorgelegen hat. Erst der Druck und der Protest aus dem Lande haben die Koalition bewegt, dem Landtag drei Gesetzentwürfe vorzulegen. Aber, wie wir es heute auch wieder erleben durften, an der Basis von SPD und der CDU rumort es weiter. Und die Mehrheiten im Landtag, Herr Glawe, müssen wohl auch noch gefunden werden nach den Aussagen, die Sie uns hier gestern mitgeteilt haben.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Harry Glawe, CDU: Da machen Sie
sich mal keine Sorgen, Herr Holter!
Da machen Sie sich mal keine Sorgen!)

Und wenn der Innenminister Herr Caffier heute hier erklärt, im Ergebnis der Abwägung kamen wir zu der Struktur 6 plus 2,

(Vincent Kokert, CDU: Tja.)

möchte ich Herrn Seidel fragen als Wirtschaftsminister, stellvertretenden Ministerpräsidenten und CDU-Landeschef: Was sollen denn seine Äußerungen in Bezug auf die Kreisfreiheit von Neubrandenburg? Sie wollten Ruhe im Karton erreichen und versprochen eine sorgfältige Abwägung der Einkreisung bisher kreisfreier Städte.

Erstens ist das selbstverständlich ...

(Vincent Kokert, CDU: Unser Jargon sieht
anders aus, das kennen Sie nicht. Bei uns gibt
es eben eine politische Meinungsvielfalt. –
Zuruf von Gabriele Měšťan, DIE LINKE)

Tatsächlich?

Erstens ist das selbstverständlich und zweitens war das im Übrigen auch eine der entscheidenden Kritiken des Landesverfassungsgerichtes an der rot-roten Verwaltungsmodernisierung. Selbst die Enquetekommission

hat sich in der Frage der Kreisfreiheit eindeutig positioniert. Und ich frage Sie: Was sollen diese Spielchen? Um der Demokratie Genüge zu tun und die eigene Partei zu beruhigen?

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Ja, ein kleines Alibi.)

Wenn Sie allerdings wollen, dass Neubrandenburg kreisfrei bleibt, dann sind Klagen vor dem Verfassungsgericht vorprogrammiert. Das sagt Ihnen auch das sogenannte Hesse-Gutachten. Dabei hätten Sie gleich auf uns, auf meine Fraktion hören können,

(Vincent Kokert, CDU: Ja.)

und sich das Gutachten und die Kosten, die dafür entstanden sind, in der Tat sparen können.

(Vincent Kokert, CDU: So wie in der letzten Legislatur, da hat die SPD auch auf Sie gehört.)

Das war auch gut so, dass sie auf uns gehört hat.

(Vincent Kokert, CDU: Ja, hervorragend!)

Ja, selbstverständlich. Man sollte viel mehr auf uns hören, Herr Kokert.

(Vincent Kokert, CDU:
Deswegen ist es gescheitert.)

Meine Damen und Herren, die Rede des Innenministers, die überzogene Rede, das gestehe ich ihm zu, hat sich zum großen Teil womit beschäftigt? – Mit Strukturfragen.

(Irene Müller, DIE LINKE: Der hat
ja einen Fußballverband als Vorbild.)

Und ich dachte, dass der Inhalt die Form bestimmt, das sollte auch bei der SPD und bei der CDU angekommen sein. Da es aber der SELLERING-Regierung an Zielen, Strategie und Zusammenhängen fehlt, konnte der Innenminister freihändig-willkürlich die neuen Kreisgrenzen ziehen und sein Versuch, diese hier zu begründen, ist kläglich gescheitert. Funktionale Verflechtungen und eine Verschlinkung der Verwaltung spielen dabei gar keine Rolle.

Was ist übrigens aus dem Leitbild geworden, meine Damen und Herren der Koalition? Warum die Enquetekommission die Arbeit der Regierung kommentiert hat und der Regierung hinterhergelaufen ist, das bleibt ihr Geheimnis. Das Agieren von SPD und CDU in der Enquetekommission

(Peter Stein, CDU: Das war gut, ne?!)

glich einem schlechten Kochduell: Wer verdirbt wie am schnellsten den Brei?

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Und dabei, meine Damen und Herren, haben sich die Koalitionsfraktionen SPD und CDU gern überboten.

Ja, ich muss gestehen, für den Beobachter war das durchaus eine erbauliche Veranstaltung, aber für das Land hat das gar nichts gebracht.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Viel Spaß.)

Der Innenminister hat in den Sitzungen der Enquetekommission die Debatte, unter anderem auch über das Leitbild, belächelt und nicht erst jetzt hat sich der Innenminister – und jetzt auch die Regierung – über dieses Leitbild hinweggesetzt.

Meine Damen und Herren, auch Ihr kläglich Versuch, das Finanzausgleichsgesetz als modern zu begründen, ist gescheitert. Es ist heiß draußen und das Finanzausgleichsgesetz heißt die Stimmung nicht nur hier im Saal, sondern im Land zusätzlich an, und dieses Gesetz hat mit der Verwaltungsmodernisierung, mit der Verwaltungsreform nun gar nichts zu tun.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Überhaupt nichts.)

Das Finanzausgleichsgesetz soll zum 1. Januar 2010 in Kraft treten und geht auf eine Festlegung aus der letzten Legislatur zurück. Tritt die geplante, Ihre geplante Kreisgebietsreform tatsächlich in Kraft, muss das Finanzausgleichsgesetz erneut angepasst werden. Was muten Sie den Kommunen eigentlich zu? Wie sollen denn auf dieser Grundlage verantwortungsvolle Entscheidungen getroffen werden können?

Meine Damen und Herren, es ist viel über das Urteil des Landesverfassungsgerichtes gesprochen worden. Ich bezweifle, dass Sie sich dieses Urteil angeschaut haben, geschweige sich dann damit auseinandergesetzt haben. Sie missbrauchen dieses Urteil, Sie verstecken sich dahinter, um schlechte Gesetze, Ihre schlechten Gesetze heute hier im Parlament und in der Öffentlichkeit zu rechtfertigen. Dabei, meine Damen und Herren, hat das Gericht damals ausdrücklich den Gesamtansatz gewürdigt und anerkannt

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Das hat der Minister auch gesagt.)

und eine Funktionalreform sollte mit einer Kreisgebietsreform verknüpft werden. Aber genau dieses, die Verknüpfung der Funktionalreform mit einer Strukturreform, mit einer Kreisgebietsreform, haben Sie ignoriert

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

und das ist Ihr Sündenfall und das ist der entscheidende Fehler Ihrer Gesetze, die Sie heute hier vorlegen.

(Zurufe von Vincent Kokert, CDU,
und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Meine Damen und Herren, Sie bleiben mit dem, was Sie heute hier einbringen, weit hinter dem zurück, was Sie selbst als Ziele gestellt haben. Ihnen fehlen der Mut und der Wille, das Land zu modernisieren, und ich muss an Ihrer Politik- und Zukunftsfähigkeit ernsthaft zweifeln.

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Das belegt schon der radikale Kurswechsel Ihrer Koalition und auch der Regierung bei der Funktionalreform.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Sie reden schon gar nicht mehr von Funktionalreform, das Gesetz heißt nicht mehr Funktionalreformgesetz, sondern es heißt Aufgabenzuordnungsgesetz. Und wie ich eben zu meiner Überraschung von Herrn Caffier hören konnte, taucht die Zauberzahl vier wieder auf, weil Sie erkannt haben, dass die Aufgabenzuweisung in dieser kleinteiligen Struktur gar nicht funktionieren kann. Also versuchen Sie, oben etwas drüberzusetzen, um die Aufgaben beispielsweise im Emissionsschutz und bei anderen Aufgaben tatsächlich regeln zu können.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Hört! Hört! –
Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Das wird so nicht funktionieren. Sie widersprechen mit solchen Festlegungen und solchen Angeboten tatsächlich dem, was hier in den Gesetzen aufgeschrieben steht.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: So ist es.)

Und da wurde offenbar auch der CDU-Fraktion blüherant. Gestern, Herr Kokert und Herr Glawe, wurde dann erklärt, wir wollen viel mehr Aufgaben übertragen, nicht nur 201 Stellen, sondern wohl 300 Stellen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: 99 mehr.)

was im Übrigen auch noch ein Lacher ist

(Vincent Kokert, CDU: Wie viele hatten Sie denn ohne Straßenbauverwaltung? Haben Sie die mal gezählt?)

und der Modernisierung einer konsequenten Verschlan-
kung der Landesverwaltung überhaupt nicht entspricht. Ja, was ist denn jetzt los? Ja, hören Sie jetzt bereits die Totenglocken der Verwaltungsreform?

(Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Ich glaube inzwischen, die CDU ist der Totengräber ihres eigenen Reformvorhabens.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Zurufe von Regine Lück, DIE LINKE,
und Gabriele Měšťan, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, wenn man das Land reformieren will, und darüber haben Sie, meine Damen und Herren der CDU, mit uns immer gesprochen, fängt man bei sich selbst an.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Richtig.)

Über eine Verwaltungsreform auf Landesebene

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Spricht keiner mehr, ist auch nicht wichtig.)

wird überhaupt nicht mehr geredet. Von einer Kabinettsreform, von Ihnen immer vollmundig eingefordert, ist plötzlich überhaupt nichts mehr zu hören. Fangen Sie bei sich an, klären Sie im Zusammenhang mit dieser Reform auch, wie ein Kabinett aussehen soll, welches modern und zukunftsfähig für dieses Land arbeitet. Teilen Sie den Bürgerinnen und Bürgern mit, wie glaubwürdig Sie handeln. Das, was Sie tun, ist Machterhalt, aber daran zweifle ich sowieso,

(Michael Roolf, FDP: Ja.)

ist der Versuch des Machterhalts. Es ist eine Verdummung der Bürgerinnen und Bürger in diesem Land, weil Sie nicht fähig sind, sich selbst zu reformieren und deutlich zu machen, dass tatsächlich die Reform bei Ihnen in der Landesregierung beginnen muss.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Michael Roolf, FDP)

Und im Übrigen ist von einer Reform, sprich einer konsequenten Auflösung der unteren staatlichen Behörden, überhaupt keine Rede mehr – ich frage mich, warum – und deswegen muss es zu diesen komischen Zwischenlösungen kommen. Aufgabenzuweisung heißt es jetzt, Aufgabenzuweisung auf die Kreise und dann wieder Zwischenlösung über den Kreisen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja, oder wieder vier Landkreise, und da sind Sie ja schon mal gescheitert. Das ist gescheitert, Herr Holter.)

Ja, das ist doch ein Kuddelmuddel, das ist doch Murks, was Sie hier machen.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das ist
gescheitert, was Sie gemacht haben.)

Und deswegen, meine Damen und Herren, lassen Sie sich eins raten, auch wenn Herr Caffier schon sehr lang und breit darüber gesprochen hat: Nehmen Sie sich selbst ernst, wenn Sie von einer Reform im Dialog sprechen. Ich habe mir erzählen lassen, was am Montag los war bei der Beratung mit den Landräten und den Oberbürgermeistern.

(Michael Roolf, FDP: Ja, das war
eine abenteuerliche Veranstaltung.)

Sie haben das als Ansage verstanden,

(Michael Roolf, FDP: Richtig.)

nicht als Dialog,

(Michael Roolf, FDP: Richtig.)

klare Ansage.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Und der Schlussakkord von Herrn Caffier war genau das Gleiche –

(Michael Roolf, FDP: Ja, genau so.)

Ansage, Drohung: Hier wird durchgezogen.

(Michael Roolf, FDP: Ja.)

Durchmarsch, egal was das Volk und die kommunale Familie sagen.

(Michael Roolf, FDP: Sehr richtig. Sehr richtig.)

Und das ist mit uns nicht zu machen.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen DIE LINKE und FDP –
Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Und das soll dann Dialog heißen.)

Das, was Sie hier abgeliefert haben, ist bestenfalls das Ergebnis eines Monologs,

(Michael Roolf, FDP: Ja.)

und dieses Ergebnis kann und wird keine Zustimmung im Lande finden können. Ihre Gesetzentwürfe sind weder innovativ noch radikal genug, um das Land zu modernisieren und zukunftsfest zu machen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Aber radikal hatten wir doch. Was ist dabei rausgekommen?)

Ich kann Ihnen sagen, die linke Gütekontrolle hat eins ergeben:

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Ach du meine Güte!)

Murks, Ausschuss, zurück an den Hersteller. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter Holter.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU der Fraktionsvorsitzende Herr Glawe. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Aber nicht so laut! Aber nicht so laut!)

Harry Glawe, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die gesamte 5. Wahlperiode steht unter dem Zeichen einer umfassenden Verwaltungsreform in Mecklenburg-Vorpommern.

(Zurufe von Helmut Holter, DIE LINKE,
und Gabriele Měšťan, DIE LINKE)

Gemeint sind alle Zusammenhänge: die Kreisgebietsreform, die Funktionalreform und die Überarbeitung des Finanzausgleichsgesetzes.

Meine Damen und Herren, ein kurzes Wort zum Redebeitrag von Herrn Holter. Sie haben wieder mal von Murks und Marx gesprochen

(Unruhe bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Helmut Holter, DIE LINKE: Von Marx habe ich
nicht gesprochen. – Irene Müller, DIE LINKE:
Da haben Sie was falsch verstanden. –
Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

und das, was Sie hier vorgetragen haben, war eigentlich nur ein Aneinanderreihen von Vokabeln oder Worten wie „Wut“, „Enttäuschung“, „Konzeptionslosigkeit“.

(Zurufe von Gabriele Měšťan, DIE LINKE,
und Irene Müller, DIE LINKE)

Vorschläge von Ihnen waren weitestgehend nicht zu hören. Wenn Sie so Ihre Oppositionsrolle verstehen, dann, glaube ich, werden Sie nicht weit kommen.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Sie haben das doch selbst gemacht.)

Sie werden auch beim Bürger nicht durchkommen

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

und wir als Koalition lassen Ihnen das auch nicht durchgehen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen
DIE LINKE und FDP – Unruhe bei
Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Ja, meine Damen und Herren, auch Sie müssen zum Dialog bereit sein und dieses Angebot machen wir Ihnen jeden Tag neu. Wenn Sie die ausgestreckte Hand nicht sehen wollen, dann können wir es nicht ändern,

(Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktionen DIE LINKE und FDP –
Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

aber das Angebot, jeden Tag über die Kreisstrukturreform, über die Aufgabenzuweisung und über das FAG zu reden, ist natürlich weiterhin gegeben, meine Damen und Herren.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Klären Sie
erst mal die Mehrheitsverhältnisse bei Ihnen!)

Und das, glaube ich, können Sie mir auch abnehmen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das glauben Sie doch wohl selber nicht!)

Überraschung, Überraschung, Überraschung, liebe Damen und Herren von der LINKEN. Ich stelle fest, dass Sie das Aufgabenübertragungsgesetz gar nicht richtig gelesen haben.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Au ja!)

Genau, sonst wären Sie nicht so überrascht, dass gestern noch mal die Aufforderung kam, wenn hier heute die Überweisung in die Ausschüsse stattgefunden hat, darüber zu reden, wie wir insgesamt den Forderungen der Landräte und Oberbürgermeister, sprich des Städte- und Gemeindetages und des Landkreistages, nachkommen wollen, und dazu ist diese Regierung und vor allen Dingen diese Koalition bereit, meine Damen und Herren.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja.)

Deswegen gestern auch die Äußerung, 300 Stellen und mehr auf die kommunale Ebene zu übertragen.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Der Dialog war bislang nicht so toll,
sonst würde es ja schon drinstehen.)

Und dass Sie bei der Frage von vier Ämtern wieder leuchtende Augen bekommen, ist verständlich, denn Sie haben ja so zwischen vier und sieben alles Mögliche in Ihrer rot-roten Regierungszeit sozusagen auf den Weg bringen wollen. Am Ende war es so, dass Ihnen das Verfassungsgericht insgesamt nicht folgen konnte. Die Gründe, die damals die CDU dazu bewogen zu klagen, sind durch das Verfassungsgericht weitestgehend bestätigt worden. Deswegen stehen wir heute ja noch mal hier und machen insgesamt die Frage rund, wie wir die Zukunftsfähigkeit für Mecklenburg-Vorpommern regeln wollen, und zwar auf der Landesebene wie auf der kommunalen Ebene.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das ist Pfusch, was Sie hier machen.)

Ich verstehe gar nicht, mit wie viel Widerstand Sie hier unterwegs sind, denn am Ende sind auch die Finanzen zu betrachten. Die Bundeszuweisungen gehen zurück, der Solidarpakt geht zurück. Meine Damen und Herren, wir müssen bis zum Jahre 2019 unsere Hausaufgaben gemacht haben.

(Irene Müller, DIE LINKE: Das sehen aber Ihre
eigenen Landräte ganz anders. Komisch, ne?!)

Dazu gehören auch Verwaltungsstrukturen auf der Landesebene wie auf der kommunalen Ebene und dazu müssen wir bereit sein, denn es geht darum, dieses Land, Mecklenburg-Vorpommern, für die Zukunft aufzustellen. Dazu lade ich FDP und DIE LINKE ein, es mit uns zu tun, denn anders kann es doch nicht sein.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das sind ja
ganz neue Töne! Was sind denn das für Töne?)

Was sind das für Töne, Herr Holter?

(Helmut Holter, DIE LINKE: Sie waren wohl
nicht in der Enquetekommission? Widerstände,
Widerstände gegen den Dialog waren dort! –
Zuruf von Gabriele Měšťan, DIE LINKE)

Herr Holter, Herr Holter, Herr Holter, machen Sie doch mit!

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das ist ja ein Witz, was Sie hier veranstalten!)

Machen Sie vernünftige Vorschläge, über die man auch diskutieren kann.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Bis jetzt höre ich von Ihnen immer nur Wut, Enttäuschung und dann war es das.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Das ist auch gut so.)

So, glaube ich, geht es auf Dauer nicht.

(Zurufe von Vincent Kokert, CDU,
und Helmut Holter, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, ein Wort an die Enquetekommission, denn sie hat viele Dinge vorbereitet.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das war ein Machtspiel. – Michael Roolf, FDP:
In eindrucksvoller Art und Weise.)

Sie hat insgesamt das Leitbild in den Landtag eingebracht,

(Irene Müller, DIE LINKE:
Eindrucksvoll vorbereitet. – Zuruf von
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

sie hat Änderungen vorgenommen

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

und unter Beteiligung des Innenausschusses sind diese Dinge gelaufen. Meine Damen und Herren, die Eckpunkte waren nun mal erstens die Frage nach der Fläche,

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

das sind immerhin 4.000 Quadratkilometer, und die Frage nach der Einwohnerzahl. Die ist auch beantwortet worden,

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Ja, deswegen sprachen wir auch
von 2.000 bis 2.500 Quadratkilometern.)

immerhin 175.000 Einwohner je Landkreis sind vorgeschlagen worden.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Autobahnkompromiss.)

Meine Damen und Herren, das Innenministerium hat aus diesen verschiedenen Empfehlungen ein Leitbild entwickelt, 13 verschiedene Modelle vorgelegt und vorgestellt. Sie reichten von 6 plus 1 über 7 plus 6 bis hin zu 8 plus 2, meine Damen und Herren.

(Helmut Holter, DIE LINKE: 7 plus 6.)

Alle Varianten wurden ausführlich in der Öffentlichkeit, insbesondere von den kommunalen Gebietskörperschaften, diskutiert. Das Innenministerium hat den Gesetzentwurf allen Landkreisen, kreisfreien Städten, kreisangehörigen Gemeinden, allen Ämtern und 138 Verbänden, also insgesamt 1.047 Einrichtungen, zur Anhörung vorgelegt.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Das macht die inhaltlichen Vorgaben nicht besser. –
Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, davon haben 271 Befragte Gebrauch gemacht. Sie haben Stellungnahmen abgegeben und der Innenminister hat diese ausgewertet. Seit

dem Jahre 2007 hat das Innenministerium im ständigen Kontakt mit den Betroffenen über 20 Beratungen und Konferenzen durchgeführt, und zwar der Innenminister persönlich oder sein Staatssekretär.

Meine Damen und Herren, wenn jeden Tag draußen in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt wird, dass alle davon nichts wissen, dass die Dinge nicht diskutiert worden sind, dass der Dialog nicht stattgefunden hat, das Gegenteil ist der Fall. Diese Regierung, aber auch die sie tragenden Fraktionen sind jeden Tag dabei, diese Diskussion in der Öffentlichkeit mit den Betroffenen zu führen.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Und es ist nicht so, Herr Holter, wie Sie es darstellen, dass da Druck ausgeübt wird. Es wird im Dialog die Sache vorangetrieben.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Getrieben ist richtig.)

Meine Damen und Herren, wir stehen vor der Frage: Wie wollen wir die Zukunftsfähigkeit hier im Land sichern? Der Vorschlag der Regierung liegt auf dem Tisch. Wir wollen eine Kreisgebietsreform, die 6-plus-2-Strukturen hat, das heißt, wir wollen sechs Landkreise und zwei kreisfreie Städte,

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Will Herr Seidel das auch?)

das sind die Landeshauptstadt Schwerin und die größte Stadt im Land, Rostock.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Wollen Sie das wirklich?)

Das wollen wir.

(Michael Roolf, FDP: Und Neubrandenburg? –
Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, eine entscheidende Frage ist, wir haben heute zu verzeichnen, dass die Einwohnerzahl in Mecklenburg-Vorpommern sinkt. Mit Blick auf die letzte Verwaltungsreform, das war immerhin im Jahre 1993, hatten wir 300.000 Einwohner mehr als in der Prognose für das Jahr 2020. Meine Damen und Herren, wir verlieren insgesamt Zahlungen und Geld je Einwohner von etwa 2.300 Euro aus Steuern, Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen. Diese Dinge müssen wir in unsere Überlegungen mit einbeziehen, denn die Frage ist immer wieder zu stellen: Wie kriegen wir Mecklenburg-Vorpommern zukunftsfähig und damit, wie kriegen wir es beantwortet, welche Maßnahmen sind nötig, um insgesamt für die Bürgerinnen und Bürger die Steuerlast nicht weiter zu erhöhen?

(Michael Roolf, FDP: Zu einer Abgabenlast.)

Meine Damen und Herren, ein Wort noch zu der Frage, wie wir diese Schicksalsgemeinschaft, wie der Innenminister sagt, wie wir insgesamt zu einer vernünftigen Zielgröße kommen wollen. Wir wollen als CDU die Aufgabenzuordnung sicherstellen, indem wir tatsächlich über die Frage nachdenken: Ist es nicht möglich, vier Ämter zu bilden, um dann insgesamt Aufgaben vom Land auf die Kommunen zu übertragen?

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Allerdings müssen die Kommunen auch bereit sein, dieses Angebot anzunehmen. Dazu wollen wir nach der Überweisung in den Ausschüssen die Fragen formulie-

ren, die Anzuhörenden noch mal zu Wort bitten, andererseits auch ganz gezielt die Auswertung noch machen zu den Anhörungen, die bereits durch die Landesregierung erfolgt sind.

Meine Damen und Herren, tatsächlich kann man dann nach meiner Überzeugung über 300 Stellen im Land insgesamt auf die kommunale Ebene abgeben und damit wäre einer der großen Streitpunkte, der immer wieder diskutiert und vorgetragen worden ist auf der kommunalen Ebene, beendet. Der Vorwurf, dass sich das Land nicht bewegt, ist dann entkräftet. Und ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, wenn wir die Kraft dazu finden, und ich sage, in der CDU gibt es eine große Mehrheit, die diesen Weg gehen will, ...

(Zuruf aus dem Plenum: Aber nur hier.)

Nicht nur hier.

Meine Damen und Herren, lesen Sie genau die Vorlage zum Aufgabenzuordnungsgesetz.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Schauen wir mal nach Greifswald.)

Das ist eine andere Frage. Wir sind nicht bei der Kreisgebietsreform, wir sind jetzt bei der Übertragung von Aufgaben vom Land auf die Kommune und da ist es genauso, dass die SPD auch diesen Dingen im Kabinett zugestimmt hat.

(Zurufe von Helmut Holter, DIE LINKE,
und Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, wir ...

Wissen Sie, Herr Holter, Sie haben mal 1.600 übertragen wollen.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Das war auch gut so.)

Ja, ja. Wo sind Sie gelandet? Sie haben gar nichts auf den Weg gebracht.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Sie haben im Prinzip immer nur wieder vorgetragen, was alles hier nicht geht oder wie schlecht diese Regierung oder diese Koalition ist.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Was wahr ist, muss wahr bleiben.)

Ich sage Ihnen weiterhin, diese Koalition hat die Kraft, diese Gesetze durchzubringen, und dafür stehen wir.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Schauen wir mal!)

Wir wollen weiterhin im Dialog alles diskutieren, was möglich ist, und am Ende, und zwar ab heute vielleicht in zwölf Monaten, stehen Entscheidungen an.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Wieder kurz vor der Sommerpause.)

Ich weise darauf hin, einige wenige, die in der 1. Legislatur-, in der 2. Legislaturperiode hier im Landtag schon saßen, wissen, welche Diskussionen noch nötig sind, um am Ende einen Gesetzentwurf auf den Weg zu bringen, der dann auch konsensfähig ist und durchgetragen werden kann.

Und ich sage Ihnen als Letztes: Kein Gesetz verlässt diesen Landtag so, wie es eingebracht wurde, meine Damen und Herren,

(Unruhe bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Irene Müller, DIE LINKE: Na, das ist ja!)

und deswegen sind wir hier als Fraktionen auch Gesetzgeber und dieser Verantwortung sollte sich auch jeder bewusst sein.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Genau. –
Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Diese Sprüche kennen wir.)

Meine Abgeordneten, ich kann mir nicht vorstellen, dass Ihnen das Selbstbewusstsein fehlt. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Glawe.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der FDP der Fraktionsvorsitzende Herr Roolf. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Michael Roolf, FDP: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich denke, wir sind uns in einem Punkt alle einig,

(Vincent Kokert, CDU: Das glauben Sie!)

wir brauchen eine echte Reform, eine echte Reform der Verwaltung dringender denn je.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Die bestehenden Verwaltungsstrukturen müssen an die demografische Entwicklung des Landes angepasst werden.

(Vincent Kokert, CDU: Sie müssen doch
das Vorgeschriebene ablesen, Mensch!)

Außerdem müssen wir neue Antworten auf die Herausforderungen der Daseinsfürsorge finden. Dazu, meine sehr geehrten Damen und Herren, hätten wir viele Instrumente zur Verfügung. Die vor uns stehenden Aufgaben sind hochkomplex, ähnlich hochkomplex, als wenn man das Zusammenspiel eines Orchesters organisieren möchte, um am Ende einen harmonischen Klang herauszubekommen.

(Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

Das, was wir hier jedoch erleben, ist ein in sich festgebissener Innenminister,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

der, und das sage ich hier auch ganz deutlich, nach unserer Erkenntnis gegenüber Vorschlägen weder aufgeschlossen noch dialogbereit ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Und für die gesamte Landesregierung, meine Damen und Herren, kann man sagen, sie ist sowohl beratungsresistent als auch erkenntnisresistent.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Der Ministerpräsident sprach von einem harmonischen Dreiklang aus Gebietsreform, Funktionalreform und Finanzausgleichsgesetz. Die hier vorliegenden Gesetze sind von einer Harmonie aber weit entfernt. Die Regierungskonzepte erzeugen bei uns Liberalen eher Ohrenschmerzen, schon allein deswegen, weil das

Finanzausgleichsgesetz die Gebietsreform und die Funktionalreform völlig ignoriert.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Darauf, auf diesen Missstand, werden meine Kollegen nachher noch separat eingehen.

Wir Liberalen vernehmen genau nicht einen harmonischen Dreiklang, der zwingend notwendig ist zwischen diesen drei Gesetzen, sondern wir erleben lediglich das Katzengejammer einer Landesregierung.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Ein paar Beispiele, meine Damen und Herren, für diesen Missklang, der uns hier vom Orchester Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern geboten wird:

(Vincent Kokert, CDU:
Das ist nur Katzengeheule hier.)

Die Kommunen werden zukünftig zu wenig Geld haben, um ihre Dienstleistungen bürgernah erbringen zu können. Kommunale Einrichtungen werden schließen müssen. Gemeinden mit weniger als 500 Einwohnern werden finanziell ausgetrocknet.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Wo holen
Sie denn das Geld her?)

Freiwillige Leistungen wie Jugendeinrichtungen und Theater werden zukünftig nicht ausfinanziert sein. Alle Bemühungen der Raumordnung werden durch diese Art des Vorgehens ausgehebelt.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Ja, und wo holen Sie das Geld her?)

Theater- und Konzertlandschaft werden veröden.

(Vincent Kokert, CDU:
Was ist das denn für'n Quatsch?!)

Und das, was man sich als Kernpunkt mit reingenommen hat, dass Zentren gestärkt werden, genau das Gegenteil wird erreicht.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Hans Kreher, FDP: Genau.)

Die großen Verlierer sind die Hansestadt Rostock und die Stadt Schwerin,

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion der CDU –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das kann
ja wohl gar nicht sein!)

die mit ihren finanziellen Möglichkeiten noch schlechtergestellt werden als vorher.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Roof, einen kleinen Moment.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Zwischenrufe sind in Ordnung, aber das, was hier eben passiert ist, nicht. Der Verlauf der Sitzung war nicht mehr nachvollziehbar. Ich bitte Sie also, Zwischenrufe auf kurze, prägnante zu beschränken und ansonsten den Abgeordneten und der Öffentlichkeit zu ermöglichen, den Redner zu verstehen.

Bitte schön, Herr Roof.

Michael Roof, FDP: Und die Frage, die wir uns stellen müssen, ist: Wollen wir das alles, was ich eben geschildert habe? Ich denke, wir wollen das nicht so.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Nee, wir auch nicht, das, was Sie
beschrieben haben, bestimmt nicht. –
Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Ich bemühe noch mal das Bild eines Orchesters und bemühe mich, heute hier so eine Art Generalprobe zu sehen.

(Vincent Kokert, CDU: Als Laienschauspieler.)

Leider ist aber in der Generalprobe festzustellen, das Orchester/die Landesregierung, weiß gar nicht, was gespielt werden soll. Sie reden über ganzheitliche Reformen, welche aber in einer schlecht gemachten Gebietsreform enden werden.

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,
und Raimund Frank Borrmann, NPD)

Jeder Musiker, jeder Minister bringt seine eigenen Noten mit, anstatt eine gemeinsame Partitur zu finden.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Sie reden mal von 201 Stellen, mal von 204, mal von 300 Stellen, die in einer Funktionalreform übertragen werden sollen, und das, Herr Minister, ist das wirklich Richtige, das einzig Richtige, wie ich finde, was Sie gesagt haben. Es geht nicht um die Menge der Mitarbeiter, die wir von einer Ebene auf die andere verschieben, sondern es geht wirklich um eine Reform, dass wir die Aufgaben den richtigen Punkten zuordnen.

(Gino Leonhard, FDP: Richtig, genau.)

An der Stelle haben Sie unsere Unterstützung.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Also der Vergleich, ob 200 oder 300, ist völlig banal. Es geht darum, die richtigen Verwaltungsvorgänge auf der richtigen Ebene gut und effizient durchzuführen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Einige, und das will ich auch ganz deutlich sagen, weil so ein kritischer Unterton hier gekommen ist, haben sich heute entschlossen, ihre Instrumente sogar zu Hause zu lassen.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Ich finde es gut, wenn Landtagsabgeordnete der SPD und der CDU hier auch die Kraft haben, sich hinzustellen und zu sagen, das, was hier vorgegeben ist in den drei Gesetzen in diesem Zusammenhang, trage ich als frei gewählter Abgeordneter nicht mit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Gino Leonhard, FDP: Ganz genau so ist das.)

Das finde ich gut, dem zolle ich Respekt und ich wünsche Ihnen allen, dass Sie sich diese Kraft auch im Interesse Ihrer Kommunen, im Interesse der Region, aus der Sie kommen, im Sinne des Landes erhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Und das
Landesinteresse? Was ist denn mit
dem Landesinteresse?)

Die geschilderte Situation einer völlig verpatzten Generalprobe, so, wie wir sie heute hier erlebt haben, eine Veranstaltung mit einem Notenwirrwarr, wie wir es hier erlebt haben, führt für uns Liberale zu zwei Konsequenzen:

(Marc Reinhardt, CDU: Sagen Sie auch noch was Inhaltliches, Herr Rooff?)

Der Gesetzentwurf zur Verwaltungsreform und zur Funktionalreform ist so schlecht, dass es sich nicht mal lohnt, über eine Überweisung nachzudenken.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Wir werden nicht mal einer Überweisung zustimmen.

Zum Finanzausgleichsgesetz, da ist es in der Tat so, da besteht Handlungsbedarf. Da sehen wir einen Ansatzpunkt, auf der Grundlage des Gesetzes, was wir hier vorliegen haben, in die Ausschüsse hineinzugehen, in den Ausschüssen die Debatte zu führen. Wir sollten nur eines bei dieser Diskussion wirklich allen Ernstes gemeinsam wollen,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

wir sollten den Betroffenen zuhören. Wir haben gestern noch mal eine fünfstündige Anhörung sowohl des Städtetages, des Landkreistages, von Landräten, von Bürgermeistern, von kreisfreien Städten bei uns in der Fraktion gehabt und alle haben ausnahmslos gesagt, diese Landesregierung ist nicht bereit, uns zuzuhören,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

sie ignoriert unsere Vorschläge, und das ist nicht die Ebene, auf der wir Politik machen. Kommen Sie, meine Damen und Herren von der Koalition, zur sachorientierten Arbeit zurück, zu einer inhaltsorientierten Arbeit zurück, dann haben Sie die Liberalen an Ihrer Seite. Das Durchprügeln im Monolog à la Caffier wird es mit uns nicht geben. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Rooff.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der NPD der Fraktionsvorsitzende Herr Pastörs. Bitte, Herr Abgeordneter.

Udo Pastörs, NPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! „Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung zukunftsfähiger Strukturen der Landkreise und kreisfreien Städte des Landes Mecklenburg-Vorpommern“, so lautet der Punkt 1a auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung dieses Hauses. Und wie gesagt liegt das Prä in dieser Formulierung auf „zukunftsfähig“. Doch, meine sehr verehrten Damen und Herren, dann schauen wir uns Ihren Chaosladen einmal an.

Mecklenburg-Strelitz, Uecker-Randow und neben Rügen der gesamte Raum Nordvorpommerns ist längst Armenhaus der Bundesrepublik Deutschland geworden.

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Nicht nur die durchschnittliche Arbeitslosenquote sowie die Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigem

(Angelika Peters, SPD: Sind wir Armenhaus?)

weisen einen in der BRD einzigartigen Tiefstand aller Länder aus. Nein, besonders das Privateinkommen je Einwohner ist bester Beweis dafür, dass seit der Machtübernahme der Demokraten 1989 ein einziger Aderlass erfolgte. Die Menschen sind regelrecht vom sozialistischen Regen in die sprichwörtliche Kloake Ihres demokratischen Kapitalismus gekommen. Dass Ihnen, Herr Ministerpräsident Selling, die Jugend und die Leis-

tungsfähigen ebenso davonlaufen wie Ihrem Vorgänger, dem Totalversager Harald Ringstorff von der SPD, ist längst kein Geheimnis mehr.

(Norbert Baunach, SPD: Na, na, na, na! –
Helmut Holter, DIE LINKE: Pfui!)

Schon im Mai dieses Jahres meldeten die Arbeitsämter rund 130.000 Frauen und Männer erwerbslos,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

und diese Zahlen sind natürlich keine objektiven Zahlen, sondern Teil Ihres Lügengebäudes, an dem Sie, Herr Selling, und vor allem auch Herr Seidel als Wirtschaftsminister seit der Regierungsübernahme im September 2006 kräftig mitgebastelt haben. Sie wollen die Leute für dumm verkaufen, haben das Land in der Fläche wirtschaftlich ausbluten lassen und wollen den Menschen die Reduzierung von zwölf Kreisgebieten auf sechs Gebietskörperschaften als Erfolg regelrecht unterjubeln, Herr Caffier. Wenn Sie ...

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Abgeordneter Pastörs, für die Beleidigung des Abgeordneten Ringstorff erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE –
Angelika Peters, SPD: Jawohl.)

und weise Sie darauf hin, dass das der zweite in der Sitzung ist und dass bei einem dritten Ordnungsruf Ihnen das Wort entzogen wird.

Udo Pastörs, NPD: Wenn Sie von der Regierung das Wort „Reform“ in den Mund nehmen, was ja Erneuerung bedeutet, schrillen beim Normalbürger längst die Alarmglocken. Mich wundert nicht, mit welcher Kaltschnäuzigkeit der Innenminister Caffier sich hier vor das Parlament stellt und einer Kreisgebietsreform das Wort redet, die er noch vor wenigen Jahren selbst in Bausch und Bogen verteuflte, Herr Caffier. Überhaupt habe ich bei Herrn Caffier das Gefühl, dass er über ein gut geschmiertes Kugellager zwischen Kopf und Rumpf verfügt, welches ihn in die Lage versetzt, seinen Wendehals in atemberaubender Geschwindigkeit dem anzupassen, was ihm persönlich opportun erscheint.

(Angelika Peters, SPD: Das war
der dritte, das war der dritte!)

Sie, meine Herrschaften in der Regierung, sind dafür verantwortlich, dass in Mecklenburg-Vorpommern ganze Landstriche vergeisen, was Sie hier mit Ihrem Munde beschönigend als „demografischen Wandel“ bezeichnen. Und Sie wissen auch genau, dass Ihr flapsiger Werbespruch „MV tut gut.“ allenfalls für die oberen Zehntausend im Lande Gültigkeit besitzt, Sie, meine Damen und Herren Abgeordneten, inklusive – das war's dann aber auch schon.

Durch das geplante Kreisstrukturgesetz wird nicht ein neuer Arbeitsplatz geschaffen, im Gegenteil. Da Sie im Ländervergleich im öffentlichen Dienst einen Wasserkopf an Personal aufgebaut haben, sind Sie gezwungen, Arbeitsplätze zu streichen. Sie haben im zukünftigen Haushalt überhaupt keinen gestalterischen Spielraum mehr. 2020 – Stichwort „Föderalismusreform II“ – ist Feierabend. Die Finanzministerin steht mit dem Rücken zur Wand. Nach wie vor blüht der Fördergeldschwindel und Mecklenburg-Vorpommern ist Rekordhalter in der Rangliste der Alkoholtoten bundesweit. Was den Analphabetismus angeht, meine lieben Bildungspoliti-

ker, Herr Tesch, hier Ihr Ergebnis: Mecklenburg-Vorpommern ist bundesweit unangefochtener Spitzenreiter beim Analphabetismus.

(Marc Reinhardt, CDU: Sind Sie mit der falschen Rede nach vorne gegangen?)

Zukunftsfähige Strukturen schaffen – dass ich nicht lache!

Herr Ministerpräsident Selling, mit Ihrem aufgesetzten ständigen Grien können Sie weder die Arbeiter noch die Bauern und erst recht nicht die mittelständische Wirtschaft weiter hinters Licht führen. Was diese von Ihnen zu erwarten haben, zeigt sich aktuell in der Schmierenkommödie Wadan-Werft, wo der Russe Burlakow die ganze Landesregierung vor der ganzen Welt geradezu lächerlich gemacht hat. Die Kreisgebietsreform ist Ihr letztes Halali, um auch noch den Rest von Erspartem oder von Einsparungsmöglichkeiten zum Nachteil der Bevölkerung in der Fläche herauszupressen. Sie interessiert der Artikel 72 Absatz 2 des Grundgesetzes offensichtlich einen Dreck, in dem es dem Sinne nach heißt, dass im gesamten Bundesgebiet gleiche Lebensverhältnisse herzustellen sind. Das beste Beispiel hierfür lieferte der Herr Ministerpräsident Selling jüngst persönlich, als er sagte, Zitat: „19 Jahre nach der Wiedervereinigung kann es nicht sein, dass wir immer noch zwei unterschiedliche Rentenvölker in Ost und West haben.“

(Vizepräsident Hans Kreher übernimmt den Vorsitz.)

Und drei Monate später hauchte der Durchtriebene verschwitzt ins Telefon, Zitat: „Natürlich müssen wir zu einer Anpassung kommen und für mich wäre ein klares Datum: 30 Jahre nach der Einheit.“ Das sind noch zehn Jahre hin, Herr Ministerpräsident, und es gehört nicht viel Fantasie dazu, anzuzweifeln, dass es diese BRD in dieser Form 2020 überhaupt noch gibt. Wer so abgebrüht das Volk regelrecht verarscht,

(Vincent Kokert, CDU: Ordnungsruf, Ordnungsruf!)

dem ist auch zuzutrauen, dass er genau das umsetzt ...

Vizepräsident Hans Kreher: Herr Abgeordneter Pastörs, ich weise Sie noch mal darauf hin, dass solche unparlamentarischen Ausdrücke, wie sie eben gebraucht wurden, hier nicht angebracht sind.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Kümmern Sie sich mal um den Minister, der kennt auch solche Ausdrücke!)

Udo Pastörs, NPD: Wer so abgebrüht das Volk regelrecht ..., dem ist auch zuzutrauen, dass er genau das umsetzt, was die Technokraten als rettenden Anker den noch Herrschenden anzubieten haben.

So empfiehlt ein Gutachten des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung, dass in sogenannte demografische „Schwundregionen“ nicht mehr investiert werden solle, da diese der öffentlichen Hand immer mehr kosten, als sie einbringen – eine widerliche Feststellung, wie ich meine, reduziert sie doch unsere Bürger auf die Größe einer reinen Kosten-Nutzen-Rechnung.

Weiter kommt die Studie zum Ergebnis, dass es zweckdienlich sei, die Versorgung in den Schwundregionen, so nennen die das, auf ein absolutes Minimum herunterzufahren, um – Zitat – „eine passive, abwartende Anspruchshaltung unter der Bevölkerung abzubauen“.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wollen Sie mal zur Sache sprechen?)

Das ist zur Sache, Herr Dr. Jäger. Hören Sie gut zu!

Im Klartext, damit Sie das auch verstehen:

(Dr. Armin Jäger, CDU: Gerade Sie!)

Die Menschen sollen resignieren und auf ein ihnen verbrieftes Grundrecht verzichten. Vogel, friss und schweig stille, fällt mir da nur ein. Und jetzt kommt es noch krimineller. Durch das Aushungern bestimmter Regionen würde Lebensraum für sogenannte, Zitat, „Raumpioniere“ entstehen. Darunter versteht man laut Studie Experimentatoren aus dem künstlerischen und sozialen Bereich.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Im Klartext, hören Sie zu, Herr Dr. Jäger, für Sie noch mal im Klartext: Wasser und Strom liefern wir euch noch und dann schauen wir mal, welche alternativen Lebenswelten dort entstehen werden. Was für ein Wahnsinn, kann ich da nur sagen! Vielleicht steht ja schon der verbrecherische Versuch einiger Politiker in diesem Lande, in den entleerten Räumen Polen anzusiedeln, im Zusammenhang mit den Empfehlungen dieser Studie.

(Vincent Kokert, CDU: Das ist sein Niveau, ja.)

Herr Caffier, die Kreisgebietsreform ist kein Spiel und erst recht kein Fußballspiel, wie Sie uns eben hier weismachen wollten. Es ist ein gesetzlich verordneter Aderlass auf Kosten der Städte und Gemeinden.

Meine Damen und Herren, deutsche Jugend will deutsche Zukunft in Deutschland.

(Regine Lück, DIE LINKE: Oh Gott, oh Gott, das ist ja schrecklich.)

Und da Mecklenburg-Vorpommern unzweifelhaft ein Teil unseres deutschen Vaterlandes ist, darf die Zukunft auch unseres Bundeslandes auf keinen Fall den vaterlandslosen Gesellen – besonders der SPD und der LINKEN – überlassen werden.

(Wolfgang Griesse, DIE LINKE: Kommen Sie zum Thema! – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Worüber sprechen Sie überhaupt?)

Vizepräsident Hans Kreher: Herr Pastörs!

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Herr Pastörs, Sie haben eben die Abgeordneten der SPD hier als vaterlandslose Gesellen ...

Udo Pastörs, NPD: Das ist ein Zitat.

Vizepräsident Hans Kreher: Sie haben es nicht ...

Udo Pastörs, NPD: Das war ein Zitat aus der Weimarer Republik, Herr Präsident.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Er widerspricht schon wieder.)

Vizepräsident Hans Kreher: Herr Pastörs, ich rede jetzt. Sie haben es nicht als Zitat bezeichnet. Ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf. Und da es der dritte Ordnungsruf ist, entziehe ich Ihnen das Wort.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der CDU und FDP – Gino Leonhard, FDP: Adieu!)

Udo Pastörs, NPD: Wenn Sie das Demokratie nennen, dann gute Nacht.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Das ist keine Demokratie, das ist Präsidialwillkür.)

Vizepräsident Hans Kreher: Herr Borrmann, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf, da Sie meine Amtsführung kritisiert haben.

Meine Damen und Herren, das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Müller von der Fraktion der SPD.

Heinz Müller, SPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor wenigen Tagen hat der Städte- und Gemeindetag unseres Landes seinen Mitglieds-gemeinden und -ämtern Zahlen zugeleitet, wie sich die Finanzmittel, die nach dem Finanzausgleichsgesetz zu verteilen sind, entwickeln werden. Es waren ganz konkret Zahlen für das Jahr 2010, basierend auf dem Gesetzentwurf und basierend auf den Zahlen der Steuerschätzung, die uns seit Mai vorliegt. Nach diesen Zahlen, die der Städte- und Gemeindetag errechnet hat, werden der kommunalen Ebene im Jahre 2010 gegenüber 2008 rund 190 Millionen Euro weniger zur Verfügung stehen.

Meine Damen und Herren, wir haben in den Einbringungsreden – sowohl beim Ministerpräsidenten als auch beim Innenminister – das Argument gehört, kein neues Argument, sondern ein Argument, das wir seit vielen Jahren hören und das uns allen eigentlich geläufig sein müsste, dass schon die finanzielle Situation in unserem Land und die finanzielle Situation der kommunalen Ebene uns nachdrücklich zum Handeln zwingen.

(Udo Pastörs, NPD: Das zeigt deutlich, was Sie für eine Sachpolitik gemacht haben.)

Meine Damen und Herren, wenn es noch eines Beweises der Richtigkeit dieser Aussagen des Ministerpräsidenten, übrigens auch seines Amtsvorgängers, und des Innenministers, übrigens auch seines Amtsvorgängers, bedurft hätte, der Städte- und Gemeindetag hat uns mit diesen Zahlen die Richtigkeit dieser Einschätzung bewiesen. Ja, meine Damen und Herren, wir sind in einer Situation, wo Handeln tatsächlich eine Pflicht ist, denn nicht zu handeln bedeutet, uns alle, und das heißt vor allen Dingen die kommunale Ebene, letztlich in relativ kurzer Zeit in Handlungsunfähigkeit zu bringen.

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Staatsbankrott heißt das.
Sagen Sie es doch ruhig!)

Und deswegen, meine Damen und Herren, wollen wir eine Verwaltungsreform, wir müssen aber auch eine Verwaltungsreform auf den Weg bringen, damit wir dieses Land handlungsfähig halten.

(Udo Pastörs, NPD: Damit Sie Ihr Versagen kaschieren. –
Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Und kommen wir noch einmal zum Thema Zahlen. Wie gesagt, dies sind rund 190 Millionen im Vergleich 2008/2010. Nun kann man diese Zahlen wie viele Zahlen relativieren. 2008 war ein Jahr mit bekanntlich sehr guten Einnahmen. Aber wir müssen auch sehen: Wie viele Einsparungen wird denn eigentlich eine Kreisgebietsreform bringen?

(Toralf Schnur, FDP: Keine.)

Der Innenminister hat uns hier die Zahl von 40 Millionen genannt, der Landesrechnungshof hat uns eine Zahl vorgerechnet von etwa 60 Millionen.

Meine Damen und Herren, diese Zahlen wurden und werden in der Diskussion angegriffen und hinterfragt, kritisch hinterfragt. Das ist naturgemäß legitim. Und wir werden uns in der Tat der Aufgabe stellen müssen, zu ermitteln, wie viel wir denn an Einsparungen mit einer solchen Kreisgebietsreform erreichen werden.

(Toralf Schnur, FDP: Das hätte man im Vorfeld machen müssen, Herr Müller.)

Aber eines kann ich Ihnen aus meiner Sicht auch sagen: Ob es 40 Millionen sind oder 50 Millionen oder 60 Millionen, ist sicherlich eine wichtige Frage,

(Zuruf von Gino Leonhard, FDP)

aber auch auf 40 Millionen könnten wir nicht verzichten. Wir sind nicht in der Situation, dass wir sagen können,

(Zurufe von Toralf Schnur, FDP,
und Udo Pastörs, NPD)

das sind für uns Peanuts, das können wir liegenlassen. Wir brauchen jeden Euro, wir brauchen jeden Cent. Und da werden wir auch in dieser Frage handeln müssen.

(Udo Pastörs, NPD: Die brauchen wir.)

Also, meine Damen und Herren, wir brauchen jeden Euro und wir brauchen diese Reform.

(Udo Pastörs, NPD: Das werden wir den Leuten in Kürze sagen.)

Und da wir bei den Zahlen sind – natürlich wird auch sehr eindeutig klar, wenn man sich diese Zahlen vor Augen hält, dass eine Kreisgebietsreform allein unsere Probleme keineswegs lösen wird,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ach ja? –
Toralf Schnur, FDP: Das sieht der Minister anders.)

sondern eine Kreisgebietsreform ist lediglich ein Teil der Lösung unserer Probleme,

(Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE,
und Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

aber ich sage das hier ganz deutlich, ein unverzichtbarer Teil.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat für eine solche Kreisgebietsreform ein Leitbild und Leitlinien eingebracht. Wir haben dieses Papier in die Enquete-kommission überwiesen.

Und, Herr Professor Methling, Sie haben vorhin im Zwischenruf gesagt, die Enquetekommission habe in zweieinhalb Jahren nur einen Beschluss zuwege gebracht,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Eine Empfehlung!)

eine Empfehlung zuwege gebracht, okay. Da müssen Sie aber über viele Monate gar nicht mitbekommen haben, was da eigentlich gelaufen ist.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Denn ich darf noch mal daran erinnern – ich habe heute darauf verzichtet, das blaue Wunder mitzubringen ...

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Steht doch hinter Ihnen, Herr Müller.)

Sorry, liebe Gabi Měšťan, Korrektur, das ist nicht das blaue Wunder, das ich meine,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

mit dem Zwischenbericht der Enquetekommission, sondern das sind andere blau gebundene Bücher.

Mein lieber Herr Professor Methling und meine sehr verehrten Damen und Herren,

(Udo Pastörs, NPD: Ihre Politik beschert der Bevölkerung noch ein blaues Wunder!)

die Enquetekommission hat dieses Leitbild und diese Leitlinien der Landesregierung sehr stark verändert. Sie hat etwas viel Wichtigeres oder mindestens genauso Wichtiges getan – und da waren auch die Mitglieder der Enquetekommission, die von der FDP benannt worden sind, dabei. Wir haben gesagt: Kreisgebietsreform allein kann es nicht sein, sondern wir brauchen eine Gesamtreform.

(Udo Pastörs, NPD: Ja.)

Und wir haben einen Gesamtrahmen für eine solche Gesamtreform definiert,

(Toralf Schnur, FDP: Da stehen wir auch heute noch zu, Herr Müller.)

wir haben ihn zu Papier gebracht, wir haben ihn in der Enquetekommission beschlossen, wir haben ihn diesem Landtag vorgelegt und dieser Landtag hat sich unserem Beschluss angeschlossen und sich diesen Gesamtrahmen zu eigen gemacht.

Meine Damen und Herren, ich denke, wir alle tun gut daran, wenn wir hier sagen, dieser Gesamtrahmen ist der Maßstab und ist der Fahrplan für das, was wir vor uns haben. Ich glaube, dann gehen wir einen sehr vernünftigen Weg.

(Toralf Schnur, FDP: Aber vielleicht schon auf einem anderen Gleis.)

Wenn Sie in diesen Gesamtrahmen, lieber Kollege Schnur, hineinschauen, dann werden Sie feststellen – Sie haben es ja mit beschlossen, Sie kennen es also, ich hoffe es zumindest, dass Sie sich erinnern –, dass dieser Gesamtrahmen aus elf inhaltlichen Punkten besteht, elf. Und wenn Sie sich die ersten drei ansehen – und ich glaube nicht, dass es Zufall war, dass wir es in dieser Reihenfolge gemacht haben –, dann heißen diese ersten drei:

1. Kreisgebietsreform
2. Funktionalreform und
3. Stärkung der Zentren

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Wenn ich mir angucke, was hier heute von der Landesregierung auf den Tisch gelegt worden ist, dann geht es dabei erstens um Kreisgebietsreform, zweitens um Funktionalreform und drittens um Stärkung der Zentren.

(Toralf Schnur, FDP:
Aber doch nicht mit dem FAG.)

Das heißt, hier werden genau die ersten drei Punkte unserer Empfehlung durch die Landesregierung aufgegriffen und es werden Vorschläge dazu gemacht. Und Sie gestatten mir, dass ich auf diese drei Bereiche jetzt einzeln kurz eingehe und dann noch etwas zu anderen Punkten sage.

Also, Kreisgebietsreform: Auf Einzelfragen dieses Gesetzes, und da sind in der Tat eine Reihe von Fragen zu diskutieren, wird meine Kollegin Martina Tegtmeier gleich noch ausführlicher eingehen. Lassen Sie mich nur Folgendes sagen: Hier wird teilweise so diskutiert, als sei die Frage der Bildung von sechs Kreisen eigentlich noch ein großes Problem gewesen oder als habe es dazu keinen Dialog gegeben, und was alles für Märchen hier aufgebaut werden.

Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen sagen, ich habe nicht nur in der Enquetekommission, sondern weit darüber hinaus viele Gespräche geführt. Ich glaube, die Bildung von sechs Kreisen – und da sollten wir einfach mal ehrlich zueinander sein –, die Bildung von sechs Kreisen war in der politischen Diskussion kein allzu großer Streitpunkt.

(Toralf Schnur, FDP: Spekulation!)

Dieses war kein allzu großer Streitpunkt, lieber Kollege Leonhard.

(Gino Leonhard, FDP: Wenn man es nur aus Schwerin sieht, ja.)

Es war auch vor dem Hintergrund des Urteils des Landesverfassungsgerichts sehr schnell sehr klar, dass es für eine solche Lösung deutliche Mehrheiten geben würde.

(Toralf Schnur, FDP: Sie müssen aber begründet sein, Herr Müller.)

Ich finde auch interessant, wenn Sie mir diese etwas spitze Bemerkung gestatten, ich finde es schon interessant, dass mindestens einer dieser sechs Kreise, so, wie er dort jetzt auf der Landkarte zu sehen ist und in der Textdefinition zu sehen ist, noch ein schönes Stück größer ist als einer der Monsterkreise – oder wie man das auch immer genannt hat – der vorigen Reform.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wie groß ist der größte jetzt? 5.000, oder was? Top!)

Also auch dort gibt es eine interessante Entwicklung. Ich glaube, viel kritischer und viel kontroverser ist die Frage der Zukunft der kreisfreien Städte diskutiert worden. Hier sind ja Stichworte wie „Neubrandenburg“ oder „Schwerin“ bereits gefallen.

Ja, meine Damen und Herren, da haben wir uns auch in der Enquetekommission – das ist übrigens die nächste Empfehlung der Enquetekommission, Professor Methling, also es ist schon ein Plural –,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Lesen Sie mal die Stellungnahme vom Städte- und Gemeindetag!)

da haben wir uns auch in der Enquetekommission nicht leicht getan, uns in dieser Frage zu verständigen. Wir sind zu einer Variante gekommen, die in der Tat sagt, Rostock und Schwerin sollten kreisfrei bleiben, die vier kleineren werden eingekreist.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Ganze sechs Sozialdemokraten haben Interesse an der Reform.)

Meine Damen und Herren, ich habe großes Verständnis für die Probleme,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Unsere sind aber da.)

die dieser Vorschlag manchen in den kreisfreien Städten macht. Aber, ich denke, wir müssen alle Aspekte einer solchen Einkreisung zusammenführen, wir müssen alle Vorteile und alle Probleme natürlich gemeinsam sehen und wir müssen am Ende zu einer Endabwägung kommen. Ich glaube, gerade unter dem Aspekt einer vernünftigen Verteilung der finanziellen Lasten, all dessen, was im kommunalen Haushalt sich im Einzelplan 04 befindet, also des Bereiches Soziales und Jugend, ist eine solche Einkreisung für diese Städte ein wichtiger Vorteil, weil es zu einer solidarischen Lastentragung massiv beiträgt. Und ich glaube, wir alle, Städte und Umland, müssen begreifen, dass man Zukunft nicht gewinnt, indem man gegeneinander arbeitet, ob in der Schulnetzplanung oder bei den Volkshochschulen oder sonst wo, sondern indem man miteinander arbeitet, sich gemeinsam als Region begreift und sich gemeinsam als Region nach außen vermarktet. Das ist die Zukunft, auch für unsere heute kreisfreien Städte.

Auf einen Punkt möchte ich noch eingehen, denn er scheint mir wichtig zu sein, es ist das Thema Stadtkreise. Natürlich ist es für eine Stadt und für die unmittelbar umliegenden Umlandgemeinden eine interessante Perspektive, eine gemeinsame Verwaltung in einem dann im Vergleich zum Landesdurchschnitt relativ prosperierenden Raum zu machen und dieses auch verwaltungsmäßig so abzubilden. Aber, meine Damen und Herren, stellen Sie sich bitte vor, wir würden für diese heute sechs kreisfreien Städte jeweils solche Stadtkreise bilden und wir müssten für die Räume, die dann dazwischen liegen, Landkreise konstituieren. Ich glaube, wenn Sie sich dies vor Augen halten und wenn Sie sich vor Augen halten, wie die Finanzsituation dieser verschiedenen Körperschaften dann wäre, werden Sie feststellen, dass das Modell der Stadtkreise ein sehr egoistisches Modell ist, das die eigenen Interessen nach vorne stellt, aber die Interessen der Gesamtheit hinten runterfallen lässt.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Deswegen, meine Damen und Herren, können und dürfen wir als Landtag, die wir dem gesamten Land Mecklenburg-Vorpommern verpflichtet sind, einen solchen Gedanken nicht verfolgen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ich würde viel lieber den Fokus darauf lenken, dass wir uns noch einmal verstärkt Aspekten zuwenden, die hier ein Stückchen weit untergegangen sind, obwohl sie in der vorigen Reformdiskussion eine große Rolle gespielt haben. Mir geht es um die Interessen der Beschäftigten, die wir in der Reform ausreichend berücksichtigen müssen. Und wenn ich Peter Ritter sehe, ich glaube, dass gerade die Belegschaft des Kreises Demmin, der für eine Teilung vorgeschlagen wird, hier stärker mit ihren Belangen im Gesetz berücksichtigt werden muss.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Wir müssen uns das Thema Bürgernähe noch einmal sehr genau anschauen,

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Fernglas, mit dem Fernglas.)

wir müssen das Thema Stärkung der Selbstverwaltung auch bei diesem Gesetzentwurf als Leitlinie haben. Also, meine Damen und Herren, lassen Sie uns an das gehen, was ich Detailarbeit nenne an diesem Gesetz.

Ein paar Worte zum Thema Funktionalreform, Gesetz zwei und im Gesamtrahmen Nummer zwei.

Meine Damen und Herren, Sie können gerne noch mal die alten Diskussionen aus dem Anfang dieses Jahrzehnts hervorkramen und können noch mal gucken, wie dort argumentiert worden ist. Dort ist gerade von uns Sozialdemokraten immer wieder gesagt worden, Kommunalisierung macht Sinn

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

und ist gut und richtig, wenn wir eine konsequente Kreisgebietsreform haben und wenn wir auf eine sehr kleine Zahl von Kreisen übertragen. Aber die Bildung dieser sehr kleinen Zahl von Kreisen hat uns das Landesverfassungsgericht untersagt.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: So ist es.)

Wir kommen also zu einer kreiskommunalen Struktur, die nach dem jetzigen Gesetzentwurf acht Körperschaften vorsieht, sechs Landkreise und zwei kreisfreie Städte. Und wenn es richtig war zu sagen, für eine großformatige Aufgabenübertragung auf die kommunale Ebene braucht man wenige Empfängerkörperschaften, dann ist es im Umkehrschluss genauso richtig zu sagen, wenn wir relativ viele Empfängerkörperschaften haben, dann ist eine solche Aufgabenübertragung etwas, was man sehr genau prüfen muss.

Dieses, meine Damen und Herren, hat die Enquete-kommission – und der Landtag hat das übernommen – genauso gesehen, Herr Professor Methling, und hat deswegen einen sehr klaren Beschluss zu dieser Frage gefasst. Dieser Beschluss besagt, wir wollen nicht kommunalisieren auf Teufel komm raus, wir wollen nicht Dinge kommunalisieren, wo dies sachlich, fachlich nicht angemessen ist, sondern wir wollen – der Ministerpräsident hat es einfach, aber korrekt ausgedrückt – eine Regelung, wo jeder das macht, was er am besten kann. Und dieses „am besten“, ich kann Ihnen gern ...

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Ja, deshalb wollen Sie eine
Pseudokommunalisierung machen.)

Nein, Herr Professor Methling,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Ja, ja, natürlich.)

nichts mit Pseudokommunalisierung,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das stimmt schon.)

sondern mit einer inhaltlichen Bestimmung, die Sie ja immer verlangen, wo eine Aufgabe erfüllt wird.

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Und dieses Wort „am besten“, das der Ministerpräsident hier benutzt hat und das wir in der Enquetekommission benutzt haben, haben wir in der Enquetekommission untersetzt. Wir haben vier Kriterien entwickelt. Die heißen Rechtssicherheit, fachliche Qualität, Bürger- und Wirtschaftsnähe und Wirtschaftlichkeit.

(Zurufe von Toralf Schnur, FDP,
und Udo Pastörs, NPD)

Das sind die Kriterien, an denen wir messen müssen, wo die Aufgabe zukünftig erfüllt wird. Und das, meine Damen und Herren, muss unsere Leitlinie sein und nicht das Hinterherhecheln hinter einem Fetisch, es müssen

soundso viele Stellen sein, damit das Ganze als Erfolg verkauft werden kann.

(Toralf Schnur, FDP: So wurde es auch gar nicht gesagt.)

Nein, ein Erfolg ist es dann, wenn wir nachher sagen, jetzt haben wir die Aufgaben vernünftig zugeordnet. Dann ist es ein Erfolg.

(Zurufe von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE, Toralf Schnur, FDP, und Udo Pastörs, NPD)

Dass wir, lieber Kollege Schnur,

(Vincent Kokert, CDU: Herr Schnur läuft immer ein bisschen aus der Spur.)

diese Kriterien auch auf den Gesetzentwurf der Landesregierung und die dort zur Übertragung vorgeschlagenen Aufgaben anwenden werden, halte ich für selbstverständlich.

Dritter Aspekt und im Gesamtrahmen Ziffer 3 heißt: Stärkung der Zentren.

Meine Damen und Herren, hier ist beklagt worden, dass dieses Finanzausgleichsgesetz, dessen Novelle heute hier eingebracht worden ist, ja noch nicht die Kreisgebietsreform und die Funktionalreform abbildet. Ich frage Sie: Wie sollte es das denn tun?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sehr richtig.)

Wir wissen ja noch nicht und haben nicht durch Beschlüsse untersetzt, wie die Kreisgebietsreform aussieht und wie die Aufgabenübertragung aussieht.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Die Polizeireform machen wir doch auch schon vorher.)

Ich würde gern den Aufschrei,

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Hört, hört!)

den Aufschrei der LINKEN und der FDP hören wollen, wenn der Innenminister hier mit einem Gesetz käme, in dem drinsteht, also es gibt jetzt sechs Kreise und zwei kreisfreie Städte und deswegen sieht das FAG wie folgt aus.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Wir haben ja noch ein paar mehr Fragen zu regeln, Herr Müller. –
Peter Ritter, DIE LINKE: Deshalb machen wir vorher schon acht Polizeidirektionen.)

Da würden Sie, übrigens sogar zu Recht, schreien: Der hebt ja das Parlament aus, der respektiert das Parlament nicht. Nein, meine Damen und Herren, er respektiert das Parlament, und deswegen werden wir eine neue, eine weitere Novelle des FAG dann brauchen und kriegen,

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Die Kommunen freuen sich.)

wenn diese Fragen – Kreisgebietsreform und Aufgabenübertragung – beantwortet sind.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Und dann machen wir wieder das alte Säulenmodell oder behalten wir alles beim Alten? – Zurufe von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE, und Toralf Schnur, FDP)

Dann werden wir hier erneut das FAG novellieren und dann werden wir dies einbeziehen. Es jetzt zu fordern, ist unseriös.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Die FAG-Novelle enthält jetzt eine Reihe von Maßnahmen, das Geld, das zur Verfügung steht, anders zu verteilen. Und wenn Sie mir gestatten, werde ich auf diese Maßnahmen in einem zweiten Beitrag noch mal gesondert eingehen.

(Udo Pastörs, NPD: Wenn ich es könnte, würde ich es Ihnen nicht gestatten.)

Dass Sie, Herr Pastörs – Ihren Namen auszusprechen, erzeugt bei mir immer den Wunsch, mir nachher wenigstens die Zähne zu putzen –,

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Sie können sich ja geißeln.)

dass Sie nicht wünschen, dass Demokraten hier sprechen, das wissen wir. Aber Gott sei Dank haben Sie nicht die Macht, sie daran zu hindern.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Also, meine Damen und Herren, auf einzelne Maßnahmen zum Thema FAG werde ich gleich noch mal eingehen. Aber eines tut das FAG ganz zweifellos,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Es tut weh. –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

es erfüllt genau diese Forderung, die wir in dem Punkt drei des Gesamtrahmens haben,

(Michael Andrejewski, NPD:
Das klingt so nach Zahnweh.)

es stärkt nämlich die Zentren. Und wer hier behauptet, dass die Verlierer die Städte Rostock und Schwerin wären, denen muss ich sagen, er hat null, absolut null von diesem Entwurf verstanden,

(Toralf Schnur, FDP: Fragen Sie doch mal die Städte selber!)

denn dieser Entwurf würde exakt diese Städte und die übrigen Zentren, darunter natürlich auch die kreisfreien Städte, stärken.

(Toralf Schnur, FDP: Welche Stadt kriegt denn mehr, Herr Müller, und zwar in absolut? Keine von beiden. – Regine Lück, DIE LINKE:
Dann müssen Sie sich mal die Schlüsselzuweisungen angucken.)

Herr Schnur, lieber Herr Schnur, in China sagt man, die Sonne kann nicht in eine umgestürzte Schüssel scheinen. Und deswegen werden Sie das FAG auch nicht verstehen.

(Regine Lück, DIE LINKE:
Schwerin kriegt mehr Geld als Rostock. –
Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Wenn ein Esser, der am Tisch sitzt, und da sitzen noch mehr am Tisch, von einem Kuchen, der hingestellt wird – und Sie wissen ja, Obelix macht die Kuchenstücke nicht gleich groß,

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Schon wieder Kuchen. Sie sollten mal lieber auf Diät gehen, Herr Müller!)

Asterix ist der Gesetzgeber –,

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

wenn der Gesetzgeber die Kuchenstücke nicht gleich groß macht

(Toralf Schnur, FDP: Und Herr Sellering bringt den Zaubertrank.)

und einer der Esser bekommt einen größeren Anteil am Gesamtkuchen, ausgedrückt in Prozent,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Kommunalunix.)

dann ist er ein Gewinner. Und dass Sie das nicht begreifen, das ist zwar traurig, aber es ist die Wahrheit. Wer den größeren Anteil an der insgesamt zur Verfügung stehenden Finanzmasse bekommt, ist der Gewinner. Genau dieses, dass die Zentren einen höheren Anteil – Sie können unseren Beschluss gerne nachlesen – an der insgesamt zur Verfügung stehenden Finanzmasse bekommen,

(Toralf Schnur, FDP: Deshalb bekommen sie trotzdem alle weniger.)

genau dies ist Inhalt dieses FAG.

(Toralf Schnur, FDP: Erheblich weniger.)

Und die zweite Frage, dass der Kuchen insgesamt kleiner wird, das ist richtig. Das ist zwar bedauerlich, aber das ist genau das, was wir Ihnen seit Jahren vorausgesagt haben. Der Kuchen wird kleiner.

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Und deswegen haben wir hier zwei Entwicklungen, die sich überlagern: eine Umverteilung und einen Rückgang der zur Verfügung stehenden Masse. Und vielleicht versuchen Sie mal, zwei Entwicklungen zu einem gleichen Zeitraum auch getrennt zu bewerten, dann kämen wir vielleicht ein Stückchen weiter.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Aber nur vielleicht.)

Meine Damen und Herren, auch bei zurückgehenden Finanzmassen, eines möchte ich hier sehr deutlich zum Ausdruck bringen: Der Innenminister hat von Schicksalsgemeinschaft gesprochen, das ist ein Wort, das im Zusammenhang mit der Einführung des Gleichmäßigkeitsgrundsatzes sehr bemüht worden ist. Ich glaube, dass an diesem Wort sehr viel Wahres dran ist und ich bin auch überzeugt, das Land Mecklenburg-Vorpommern lässt seine Städte und Gemeinden nicht im Stich und lässt sie nicht im Regen stehen.

(Udo Pastörs, NPD: Im Stich nicht, es macht sie nur arm.)

Allerdings ist seine eigene Leistungsfähigkeit begrenzt, aber es steht zu seiner Verantwortung für seine Städte und Gemeinden.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Lassen Sie mich zum Thema „Zentren stärken“ noch einen weiteren Punkt anfügen. Den können Sie auch im Gesamtrahmen nachlesen, Herr Schnur. Ich schenke Ihnen, glaube ich, mal ein Exemplar zum Geburtstag, mit Schleife drum, blau-gelb, versteht sich.

(Toralf Schnur, FDP: Aber das ist erst nächstes Jahr.)

Zum Stärken der Zentren gehört auch das Thema Stadt/Umland. Und wer hier sagt – und das kam von den Kollegen der LINKEN, Herr Holter ist jetzt leider nicht mehr

da –, hier gibt es kein Gesamtkonzept, meine Damen und Herren, wir haben uns in der Enquetekommission auch darauf verständigt, ein Gesamtkonzept kann nicht in allen Punkten gleichzeitig umgesetzt werden. Und wir werden in der Enquetekommission die Anhörungen, die wir zu den Stadt-Umland-Problemen durchgeführt haben, auswerten. Wir werden unsere Empfehlungen erarbeiten. Ich hoffe, dass sich die LINKEN und die FDP konstruktiv daran beteiligen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wie immer, wie immer. Wir machen wie immer ein eigenes Votum, Herr Müller.)

Wir werden unsere Empfehlungen dem Landtag vorlegen. Ich hoffe sehr und ich werde dafür arbeiten, dass der Landtag die Empfehlungen, die wir in der Enquetekommission erarbeiten, sich dann auch zu eigen macht und umsetzt. Das heißt, dieses Thema ist keineswegs vom Tisch, sondern wir können die Themen nur nacheinander abarbeiten.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Und das gilt auch für das Thema Ämter- und Gemeindestruktur. Hier wird gesagt, ihr solltet mal mit der Ämterstruktur und mit der Gemeindestruktur anfangen.

Meine Damen und Herren, ich bin jetzt wahrscheinlich in der Gefahr, mir einen Ordnungsruf des hochverehrten Herrn Präsidenten einzufangen,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Lass mal hören! – Udo Pastörs, NPD: Machen Sie mal, Herr Müller!)

aber ich habe ehrlich gesagt die Schnauze gestrichen voll, ich habe die Schnauze gestrichen voll

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das geht noch.)

von Leuten, die, wenn Reformen an einer Ecke angefangen werden, sagen, oh, doch nicht bei mir, fang doch mal beim anderen an.

Vizepräsident Hans Kreher: Herr Müller, Sie haben recht. Ich ermahne Sie, solche Ausdrücke hier nicht zu nutzen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Das war doch sehr vornehm. – Raimund Frank Borrmann, NPD: Der kriegt sowieso keinen Ordnungsruf.)

Heinz Müller, SPD: Denn wenn ich dann an der anderen Ecke anfangen, dann sagen die dort, das ist aber nicht logisch, fange doch mal da an, beim anderen.

(Toralf Schnur, FDP: Da hat man eine Chance, Herr Müller. Das nennt sich Freiwilligkeit.)

Und jeder schiebt es auf den anderen und jeder sagt,

(Toralf Schnur, FDP: Mit einer Hochzeitsprämie, das gab's schon mal.)

woanders könnten wir doch viel besser anfangen.

(Zurufe von Gabriele Měšťan, DIE LINKE, und Peter Ritter, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, das bringt uns nicht weiter. Es bringt uns viel weiter, was wir beschlossen haben, nämlich zu sagen,

(Toralf Schnur, FDP: Zwangsfusion. – Zuruf von Gabriele Měšťan, DIE LINKE)

und das haben wir beschlossen in der Enquetekommission, übrigens mit Ihrer Stimme, Herr Schnur, wir gehen jetzt an das Thema Kreisstrukturen ran. Aber das heißt doch nicht, dass das Thema Gemeindestrukturen nun völlig aufgehoben wäre, sondern wir sagen, wir haben einen zeitlichen Ablauf.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Wir haben einen Plan, Egon.)

Da steht drin, die Enquetekommission wird in dieser Legislaturperiode ihre Empfehlungen zu diesem Thema erarbeiten, und genau das steht vor uns und genau das werden wir machen. Und wenn wir das sehen, meine Damen und Herren, dann wird ein Gesamtkonzept daraus, aber ein Gesamtkonzept, das nicht an einem Tag auf dem Tisch liegt und an einem Tag realisiert wird, sondern das nacheinander abgearbeitet wird. Anders, denke ich, geht es nicht.

Und wenn wir uns die übrigen Punkte anschauen, auf die ich jetzt nicht im Einzelnen eingehen will, die Landesregierung hat uns zu diesem Gesamtrahmen einen Bericht vorgelegt. Ich glaube, es wäre gut, wir würden uns in den Fraktionen darauf verständigen, dass wir diesen Bericht zum Gesamtrahmen nach den Sommerferien hier auf die Tagesordnung des Landtages nehmen. Ich glaube, es wäre gut, darüber zu diskutieren, dass wir in der Tat diese Punkte in einem zeitlichen Ablauf, in einem zeitlichen Nacheinander – aber alle diese Punkte – angehen und an diesen Punkten arbeiten.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Der
Innenminister freut sich schon. –
Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Es wurde deutlich, liebe Kollegen von den LINKEN, es gibt sehr wohl eine Gesamtreform. Dass wir über einzelne Elemente vielleicht unterschiedliche Meinungen haben, das gehört dazu, aber die Behauptung, es gäbe kein Konzept, die Behauptung, es gäbe keine Gesamtreform, diese Behauptung trifft nicht zu.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Ja, auch ein falsches Konzept ist ein
Konzept, Herr Müller, das stimmt. –
Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Also, meine Damen und Herren, heute haben wir mit drei Gesetzentwürfen eine wichtige Etappe bei der Verwirklichung dieser Gesamtreform – nicht mehr und nicht weniger. Es ist eine Zäsur für unsere Arbeit.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Wir können, wir werden, wir müssen dies jetzt an konkreten Gesetzentwürfen abarbeiten. Ich hoffe, dass dies eine konstruktive Arbeit wird. Natürlich werden wir an diesen Gesetzen Veränderungen vornehmen, das ist unser ganz normaler Arbeitsalltag hier im Landtag. Ich glaube aber, dass wir mit der Grundlinie dieser Gesetze einen sehr vernünftigen und einen für dieses Land notwendigen Weg eingeschlagen haben. Ich bitte Sie daher, diese drei Gesetzentwürfe in die zuständigen Ausschüsse zu überweisen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Müller.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Měšťan von der Fraktion DIE LINKE.

(Regine Lück, DIE LINKE: Los, Gabi!)

Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Koalition und Opposition sind heute sehr eng beieinander.

(Vincent Kokert, CDU: Was?)

Der Satz wundert Sie. Ich merke schon, wie Sie reagieren.

(Rudolf Borchert, SPD: Ja. –
Zurufe von Vincent Kokert, CDU,
und Udo Pastörs, NPD)

Allein das Band, dieses „Engbeieinander“, ist die tiefe Enttäuschung über das, was von der Regierung hier heute vorgelegt wird und was als Reformpaket bezeichnet wird. Die einen sagen das nur etwas lauter als die anderen

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

und nicht alle sagen es bisher auch hier innerhalb des Landtages, innerhalb des Hohen Hauses. Da helfen auch keine rhetorischen Schönreden, wie Herr Müller es eben noch mal versucht hat, die drei Gesetze wieder zusammenzubinden. Und wenn ich dann in die Reihen hier gucke, dann sage ich, von dem Kuchen, von dem da gesprochen wurde,

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

wollen offensichtlich nicht so viele SPD-Abgeordnete hier mit abbeißen,

(Udo Pastörs, NPD: Alles Märchen.)

denn es sind fast keine im Raum.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Die sind schon Kuchen essen. –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Die werden sich noch verschlucken! –
Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Erste Lesung ist bekanntermaßen der Beratung über die Grundsätze von Gesetzentwürfen vorbehalten. Voranstellen möchte ich allerdings eine prinzipielle Kritik am vorgesehenen parlamentarischen Verfahren.

(Udo Pastörs, NPD: Oh!)

Ein Blick auf den Beratungszeitraum und den vorgesehenen Plan macht deutlich, er ist kommunalfeindlich und auch kaum parlamentsfreundlich. Nach der heutigen Landtagssitzung wird der Innenausschuss die Anhörungen einleiten. Am 10. September 2009 erfolgt nach Ihrem Fahrplan bereits die mündliche Anhörung zum Finanzausgleichsgesetz. Für den 21. Oktober 2009 ist dann bereits die abschließende Zweite Lesung zu diesem Gesetz geplant. Die Anhörung der kommunalen Körperschaften und Verbände erfolgt also maßgeblich während der Sommerpause und unmittelbar nach den Kommunalwahlen, wo sich mal gerade bis heute oder morgen alle Gremien konstituieren, die Ausschüsse vielleicht in der Besetzung gewählt worden sind, aber von Arbeitsfähigkeit dieser Gremien, die darüber zu entscheiden haben, worum es da geht, kann ja wohl überhaupt keine Rede sein.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Das ist nur, weil der Dialog fortgesetzt werden soll.)

Man kann vor diesem Hintergrund den Eindruck gewinnen, dass die Landesregierung an tatsächlichen Anhörungsergebnissen im Grunde genommen wenig Interesse hat und auch den Landtag davon abhalten möchte. Da wiederholt sich das, was hier zum Dialog oder Monolog der Reform gesagt wurde.

Meine Damen und Herren der Koalition, im Oktober 2009 wird das FAG verabschiedet. Im Dezember 2009 beginnen die mündlichen Anhörungen zur Kreisstruktur und Aufgabenzuordnung, nachdem bis zum 16. Oktober 2009 von allen Kommunen, wenn sie es denn wollen, schriftliche Stellungnahmen vorliegen sollen. Um es noch deutlicher zu formulieren: Hören Sie doch bitte ab heute auf, in diesem Zusammenhang von einem einheitlichen, abgestimmten Reformpaket zu sprechen.

(Toralf Schnur, FDP: So ist es.)

Das können Sie von mir aus in internen Koalitionsrunden hinter verschlossenen Türen immer weiter so machen, aber nicht mehr in der Öffentlichkeit!

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Ja, da machen sie es ja gerade nicht.)

Verkaufen Sie die Bürgerinnen und Bürger, die in der Kommunalpolitik Engagierten und auch den Landtag nicht für dumm! Wer sich frühzeitig ein Kreismodell 6 plus 2 ausdenkt, es fixiert

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das habt Ihr damals ganz anders gemacht. Da war es schon vom ersten Tag klar: 4 plus 0 und wir gucken mal.)

und erst im Anschluss meint, dieses Modell mit einem Gesamtkonzept verhängen zu müssen, der muss sich nicht wundern, dass dabei kaum etwas zusammenpasst.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Meine Damen und Herren, unser Fraktionsvorsitzender Helmut Holter hat bereits kritisiert,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Hat er gemacht. –
Marc Reinhardt, CDU: Er hat schon so
eine Peitsche in der Hand gehabt.)

dass die Landesregierung dem Landtag unfertige Gesetze vorlegt. Wenn ich mir vor diesem Hintergrund zum Beispiel das Aufgabenzuordnungsgesetz anschau, dann möchte ich deutlich sagen, die Ausschussüberweisung ist fast unzulässig.

Ich komme zurück auf das Gesetz. Sehen wir in den Artikel 1 Paragraph 29, der sich mit dem sogenannten Mehrbelastungsausgleich beschäftigt, der verhindert, dass der Landtag überhaupt weiß, worüber er berät und worüber er entscheidet. Ich zitiere deshalb aus der Begründung, Zitat: „Wegen der noch nicht abgeschlossenen Kostenfolgeabschätzung haben alle Zahlenangaben in § 29 vorläufigen Charakter.“

(Toralf Schnur, FDP: Ja.)

Meine Damen und Herren der Landesregierung – sind auch nicht so viele da –, was bieten Sie hier dem Landtag an? Zur Kostenfolgeabschätzung gibt es im Übrigen ein vorgeschriebenes Verfahren,

(Toralf Schnur, FDP: So ist es.)

und zwar jeweils zur ersten und zur zweiten Kabinettsbefassung. Und ich zitiere noch weiter: „In den anstehenden Verhandlungen mit den kommunalen Landesverbänden während der parlamentarischen Beratung des Gesetzentwurfs können weitere Festlegungen ... erfolgen.“ Zitatende.

(Toralf Schnur, FDP: Es müssen aber nicht.)

Meine Damen und Herren der Koalitionsregierung, das ist eine Anmaßung gegenüber dem Landtag.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Das Parlament soll diesen Gesetzentwurf parlamentarisch beraten.

(Toralf Schnur, FDP: So ist es.)

Die eigentlichen Verhandlungen mit den kommunalen Verbänden erfolgen aber außerhalb des Landtages,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das Geld gibt übrigens auch der Landtag.)

denn laut gemeinsamer Erklärung zum Konnexitätsprinzip verhandeln die kommunalen Landesverbände mit der Landesregierung. Der Landtag hat hier also nichts zu melden. Und Verhandlungen haben aber bekanntlich einen offenen Ausgang.

(Regine Lück, DIE LINKE:
Wo ist das Demokratie?)

Sie nehmen den Landtag, Sie haben es heute auch mit der Opposition versucht, mit Ihrem Gesetzentwurf unzulässig in Haftung für Entscheidungen, die nicht im Landtag liegen.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Und das, meine Damen und Herren von der Regierung, weisen wir als Oppositionsfraktion entschieden zurück.

(Vincent Kokert, CDU: Habt Ihr das
verstanden? Ich habe das nicht verstanden.)

Auch die Ausführungen zu den finanziellen Auswirkungen auf die Haushalte der Kommunen sind, entschuldigen Sie, ein Armutszeugnis für die Landesregierung.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Machen wir etwa kein FAG?)

Auch da zitiere ich wieder: „Die in Umsetzung der Aufgabenübertragungen anfallenden Kosten, z. B. für die Kosten der Anpassung der Strukturen, sind derzeit im Einzelnen noch nicht bezifferbar und hängen von den Organisationsentscheidungen der Aufgabenträger ab.“ Zitatende.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Wenn sie die kommunalen Aufgaben alle
nach oben zoomen, dann geht das nicht.)

Also, meine Damen und Herren, statt ihre Hausaufgaben zu machen, verhöhnt die Landesregierung die kommunalen Aufgabenträger. Solchen Gesetzentwürfen darf der Landtag nicht zustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Vincent Kokert, CDU: Nein, niemals!)

Meine Damen und Herren, eine verfassungsrechtliche Bewertung der Gesetzentwürfe wird letztlich an anderer Stelle als hier vorgenommen. Immerhin wird in 50 Prozent

der Neukreise die Zielgröße von 4.000 Quadratkilometer überschritten, zum Teil erheblich. Als problematisch könnte sich dabei erweisen, dass die Landesregierung diese Überschreitungen allein mit gemeindlichen Zuordnungswünschen rechtfertigt. Auch bin ich mir nicht sicher, ob Alternativmodelle, etwa 7 plus 2, durch die Landesregierung mit der notwendigen Ernsthaftigkeit geprüft wurden.

(Toralf Schnur, FDP: Überhaupt nicht.)

Und wenn ich mir die entsprechenden Begründungen des Gesetzentwurfes ansehe, wird sich wohl auch der Aufgabenentzug bezüglich einzukreisender Städte als verfassungsrechtliches Problem erweisen.

Meine Damen und Herren, aufgrund dieser rechtlichen Unwägbarkeiten wiegt die politische Ablehnung des Reformpäckchens – ich kann es nur als Päckchen bezeichnen – umso schwerer. Dabei ist es der Landesregierung trotz größter Anstrengungen offenbar nicht gelungen, dem Land und dem Landtag das rot-rote Reformgesetz aus dem Kopf zu treiben. Und dabei hat die Regierung keine Mühe gescheut, sich den sogenannten Reformgesamtrahmen hinzubiegen, wie es ihr gefällt. Da wird über Nacht, genau ein Jahr nach der Beschlussfassung über den Gesamtrahmen hier im Landtag, die Strukturreform zur eigentlichen Mutter der Reform erklärt und die Funktionalreform lediglich zu deren Beiwerk.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Als Stiefkind sozusagen. –

Toralf Schnur, FDP: Angeheiratet. –
Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Meine Damen und Herren der Koalitionsfraktionen, für Ihren Reformgesamtrahmen hatte die Landesregierung inzwischen längst die Abwrackprämie kassiert und den Ihnen überlassenen Reformbollerwagen mit ein paar Blechbüchsen garniert. Damit lassen wir Sie gerne allein übers Land fahren. Und, Kollege Müller und Kollege Ringguth, tuckern Sie bitte dann mit dem Reformbollerwagen nur in die Zentren, denn außerhalb lässt man Ihnen die Luft aus den Reifen!

(Beifall und Heiterkeit bei
Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Bollerwagen
haben überhaupt keine Luft in den Reifen.
Das müssten Sie wissen.)

Zentren stärken, Umland schwächen – diese Philosophie kommt nicht aus diesem Landtag und diese Politik taugt nicht für unser Flächenland.

Auch ansonsten sind die vorgelegten Gesetzentwürfe der Landesregierung eine Brückierung der Enquetekommission und damit des Landtages.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Und der kommunalen Spitzenverbände.)

Herr Innenminister, loben Sie deshalb nächstens vorsichtiger die Ergebnisse der Arbeit der Enquetekommission. Denn wollen wir es doch mal auf einen Punkt bringen: Wofür engagiert sich in dieser Kommission kommunalpolitischer Sachverstand? Wofür bezahlt der Landtag eine Kommission, die, und da zitiere ich wieder, „Handlungsperspektiven zur Ausgestaltung dauerhaft leistungsfähiger Gemeindestrukturen“, so steht es in unserem Beschluss,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Das geht doch schon los. –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Da fangen wir doch schon an
jetzt, seit drei Jahren.)

„analysieren“ und für die Gesetzgebung Empfehlungen erarbeiten soll? Wozu sollen wir das machen, wenn die Regierung gleichzeitig machen kann, was sie will?

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Seit drei Jahren fangen wir doch schon an. –
Zurufe von Toralf Schnur, FDP, und
Raimund Frank Borrmann, NPD)

Meine Damen und Herren, Artikel 1 Paragraph 12 Absatz 7 des Finanzausgleichsgesetzentwurfes, also die flächendeckende finanzielle Austrocknung von Gemeinden mit weniger als 500 Einwohnern,

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

ist vom Landtag scharf zu kritisieren und auch praktisch zu korrigieren. Meinen Kollegen Müller und Ringguth empfehle ich einen Blick in den Enquetebericht 2002. Was dort im Zusammenhang mit der 500er-Empfehlung zur Region Vorpommern, den Landkreisen Mecklenburg-Strelitz und Müritz gefordert wurde, rückt die jetzt beabsichtigte Praxis in den Bereich der Kommunalfeindlichkeit.

Meine Damen und Herren, es ließe sich noch vieles sagen von vorgesehenen Verordnungsermächtigungen bis hin zu vielen Passagen, die offensichtlich mit sehr, sehr heißer Nadel gestrickt wurden, der dann unterwegs auch noch dreimal die Heizung ausgegangen war.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Aber wir sind heute in der Grundsatzdebatte und ich betone deutlich, Herr SELLERING, Herr GLAWE: Die Opposition ist nicht für Fachfehler der Landesregierung zuständig,

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

und Sie können uns auch in dieser Weise hier im Landtag in der Ersten Lesung nicht in Haftung nehmen. Deshalb eine abschließende, allerdings skeptische Bemerkung:

Seit über zwei Jahren hören wir in diesem Haus – und hier kann mein Kollege Ringguth in der Tat das Copyright beantragen –

(Udo Pastörs, NPD: Was ist das denn?)

solche Aussagen wie: Kritik ja, ist angebracht, aber bitte nicht hier und nicht heute, so weit sind wir noch gar nicht. Oder ein anderes Beispiel: Kritik am Leitbild der Landesregierung?

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Gabi, was ist denn los mit dir?!)

Nein, das wird doch vom Landtag noch maßgeblich geändert.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Es
kommt nicht so raus, wie es reingekommen ist.)

Oder: Kritik am Leitbild des Landtages? Nein, das ist doch unwichtig, entscheidend ist die Gesetzgebung. Oder: Kritik an den Gesetzentwürfen der Landesregierung?

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Ab heute geht's los, Gabi, hast recht.)

Nein, die kommen doch jetzt erst in die Ausschussberatung. Kritik am FAG-Entwurf im Innenausschuss?

(Heiterkeit bei Abgeordneten der
Fraktion der FDP – Sebastian Ratjen, FDP:
Ja, die Gemeinden werden nackt gemacht.)

Meinetwegen, aber der Zeitplan lässt Änderungen doch nicht mehr zu, wir machen doch 2012 sowieso ein neues.

(Sebastian Ratjen, FDP:
FAG für nackte Gemeinden.)

Es tut mir leid, meine Damen und Herren, das ist keine Begleitung eines so wichtigen Reformvorhabens, über das wir uns alle zu anderen Zeiten schon einmal einig waren.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ich glaube, so oder ähnlich werden auch die nächsten Wochen und Monate verlaufen. Das habe ich aus den bisherigen Reden entnommen und da habe ich auch keine Illusionen mehr. Meine Fraktion DIE LINKE wird dieses Vorgehen jedenfalls nicht unterstützen!

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Sehr gut, Gabi!)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Frau Měšťan.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Schnur von der Fraktion der FDP.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Wir warten ab, bis du das fertig hast.)

Toralf Schnur, FDP: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der von Ihnen vorgelegte Gesetzentwurf und Ihre Annäherung auf ein 6-plus-2-Modell, das möchte ich vorwegnehmen, wird ähnlich wie bei der LINKEN von uns inhaltlich nicht mitgetragen. Ich kann jetzt aus Zeitgründen leider nicht auf Einzelheiten eingehen, denn wir sind ja noch ein bisschen kleiner, ich werde mich also grundsätzlich zu diesem Gesetzentwurf äußern.

Kreisgrenzen sind für uns Liberale keine Fronten,

(Udo Pastörs, NPD: Oh!)

an denen eine stille und bedrohliche Konfrontation stattfindet. Kreisgrenzen sind für uns keine Trennlinien zwischen unterschiedlichen Gesellschaftssystemen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ihr Gesetzentwurf und Ihre bisherigen Äußerungen zeigen ein falsches Bild von den Dingen im Lande.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch der Innenminister hat es heute wieder getan. Er spricht von Lokalfürsten und Kleinfürstentümern. Sie sprechen von Erfahrungsmentalität der kreisfreien Städte. Sie ignorieren, dass gerade die kreisfreien Städte am ehesten dem Grundsatz „Kommunale Dienstleistung aus einer Hand“ entsprechen. Gerade die kreisfreien Städte entsprechen damit idealerweise den Anforderungen, die in unserer Kommunalverfassung verankert sind.

Wir von der FDP lassen uns auch in der Funktion als Landespolitiker, und das ist ja gemeinhin hier immer

ein Vorwurf, nicht gedanklich von unseren Kommunen trennen. Unsere Kommunen sind das Fundament einer gelebten Demokratie.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Das sind nicht eure Kommunen. –
Sebastian Ratjen, FDP: Wieso? Wir wohnen da.)

Dies ist wichtig, meine sehr geehrten Damen und Herren. Dass es Veränderungen geben muss, räumen ja mittlerweile selbst die Kreise und auch die kreisfreien Städte ein. Die Kreise und kreisfreien Städte haben im Gegensatz zu den Äußerungen des Ministerpräsidenten stets mit Sachargumenten gearbeitet. Sie haben auch Veränderungen vorgeschlagen. Die Behauptung, die hier an den Tag gelegt wird, dass das nicht so wäre, ist schlicht und einfach falsch. Ihre beharrlichen Falschaussagen, und das muss man dann auch sagen, ändern an dem Umstand, dass vonseiten der Opposition als auch vonseiten der Städte, Gemeinden und der Kreise hier Sachargumente vorgetragen worden sind, nichts. Die kommunale Familie kann Ihren Gesetzentwurf, und das muss man vielleicht auch mal sagen, nicht einmal mittragen, weil dieser Gesetzentwurf die Handlungsfähigkeit der Kommunen als solche infrage stellt. Man kann doch von den Kommunen an der Stelle nicht erwarten, dass sie dem zustimmen, was letzten Endes die Substanz der Kommunen trifft.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Vergegenständlichen wir uns einmal, was unsere Landkreise und kreisfreien Städte im System der Demokratie überhaupt leisten: In unseren zwölf Landkreisen und sechs kreisfreien Städten

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

ringen heute insgesamt 864 Mitglieder in Kreistagen, Bürgerschaften und Stadtvertretungen der kreisfreien Städte jeden Tag, so sie denn tagen, um beste Lösungen für ihren Kreis oder auch ihre Stadt. Das, sehr geehrte Damen und Herren, ist die Leistung, die wir bewerten müssen. Und wir reden eben nicht nur über Kreisgrößen. Wir reden darüber, dass Kreisgrößen auch für jeden Einzelnen so geschaffen sein müssen, dass sie Kommunalpolitik überhaupt noch betreiben können. Mit Ihrer Kreisstrukturreform wird es zukünftig allein in den Landkreisen und kreisfreien Städten mehr als 200 ehrenamtliche Mandate weniger geben.

(Heinz Müller, SPD:
Die haben aber mehr zu sagen.)

Das ist Ihre Form der Würdigung des Ehrenamtes, Herr Müller.

(Heinz Müller, SPD: Ganz viele, die
wenig zu sagen haben, helfen uns nicht.)

Wenn Sie so kommunales Ehrenamt beurteilen, Herr Müller, dann ist das Ihr Anspruch. Das ist nicht mein Problem. Das müssen Sie den Leuten vor Ort erklären.

(Udo Pastörs, NPD: So ist das Prinzip
der Demokratie, Herr Müller.)

Wir können dem Ehrenamt jedenfalls nicht zumuten, ohnmächtig vor diesen abstrakten Verwaltungseinheiten zu stehen, denn das wird der Fall sein. Wir werden an der Stelle so gut wie kaum noch Ehrenamtliche bekommen, die nicht entweder Bürgermeister sind oder in irgendeiner hauptamtlichen Funktion oder auf irgendeiner Verwaltungsebene,

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Landesadel ist das.)

die die Arbeit überhaupt leisten können. Auch das muss man mal sagen.

Das Ehrenamt wird sich dann auch in sich unterscheiden vom heutigen Ehrenamt. Die Vorschläge der Regierung schaffen Realitäten, in denen kommunale Vertreter ihrer territorialen Verantwortung entwurzelt werden. Sie wollen Realitäten schaffen, in denen die kommunale Arbeit von Verwaltung kontrolliert werden soll. Auch das hat nichts mit gelebter Demokratie zu tun, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Dabei gehört es zur Ironie der Geschichte, dass haben mehrere Vorredner schon gesagt, dass Teile der CDU sich heute für etwas aussprechen, was sie selbst im eigentlichen Sinne noch beklagt haben. Und man muss an der Stelle sagen, es war die gesamte Fraktion der CDU,

(Vincent Kokert, CDU: Nicht mal das weißt du richtig. Nicht mal das weißt du richtig.
Nicht mal das weißt du richtig.)

weil sich heute ja immer ganz gerne noch einige aus dieser Verantwortung verabschieden, es war die gesamte CDU-Fraktion inklusive unserem Innenminister,

(Vincent Kokert, CDU: Was haben sie dir da wieder aufgeschrieben?! Mann, Mann, Mann!)

die damals diese Kreisgebietsreform beklagt hat.

Ich weiß aber ebenfalls, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Union, es gibt auch in Ihren Reihen viele, die sich gegen dieses Gesetzesvorhaben zur Wehr setzen werden. Die sagen es noch nicht jetzt,

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Die sagen es noch nicht so laut.)

aber vielleicht später. Und ich will es ganz offen sagen: Wir werden denjenigen, die den Mut haben, sich gegen dieses Gesetz zu wehren, auch helfen, so wir es denn können.

(Vincent Kokert, CDU: Die warten nur auf Ihre Hilfe, Herr Schnur! Genau darauf warten sie!)

Da wir die Möglichkeiten zunehmend haben, das haben ja die letzten Kommunalwahlen auch gezeigt,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

ist es so, dass wir ihnen natürlich auch diese Hilfe geben.

Wir haben ebenso wie Sie von der Koalition natürlich das Interesse daran, die Kommunen zu unterstützen. Wir tun dies auch.

(Heinz Müller, SPD: Mit Steuersenkungen!)

Wir haben immer klar und deutlich gesagt, Herr Müller, die Form folgt der Funktion, und das von Anfang an.

(Sebastian Ratjen, FDP: Herr Müller,
lieber Steuersenkungen als Niveausenkungen.)

Auch mein Kollege Leonhard hat damals in der Enquete-kommission exakt diese Forderung zu jedem Zeitpunkt aufgemacht. Meines Erachtens ist das übrigens auch eine Forderung der Union. Ein Abrücken von dieser Auffassung gibt es für uns nicht.

Das, was wir hier als Funktionalreform präsentiert bekommen, verdient eigentlich den Namen nicht, wenn man ehrlich sein müsste.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Deswegen haben sie ihn ja geändert.)

Der Funktionalreform muss eine Aufgabenkritik vorausgehen.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Das ist so
wie kostensenkende Strukturmaßnahmen.)

Ich sage es noch mal: Die Form folgt der Funktion, für diejenigen, die es nicht hören wollen. Ihre rein an der Form festhaltende Auffassung ist eine Geisteshaltung, meine sehr geehrten Damen und Herren, die von vorgestern ist. Sie sollten sie möglichst schnell ablegen,

(Vincent Kokert, CDU: Oh! Oh!)

denn auch heute gibt es schon Computer und nicht mehr Postkutschen. Gehen Sie mit der Zeit und verlassen Sie jetzt den beschrittenen Weg! Tun Sie es nicht für uns, tun Sie es einfach für die Kommunen im Land! – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Vincent Kokert, CDU: Es klatscht ja kaum einer. –
Udo Pastörs, NPD: Jesus Christus, amen!)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Schnur.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Tegtmeier von der Fraktion der SPD.

Martina Tegtmeier, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich hatte eigentlich gehofft, dass wir in dieser zweiten Runde sozusagen schon ein bisschen mehr zu den Inhalten kommen, von denen wir hier sprechen. Ich nehme aber zur Kenntnis, dass die generell ablehnende Linie hier noch im Vordergrund steht.

(Regine Lück, DIE LINKE: Und was war
das bei den Vorrednern mit den Inhalten?)

Frau Měšťan, Sie haben eben so ein bisschen witzig dargestellt, wie unbeweglich die Regierung bei jeglichen Änderungsvorschlägen ist. Zwischen dem ersten Kabinettsentwurf und dem Gesetzentwurf, der uns jetzt zur Beratung vorliegt, sind schon einige Änderungen auch aufgrund von Anhörungen zu verzeichnen.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Fundamental! Fundamental!)

Ob man letztendlich als Parlament das genauso sieht oder auch nicht, lasse ich mal dahingestellt.

(Toralf Schnur, FDP: Das
Parlament muss sich entscheiden.)

Meiner Überzeugung nach brauchen wir ganz dringend eine Verwaltungsreform, so schnell wie möglich und so gut wie eben nötig. Und der Zwang zum Handeln ist hier ja von mehreren Rednern schon ganz ausführlich dargestellt worden.

(Sebastian Ratjen, FDP: Das ist ja möglich.
Es gibt Möglichkeiten der Regierung.)

Und da der Kollege Müller schon den Gesamtrahmen, in dem wir uns hier befinden, ausführlich dargestellt hat,

(Udo Pastörs, NPD: Können Sie sich kurzfassen.)

werde ich meine Ausführungen auf den Gesetzentwurf zum Kreisstrukturgesetz richten.

Und wenn Herr Pastörs mich hier auffordert, mich kurzzufassen: Halten Sie sich selbst an Ihre Redezeiten! Heute haben Sie ja Gott sei Dank keine mehr, das ist schon sehr gut.

(Udo Pastörs, NPD: Toll, ne?)

Mein Blick ist durchaus sehr kritisch auf dieses Gesetz gerichtet. Ich hoffe aber, dass er konstruktiv ist.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Auf die beiden anderen Gesetzentwürfe wird Herr Müller ja gleich noch mal kurz eingehen können.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Herr Müller kommt noch mal, ja?)

In der 40. Sitzung des Landtages brachten SPD und CDU den Antrag zur „Umsetzung der Empfehlung der Enquete-Kommission „Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung““ auf Drucksache 5/1409 ein. Mit der Zustimmung zu diesem Antrag hat der Landtag der Landesregierung Ziele, Leitbild und Leitlinien für eine Kreisgebietsreform in Mecklenburg-Vorpommern vorgegeben.

Im Mittelpunkt dieser Reformvorhaben stehen die zwei ausdrücklich formulierten Ziele. Sie sind ja auch schon häufiger genannt worden, ich werde sie trotzdem noch mal nennen: die Schaffung nachhaltiger und effizienter Verwaltungsstrukturen sowie – ebenbürtig – der Erhalt und die Stärkung der ehrenamtlich ausgeübten kommunalen Selbstverwaltung. Und da ich darauf gleich noch mal näher eingehen werde, werde ich auch noch mal einige Strukturgrundsätze, die dabei eingehalten werden sollen, hier benennen. Die betroffenen Landkreise werden aufgelöst und zu neuen zusammengeschlossen, sodass keine „Beitrittslandkreise“ geschaffen werden. Nach Möglichkeit sollen die Landkreise als Ganzes neu zugeordnet werden. Der Status der kreisfreien Städte soll im Einzelnen überprüft werden. Die Aufgaben sollen dort erledigt werden, wo sie am besten erledigt werden können. Doppelstrukturen sind dabei abzubauen.

(Irene Müller, DIE LINKE: Ach,
Frau Tegtmeier, das hatten wir doch schon mal.)

Darüber hinaus wurde die Ausdehnung der neuen Kreise festgeschrieben. 4.000 Quadratkilometer sollen nicht überschritten werden und die Einwohnerzahl ist auf mindestens 175.000 im Jahr 2020 festgelegt. Jedoch, und das steht auch mit drin, Abweichungen von den Zielgrößen sind ausdrücklich erlaubt.

(Präsidentin Sylvia Bretschneider
übernimmt den Vorsitz.)

Der Innenminister seinerseits hat vorhin schon in seinen Eingangsausführungen zur Prüfung von Alternativmodellen reichlich Stellung bezogen. Im Ergebnis wurde uns hier im Gesetzentwurf ein 6-plus-2-Modell vorgelegt, das einer Maximalvariante von 4 plus 0 wohl am nächsten kommt. Inwieweit die verfassungsrechtlichen Anforderungen an die kommunale Selbstverwaltung im Gesetzentwurf ausreichend Berücksichtigung finden werden, ist im Einzelnen noch zu beleuchten.

Der vorgelegte Gesetzentwurf sieht nun also sechs Kreise vor bei gleichzeitiger Einkreisung der vier kleineren kreisfreien Städte Wismar, Greifswald, Stralsund und Neubrandenburg. Die Hansestadt Rostock und

die Landeshauptstadt Schwerin bleiben kreisfrei. Die Enquetekommission „Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“, deren Mitglied ich ja bin, hat ausführliche Beratungen gerade zu der Frage der Einkreisung heute kreisfreier Städte durchgeführt und mehrheitlich auf ihrer Abschlussabstimmung am 29. Mai die im Gesetz vorgesehenen Einkreisungen bestätigt.

(allgemeine Unruhe)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf doch um etwas mehr Ruhe bitten, damit die Rednerin hier ihren Beitrag auch entsprechend vortragen kann.

Martina Tegtmeier, SPD: Mit der Beibehaltung der Kreisfreiheit zu Schwerin wird der Maßstab für die Leistungsfähigkeit einer kreisfreien Stadt aber zugunsten des Landeshauptstadtstatus abgesenkt. Wie ein notwendiger finanzieller Ausgleich zu erreichen ist, wird im Parlament noch zu klären sein.

Die Städte Wismar, Greifswald, Stralsund und Neubrandenburg erhalten im Gesetzentwurf den Status der großen kreisangehörigen Stadt mit besonderen Aufgabenzuordnungen im Bereich Straßenverkehrsrecht, Immissionsschutz, Baurecht und Denkmalschutz. Ein finanzieller Ausgleich für den Verlust der Kreisfreiheit ist in Paragraph 45 Absatz 4 geregelt. Darin heißt es: „Die Städte, die durch oder aufgrund dieses Gesetzes nicht mehr Sitz eines Landkreises sein werden, sowie die bisher kreisfreien Städte, die durch oder aufgrund dieses Gesetzes nicht Sitz eines Landkreises werden, erhalten zum 1. Januar 2012 zu gleichen Teilen eine einmalige Anpassungshilfe von insgesamt 12 Millionen Euro.“ Das hieße bei einer vereinfachten Rechnungsweise – vier eingekreiste Städte und sechs ehemalige Kreisstädte – für jede Stadt 1,2 Millionen Euro.

Den einzukreisenden Städten laut Gesetz reicht dies, wie wir alle wissen, nicht aus. Sie gehen davon aus, dass der von ihnen prognostizierte Bedeutungsverlust nicht aufgewogen wird und die Einkreisung die Stadt-Umland-Problematik nicht lösen kann. Den räumlichen Zwängen wird nicht Rechnung getragen, sodass somit insgesamt für sie diese Entwicklung negativ ausschlägt. Andere hingegen sind der Auffassung, dass durch die Übertragung besonderer Aufgaben durch die dann großen kreisangehörigen Städte ein Teil der Einspareffekte wieder aufgeessen wird und man aus diesem Grund darauf verzichten sollte.

Die neuen Kreise weisen im Großen und Ganzen eine homogene Struktur auf. Abweichend hiervon ist augenfällig der neue Landkreis Nordwestmecklenburg im Verhältnis zu den anderen Kreisen einwohner- und flächenbezogen zu klein. Das hatte vorhin der Innenminister auch schon mal ausgeführt. Wollte man ihn vergrößern, müsste man aus dem Landkreis Südwestmecklenburg Teile herauslösen, was ich persönlich allerdings begrüßen würde. Es ist also zwischen dem Homogenitätskriterium und dem Grundsatz der Nichtteilung grundsätzlich abzuwägen.

Mit der Teilung des heutigen Landkreises Demmin wurde dieser Nichtteilungsgrundsatz im Gesetzentwurf demgegenüber durchbrochen. Begrüßenswert ist dabei, dass im Gesetzentwurf die von den Beteiligten gewünschte Zuordnung der Stadt Demmin und der umliegenden Ämter zum Landkreis Südvorpommern erfolgt ist. Dadurch braucht der Landkreis Demmin nur einmal geteilt zu werden, in Anführungszeichen, im ersten Kabi-

nettsentwurf war sogar noch eine zweimalige Teilung vorgesehen. Die Überschreitung der Einwohner- und Flächenkennzahlen könnte gegen den Vorteil der geringen Komplikationen im Auseinandersetzungsverfahren sowie der Beachtung des öffentlichen Wohls sozusagen weggewogen werden. Die Teilung des Landkreises Demmin ist aber insbesondere bei der Rechtsnachfolge im Auseinandersetzungsverfahren und dem Personalübergang durchaus als sehr problematisch anzusehen.

Insgesamt jedoch sind größere Abweichungen von den im Leitbild vorgegebenen Kennzahlen nur für die Kreise Nordwestmecklenburg und Mecklenburgische Seenplatte zu verzeichnen. Wenn beim Landkreis Nordwestmecklenburg die geforderte Einwohnerzahl von 175.000 im Jahr 2020 um circa 23.000 Einwohner unterschritten wird, so haben wir beim Kreis Mecklenburgische Seenplatte eine Überschreitung bei der Gebietsgröße um circa 1.000 Quadratmeter zu realisieren.

(Udo Pastörs, NPD: 1.000 Quadratmeter!)

Diese Überschreitung wird vor allem durch die Zuordnungswünsche der Ämter Malchin am Kummerower See und Trebtower Tollensewinkel sowie der Stadt Dargun hervorgerufen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Die Landesregierung hat hier den Belangen des öffentlichen Wohls bei der Abwägung mehr Gewicht beigemessen als der Einhaltung der Größenkennzahlen.

Sehr geehrte Damen und Herren, der Gesetzentwurf fordert die Bürgerinnen und Bürger in Paragraph 2 zur Beteiligung auf, indem er die Bürgerinnen und Bürger per Bürgerentscheid über den Kreissitz und den Kreisnamen entscheiden lassen will. Beim Vorschlag, den Kreisnamen hier festzusetzen, sehe ich noch nicht mal die großen Probleme. Wo ich Probleme sehe, ist allerdings, was die Festsetzung des Kreissitzes betrifft. Zum Kreissitz können alle im Kreisgebiet gehörenden bisherigen Kreissitze und eingekreisten Städte vorgeschlagen werden. Damit ist klar, dass nur Städte mit funktionierenden Verwaltungen und bereits vorhandenen Verwaltungsimmobiliien zum Kreissitz erklärt werden können.

So weit ist der Gesetzentwurf auch durchaus schlüssig. Jedoch ist er nicht risikofrei an dieser Stelle. Zwischen den Landkreisen Parchim und Ludwigslust ist bereits heute der Kampf um Wählerstimmen entbrannt.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Wieso eigentlich? Wieso? Das
kann sich auch verschieben.)

Und wenn ich mal daran erinnern darf, so eine Kreisstadt-rivalität hat es ja auch schon 1994 gegeben zwischen den Städten Hagenow und Ludwigslust, ganz extrem, und die ist bis heute auch noch in sehr guter Erinnerung geblieben. Vielleicht wäre ja Schwerin als Kreissitz für Südwestmecklenburg eine von beiden Kreisen zu akzeptierende Alternative. Dass der Bad Doberaner Kreistag solch eine Lösung in Bezug auf Rostock gewünscht hätte, ist ja auch kein Geheimnis in dem Haus. Es gibt im Bundesgebiet durchaus Beispiele, wo so etwas praktiziert wird, insbesondere in Bayern und Baden-Württemberg bei Städten wie Freiburg im Breisgau, die zwar Kreissitz, aber nicht kreisangehörig ist – also durchaus auf Bundesebene praktiziert, bei uns im vorliegenden Gesetzentwurf jedoch als Variante ausgeschlossen. Verschärfte Standortgefechte können im Vorfeld auch die vertrauensvolle Zusammenarbeit zur Vorbereitung

der Fusion trüben, wie sie ja in Paragraph 19 – leider, wie ich meine – nur als Sollvorschrift enthalten ist.

Gesetzlich vorgeschriebene Aufbaustäbe zur Vorbereitung der Kreiszusammenschlüsse sind im Gesetzentwurf nicht vorgesehen. Insofern wird in den Ausschüssen noch einmal über dieses Lösungsmodell, wie ich finde, durchaus zu diskutieren sein.

Eine weitere Regelung erhitzt sehr die Gemüter: Die Altfehlbetragsumlage in Paragraph 25 regelt, dass eine sogenannte Altfehlbetragsumlage als differenzierte Kreisumlage für einen Zeitraum von zehn Jahren von denjenigen Gemeinden erhoben werden soll, die zu ehemaligen Landkreisen mit Fehlbeträgen gehören. Damit sollen sie die Haushaltsfehlbeträge der Altkreise abtragen, die in den vergangenen Jahren durch unzureichende Kreisumlagesätze angehäuft wurden.

Hierüber kann man trefflich streiten. Ich persönlich halte diese Regelung sogar für gerecht. Es kann meiner Meinung nach nicht sein, dass zum Beispiel Gemeinden des Landkreises Nordvorpommern, die ihren Landkreis immer auskömmlich finanziert haben, nach der Fusion für die Schulden der Gemeinden des Landkreises Rügen in Haftung genommen werden. Natürlich sind zur Festsetzung der Umlagehöhe die finanzielle Leistungsfähigkeit der betroffenen Gemeinden sowie der Grundsatz der wirtschaftlichen und sparsamen Haushaltsführung zu beachten. Was hier als angemessen angesehen wird, erfordert sehr viel Fingerspitzengefühl.

Wir als SPD-Fraktion begrüßen ausdrücklich, dass die neuen Kreise ihre Haushalte nur zu einem Haushaltsplan zusammenführen können und keine neue Haushaltssatzung für das Jahr 2011 erstellen müssen, wie das ursprünglich vorgesehen war. Der enge Zeitraum nach der Konstituierung der neuen Kreistage im zweiten Halbjahr behindert schon aus praktischen Gründen den Erlass einer rechtswirksamen Haushaltssatzung. Die Verkürzung der Konstituierungsfrist kann hier meiner Meinung nach nicht wirklich Abhilfe schaffen.

Sehr geehrte Damen und Herren, nun noch einige Worte zum Personalübergang. Der SPD-Fraktion war es immer wichtig, dass beim Personalübergang einer so einschneidenden Reform die Rechte der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewahrt werden. Wir begrüßen die Absicherung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch einen dreijährigen Kündigungsschutz sowie die Besitzstandsgarantie nach tarifrechtlichen Maßgaben ausdrücklich. Das Personal der fusionierenden Kreise geht auf den neuen Landkreis als Rechtsnachfolger über.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Besondere Schwierigkeiten sehen wir beim Personalübergang des geteilten Landkreises Demmin. Zunächst geht das Personal auf den Rechtsnachfolger nach Paragraph 10, den Landkreis Mecklenburgische Seenplatte, über. In einem zweiten Schritt werden den ausgewählten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Personalüberleitungsverträge per Verfügung bekannt gegeben. Hiergegen gerichtete Rechtsbehelfe haben keine aufschiebende Wirkung.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist aber toll!
Das ist Personalpolitik, wie sie im Buche steht.)

Die Arbeitsverhältnisse der ausgewählten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gehen, in Kraft gesetzt zum 1. Juli 2012, auf den neuen Landkreis über.

Hieran, meine Damen und Herren, wird sehr deutlich, dass der Aufbau der neuen Landkreise Mecklenburgische Seenplatte und Südvorpommern im Personalbereich sehr, sehr viel Zeit in Anspruch nehmen wird.

An dieser Stelle möchte ich noch mal die Bildung von Aufbaustäben anführen. Es kann doch nur vernünftig sein, die Aufgabenverteilung, den Personalübergang und alle anderen organisatorischen Fragen bereits vor der Bildung der neuen Landkreise verbindlich zu klären. Ich denke, das verdient noch mal eine gesonderte Überlegung.

Erfreulich, wie ich finde, ist, dass die Personalvertretungen, die Gleichstellungsbeauftragten und die Schwerbehindertenvertretungen frühzeitig und umfassend in die Entscheidungsprozesse einbezogen werden müssen. Das sah der erste Entwurf so explizit nicht vor.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das ist eine Selbstverständlichkeit.)

Geregelt ist dies in Paragraph 19 unter Zusammenarbeit der bisherigen Landkreise. Allerdings, finde ich, könnte an dieser Stelle diese Einbeziehung noch etwas konkreter abgefasst werden und mit noch etwas mehr Masse versehen werden. Begrüßen möchte ich als gleichstellungspolitische Sprecherin meiner Fraktion natürlich ausdrücklich die Festschreibung einer hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten für die Landkreise, die in Vollzeit mit personellen, räumlichen und sachlichen Mitteln aufgabengerecht auszustatten ist, obwohl ich sagen muss, dass mir im ersten Entwurf die Formulierung doch noch etwas besser gefallen hat, denn die Ausführungen über Stellvertretung und vor allen Dingen, wie die räumlichen und sächlichen und personellen Unterstützungen auszusehen haben, finden wir hier lediglich in der Begründung wieder.

Und noch eins zum Thema Gleichstellung: Die Gemeinsame Geschäftsordnung der Ministerien des Landes Mecklenburg-Vorpommern II schreibt vor, dass Gesetzentwürfe in geschlechtergerechter Sprachform zu verfassen sind. Da mögen jetzt viele ihr typisches Lächeln ins Gesicht zaubern. Im Handbuch der Rechtsförmlichkeiten des Bundes sind die drei Möglichkeiten beschrieben, wie dies funktionieren kann. So können geschlechterneutrale Personenbezeichnungen wie zum Beispiel „Beschäftigte“ statt „Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“ oder Umschreibungen verwendet werden. Aber wenn es im Gesetzestext um die ausdrückliche Benennung von Berufs- und Amtsbezeichnungen geht, müssen die Paarformen eingesetzt werden. Daran halten sich sogar unsere bayerischen Kolleginnen und Kollegen.

Das Problem ist einfach lösbar, wie man annehmen möchte, und macht den Text auch nicht wirklich schwerer zu lesen. Jeder weiß, was ein Landrat und was eine Landrätin ist. Wenn man Gesetzestexte besser verständlich machen sollte, sollte man stattdessen lieber auf Satzlängen verzichten, die über fünf oder besser noch über drei Zeilen hinausgehen. Das würde das Lesen eines Gesetzes wirklich vereinfachen. Die Lösung, die stattdessen in Paragraph 19 gewählt wurde, zeugt von einer gewissen, man könnte sagen, Unbeholfenheit und ist wirklich nicht mehr zeitgerecht. Und ich muss ehrlich sagen, in Sachen Geschlechtergerechtigkeit hinter den Bayern hinterherzuhinken, finde ich persönlich geradezu peinlich.

Sehr geehrte Damen und Herren, auch das zweite Ziel, die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, muss

stets im Fokus unserer Betrachtungen stehen. Aus Sicht der kommunalen Vertretungen wird der Mehraufwand durch längere Fahrtzeiten zur Kreistagssitzung oder eine Stärkung im organisatorischen Bereich kompensiert.

(Vincent Kokert, CDU: Mitarbeiter.)

Zu diesem Zweck ist die Erweiterung der Kommunalverfassung um die Vorschrift, dass Landkreise im Rahmen ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit die Aufgabenwahrnehmung der Fraktionen angemessen unterstützen sollen, nun zusätzlich vorgesehen. Bislang ist dies als Kannregelung bereits möglich. Paragraph 19 unserer Durchführungsverordnung zur Kommunalverfassung macht da ausführliche Angaben.

Des Weiteren hat der Innenminister angekündigt, dass zur Stärkung kommunaler Selbstverwaltung die Entschädigungsverordnung aufgehoben werden soll. Dann steht es den Kreisen und Stadtvertretungen künftig frei, Beschlüsse für angemessene Entschädigungen und für den Einsatz hauptamtlicher Fraktionsmitarbeiter zu fassen. Es bleibt nur zu hoffen, dass sich die Kreistagsmitglieder nicht selbst in ihren Rechten beschneiden, wie es leider schon heute allzu oft in der Praxis der Fall ist. Ich persönlich bin nicht der Auffassung, dass ehrenamtliches Engagement durch Beschneidung von Aufwandsentschädigungen aufgewertet wird. Nein, das Ziel unserer Fraktion ist es, das Ehrenamt zu stärken und zu fördern. Und sehr hilfreich ist der Aufsatz oder die persönliche Meinungsbekundung eines Mitarbeiters des Innenministeriums im Publikationsorgan des Städte- und Gemeindetags, dem „Überblick“, an dieser Stelle auch nicht.

Im Gesetzentwurf zur Kreisstrukturreform wird dann auch zur weiteren Stärkung des Ehrenamtes zusätzlich zu den einwohnerbezogenen Größenklassen eine Flächenkomponente zur Festsetzung der Mitgliederstärke von Kreistagen hinzugefügt und das finde ich sehr konsequent. So werden in den Landkreisen mit mehr als 4.000 Quadratkilometern Flächenausdehnung acht Kreistagsmitglieder mehr im Kreistag sitzen können. Die Einwohnerstaffelung lautet: bis zu 175.000 Einwohner 61 und über 175.000 Einwohner 69 Kreistagsmitglieder. Und wenn man sich die Ergänzung anschaut in Artikel 3, die dahin gehende Änderung des Kommunalwahlgesetzes, werden im Kreistag von Nordwestmecklenburg 61 Kreistagsmitglieder, im Kreistag Nordvorpommern 69 und in dem großen Kreis Südwestmecklenburg 77 Kreistagsmitglieder ihr kommunales Ehrenamt ausführen. Ob diese Maßnahmen ausreichen, um die kommunale Selbstverwaltung nachhaltig zu sichern und zu stärken, werden wir im Innenausschuss eingehend mit den Akteuren beziehungsweise ihren Interessenvertretern diskutieren.

Insgesamt, und hier ziehe ich meinen Schlusstrich unter meine Ausführungen,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

muss jedoch davon ausgegangen werden, dass durch die straffere Ausrichtung der neuen Verwaltungsstrukturen Finanzmittel für die Ausübung der kommunalen Selbstverwaltung frei werden, die in den alten Strukturen nicht nur nicht zur Verfügung stünden, sondern auch, wenn man sich die Entwicklung anschaut, ständig abnehmen würden. Kommunale Selbstverwaltung ohne freie Finanzspielräume ist nicht viel wert und macht auch nicht wirklich viel Sinn.

Sehr geehrte Damen und Herren, im Vordergrund der ganzen Reformen stehen aber immer noch die Menschen, die in unserem Bundesland leben. In einem Flächenland mit nur 72 Einwohnern pro Quadratkilometer, wobei die Bevölkerung in den vergangenen Jahren ständig zurückging und auch für die Zukunft weitere Bevölkerungsverluste prognostiziert sind, müssen wir unsere Verwaltungsstrukturen diesen Entwicklungen endlich anpassen. Durch die Reformen sollen langfristig finanzierbare, aber vor allen Dingen auch leistungsfähigere Verwaltungen geschaffen werden, die qualitativ hochwertige Dienstleistungen sowohl für Privatpersonen als auch für die Wirtschaft in unserem Land bereithalten können.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Bravo!)

Eine Kreisstrukturreform ist wegen stetig fallender Einnahmen,

(Udo Pastörs, NPD: Bravo!)

abschmelzender Bundesergänzungszuweisungen und Steuereinnahmen unabwendbar. Und gerade vor dem Hintergrund der Finanzkrise – und das wurde heute auch schon genannt – ist sie nötiger denn je.

(Udo Pastörs, NPD: Oh ja!)

Sie trägt dazu bei, die Existenz unseres Bundeslandes zu sichern.

(Udo Pastörs, NPD: Nachwuchs würde das sichern, und nicht Ihre Reform.)

Es ist sozusagen fünf vor zwölf, wir müssen als Gesetzgeber handeln. Als SPD-Fraktion stehen wir dazu. Wir wollen unserer Verantwortung gerecht werden.

Und, sehr geehrte Damen und Herren, stimmen Sie mit uns für die Überweisung des Kreisstrukturgesetzes federführend in den Innenausschuss und in die mitberatenden Ausschüsse. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Tegtmeier.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Andrejewski für die Fraktion der NPD.

Michael Andrejewski, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Noch nie hat jemand in Mecklenburg-Vorpommern so viel Zwietracht gesät und so viel Streit angestiftet wie der Innenminister Caffier mit seiner fixen Idee von den Großkreisen, in die er das Land aufteilen will. Überall rüstet man sich zum Kampf um den Verwaltungssitz und den Status der Kreisstadt: Parchim gegen Ludwigslust, Bad Doberan gegen Güstrow, in dem einen Kreis sogar Anklam gegen Greifswald, gegen Pasewalk, gegen Demmin und so weiter. Es gibt bereits von allen Seiten Erklärungen und Resolutionen, es werden Unterschriften gesammelt, Aktionen gestartet. Der Riss geht quer durch die Parteien. In Greifswald machte die dortige CDU sogar Wahlkampf gegen die Kreisgebietsreform und damit gegen ihre eigene Landesregierung.

Und das ist erst der Anfang. Mindestens zwei Jahre wird das so weitergehen und sich ständig verschärfen. Am Ende haben wir dann entweder Städte, die die Kreisverwaltung mit all ihren Arbeitsplätzen restlos verlieren und

damit in ihrer Substanz schwer geschädigt sind. Dann wird man erhebliche Geldmittel aufwenden müssen, um den Kollaps dieser Städte zu verhindern, es sei denn, man will Bergen, Grimmen oder Pasewalk offiziell aufgeben. Oder es kommt zu Zwischenlösungen. Die Verwaltung des Monsterkreises Südvorpommern würde sich dann auf Greifswald, Anklam, Pasewalk und Demmin verteilen und das wäre weder praktikabel noch finanzierbar. Allein diese bisher unterschätzte Kreisverwaltungs-sitzproblematik, die den kleinen Städten besonders große Sorgen macht, dürfte in ihren Folgen die erhofften Einsparungen größtenteils aufzehren.

Hinzu kommt noch die Fehlentwicklung zu mehr Bürgerferne, die vom Innenminister vorangetrieben wird. Ausgerechnet in einer Wirtschaftskrise, in der die Menschen den Schutz des Staates besonders brauchen, packt der die Koffer und empfiehlt sich. In den Großkreisen rückt die Verwaltung noch weiter weg von den Bürgern. Die Einwohner Uecker-Randow etwa fänden diese nicht mehr in Pasewalk, sondern, wenn sie Pech haben, in Greifswald, am äußersten Ende, am anderen Ende des Kreises.

In allen sonstigen Streitfragen im Lande kann jede Seite zumindest ein oder zwei Gesichtspunkte ins Feld führen, die für sich betrachtet vernünftig erschienen. Für Lubmin etwa sprächen Arbeitsplätze und Investitionen. Das muss man anerkennen, auch wenn man wie wir die Auffassung vertritt, dass die Nachteile überwiegen. Selbst beim Bombodrom sollten zumindest die Fans des Afghanistankrieges einräumen, dass die Luftwaffe ja irgendwo üben muss. Aber diese Großkreise sind einfach nur eine Schnapsidee. Für die spricht nichts. Die NPD-Fraktion lehnt es ab, lebendige Städte zugunsten abstrakter Großkreise und profilierungssüchtiger Politiker zu opfern.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Wir haben schon einmal vorgeschlagen, vielmehr die Landkreise zugunsten der Städte weitgehend zu beseitigen. Eine Änderung der Kommunalverfassung in diesem Sinne ist mit dem Grundgesetz vereinbar. Landkreisaufgaben würden größtenteils auf die jetzigen Kreisstädte und kreisfreien Städte übertragen, die ihr Umland dann einfach mitverwalten. Die Landräte beschränken sich auf Rechtsaufsicht und auf die Erstellung ihres eigenen Restbudgets. Die Verwaltung bleibt bei den Menschen und die Arbeitsplätze wandern nicht ab. Das ist besser als das kürzlich vorgestellte Alternativmodell der Stadtkreise. Sollte etwa Greifswald zusammen mit seinen relativ wohlhabenden Umkreisgemeinden eine einzige Kommune bilden, wäre für den Erbenanteil der Ostvorpommern nichts mehr da. Ein Leuchtturm in der Wüste, darauf liefe das hinaus.

In unserem Modell bleibt Greifswald kreisfrei und nähme Landkreisaufgaben zusätzlich für den westlichen Teil Ostvorpommerns wahr. Dafür erhielte es Personal und Mittel vom Landkreis, genauso wie Anklam für den östlichen Teil. Die Bürgermeister würden faktisch für die Fläche die Nachfolge der Landräte als Verwaltungschefs antreten. Das nennt die NPD-Fraktion bürgernah. Es gibt durchaus Alternativen zu dieser dämlichen Reform. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schwebs für die Fraktion DIE LINKE.

Birgit Schwebs, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Einwohnerinnen und Einwohner sind auf die Dienstleistungen der Daseinsvorsorge, die ihnen von Städten, Gemeinden und Kreisen zur Verfügung gestellt werden, angewiesen. Viele Dienstleistungen sind von existenzieller Bedeutung, tragen maßgeblich zum sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft bei und ermöglichen andererseits die gleichberechtigte Teilhabe der Einwohnerinnen und Einwohner am gesellschaftlichen Leben.

Auch in wirtschaftlich unsicheren Zeiten wie in der gegenwärtigen Krise muss deshalb das Angebot an Daseinsvorsorge in den Kommunen aufrechterhalten, wenn nicht gar ausgebaut werden, denn in den Städten und Gemeinden leben und arbeiten Einwohnerinnen und Einwohner für gewöhnlich. Dort gehen die Kinder in Kita und Schule, werden medizinische Leistungen beansprucht, muss Abwasser entsorgt werden, treffen sich Jugendliche in Jugendklubs, verabreden sich Senioren in den Gemeindehäusern oder Stadt- und Gemeindevertreter kommen zusammen, um über die Aufgaben ihrer Kommune zu beraten und zu entscheiden.

Um dies alles zu ermöglichen, quasi um den Alltag zu bewältigen, brauchen die Städte, Gemeinden und Kreise neben ihren eigenen Einnahmen eine angemessene und eine zuverlässige Finanzausstattung durch das Land. Nur so können sie tatsächlich die Aufgaben des eigenen und des übertragenen Wirkungskreises erledigen. Wir befürchten aber, nachdem uns der Entwurf des FAG nun vorliegt, dass den Kommunen unseres Landes in den nächsten Jahren bereits die nötigen finanziellen Mittel fehlen werden, um die Pflichtaufgaben erfüllen zu können, von den sogenannten freiwilligen Aufgaben ganz zu schweigen. Die Auswirkungen der aktuellen Steuerentwicklung auf die künftigen Schlüsselzuweisungen werden gravierend sein. Und noch ist ungewiss, was uns im November die Steuerschätzung bescheren wird. Auch deshalb befürchten wir, dass viele Kommunen auf Dauer ihre finanzielle Leistungsfähigkeit verlieren, keine ausgeglichenen Haushalte mehr vorlegen können und damit ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen können, denn mit dem hier vorgelegten Entwurf des FAG, so schätzen es auch die kommunalen Verbände ein, ist eine aufgabengerechte Finanzausstattung nicht gegeben.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, nun heißt es immer, in den letzten Jahren konnten die Kommunen ja steigende Einnahmen verzeichnen und sich so Luft zum Atmen verschaffen. Und weiter wird dann immer behauptet, finanziell wären die Kommunen gut aufgestellt. Das ist aber nur zum Teil richtig, denn neben den in der Regel gestiegenen Einnahmen der Kommunen sind parallel die Kosten für soziale Leistungen weiter gewachsen,

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Sie werden weiter wachsen!)

insbesondere die Kosten, die die Kommunen tragen müssen, um die Auswirkungen von Hartz IV für ihre Einwohner/-innen zu bewältigen. Aber auch der angeblich wirtschaftliche Standortvorteil in Mecklenburg-Vorpommern, nämlich die skandalös hohe Anzahl von Niedriglohneempfängern, geht zulasten der Kommune.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Richtig.)

Diese Kosten fressen einen großen Teil der Einnahmen wieder auf und aufgrund der Strukturschwächen in unserem Land sind die Kommunen ganz besonders betroffen. Sie zahlen zum Beispiel die Elternbeiträge für Kinderbetreuung oder das Wohngeld für Niedriglohneempfänger. Und in diesem Falle werden die Kommunen sozusagen in finanzielle Haftung für die Beschlüsse der ehemaligen rot-grünen und der jetzigen rot-schwarzen Bundesregierung genommen.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Das Missverhältnis zwischen den Einnahmen und den Ausgaben der Kommunen drückt sich ganz klar im Verhältnis zwischen den getätigten Investitionen und den geleisteten Sozialabgaben aus. Dieses Verhältnis – und das ist für jeden nachlesbar – hat sich im Verlauf der letzten Jahre stark zulasten der Investitionen verschoben

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Genau.)

und wird mit dem FAG keineswegs verändert werden, denn die Ausgaben für die sozialen Leistungen sind von den Kommunen aufgrund gesetzlicher Vorgaben kaum beeinflussbar und damit auch unvermeidbar.

Unübersehbar, meine Damen und Herren, ist nach wie vor auch der Investitionsstau in vielen Kommunen bei Schulgebäuden, den Straßen, dem kommunalem Wohnungsbestand. Die Finanzspritze aus dem Konjunkturprogramm II wirkt hier nur wie ein Tropfen auf den heißen Stein, zumal die Kommunen noch ihren eigenen Anteil aufbringen müssen.

Meine Damen und Herren, es ist doch eine Binsenweisheit: Die Handlungsfähigkeit der kommunalen Selbstverwaltung wird immer kleiner, je weniger Geld den Kommunen zur Verfügung steht. Und letztlich geht der politische Handlungsspielraum gegen null, wenn der kommunale Haushalt kein Geld mehr für freiwillige Aufgaben hat wie Kultur, Sport, Jugend- oder Seniorenarbeit. Und da hilft es dann praktisch gar nichts, wenn theoretisch rein rechtlich die Selbstverwaltungsgarantie ein Mindestmaß an freiwilligen Aufgaben in den Gemeinden einräumt.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Von einem intakten Dorfleben, ehrenamtlichem Engagement und einem lebenswerten Umfeld profitiert nicht nur die einzelne Gemeinde, davon profitiert auch das demokratische Gemeinwesen. Und umgekehrt, meine Damen und Herren, schadet es nicht nur der Gemeinde und den Einwohnerinnen und Einwohnern, wenn nichts mehr stattfindet, es schadet auch dem Gemeinwesen und der Demokratie.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Und auch deshalb kann und darf sich das Land nicht aus seiner Verantwortung stehlen.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Andreas Bluhm, DIE LINKE: Genau so.)

Meine Damen und Herren, ja, wir brauchen eine Reform des kommunalen Finanzausgleichs. Wir brauchen einen fairen, aufgabengerechten und transparenten Finanzausgleich zwischen dem Land einerseits und den Kommunen andererseits.

(Vincent Kokert, CDU: Das ist wie in
einer Ehe. In guten und in schlechten
Zeiten stehen wir zusammen.)

Darin sind, darin waren wir uns einig. Und deshalb hat der Landtag in der letzten Legislaturperiode zwei Entschlüsse, gleich zwei, gefasst,

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Richtig.)

wonach der Finanzausgleich auf Basis des sogenannten Zwei-Quellen-Modells neu geregelt werden soll. Davon ist jedoch der vorliegende FAG-Entwurf meilenweit entfernt. Also nur Lippenbekenntnisse – bis der Tod uns scheidet, Herr Kokert –

(Vincent Kokert, CDU:
Uns beide hoffentlich nicht.)

aus den Regierungsfractionen?

Nehmen wir unsere eigenen Beschlüsse in diesem Hause nicht mehr ernst? Wir tragen Verantwortung für das Land und damit gleichermaßen auch für die Kommunen, dachte ich immer.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Das mit den Beschlüssen ist ja hier sowieso so eine Sache.)

Der FAG-Entwurf, meine Damen und Herren, wird einer angemessenen und aufgabengerechten Finanzausstattung zumindest für die Jahre 2010 und 2011 nicht gerecht, vor allem dann nicht, wenn wir den Gleichmäßigkeitsgrundsatz einfach fortschreiben. Und von einer Reform kann in diesem Falle überhaupt nicht die Rede sein. Neben den in der Höhe nicht vorhersehbaren Einbrüchen bei den eigenen Steuereinnahmen sollen die Kommunen nach dem vorliegenden Gesetzentwurf auch noch mit weniger Zuweisungen aus der Finanzausgleichsleistung umgehen. Das ist für die meisten Kommunen aus eigener Kraft nicht mehr zu leisten.

Hier sehen wir akuten Handlungsbedarf mit dem Ziel, die Kommunalfinanzen zumindest zu stabilisieren. Und da gibt es verschiedene Möglichkeiten, die es einfach auszuloten gilt. Möglich und von den kommunalen Verbänden ins Spiel gebracht wäre eine Erhöhung der kommunalen Beteiligungsquote. Möglich wäre auch eine an den Aufgaben orientierte Mindestfinanzausstattung. Oder möglich wäre auch ein Entschuldungsprogramm für Kommunen.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Aber darüber hat die Regierung offensichtlich weder nachgedacht noch den Disput im Dialog mit den kommunalen Landesverbänden gesucht.

(Udo Pastörs, NPD: Da hat sie kein Geld für. Ihr seid bankrott.)

Das Land darf gerade in schwierigen Zeiten, so meinen wir, seine Städte und Gemeinden aber nicht im Regen stehen lassen.

Meine Damen und Herren, wie das Geld an die Kommunen verteilt wird, rückt aber angesichts des insgesamt kleiner werdenden Kuchens nun in den Hintergrund, denn alle Städte und Gemeinden werden verlieren, egal, wie die finanziellen Mittel verteilt werden. Dazu möchte ich nur noch zwei Punkte kurz anreißen:

Kritisch sehen wir insbesondere das Bestreben der Landesregierung, den kleineren Gemeinden unter 500 Einwohnern künftig weniger Geld zu geben.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Eine Sauerei ist das.)

Denn das sind immerhin mehr als ein Drittel der Kommunen in unserem Land.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Und es gibt keinen Nachweis dafür, dass diese kleinen Gemeinden per se unwirtschaftlich sind.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Hierin sehen nicht nur wir eine Gemeindegebietsreform durch die kalte Küche, indem man den kleineren Gemeinden das Geld einfach wegnimmt.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Peter Ritter, DIE LINKE: Jawohl.)

Offenbar sollen so Fusionen erzwungen werden.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Zwangsehen sind schon immer gescheitert.)

Ein solches Vorgehen halten wir wie im Übrigen auch der Städte- und Gemeindetag für verfassungsrechtlich bedenklich.

(Vincent Kokert, CDU: Oh, oh,
ganz große Keule wieder. Rums!)

Ich will nur darauf hinweisen, dass auch Gemeinden mit weniger als 500 Einwohnern zum Beispiel Kitas, Horte, Grundschulen, Feuerwehrhäuser und andere Einrichtungen zur Daseinsvorsorge wie Sportplätze und Jugendklubs unterhalten, die über die Grenzen der Gemeinde hinaus genutzt werden. Nicht immer sind also die Aufgaben, die die Gemeinden übernehmen, von der Anzahl der Einwohner abhängig.

Mit dem vorliegenden FAG sollen die Zentren im Land gestärkt werden, sagt die Landesregierung und sagen Teile der Koalitionsfraktionen. Dagegen ist nichts einzuwenden, das ist längst überfällig, aber, meine Damen und Herren, bitte schön nicht zulasten der ländlichen Räume. Was wir brauchen, ist eine gleichberechtigte Entwicklung des Landes im Interesse der Einwohnerinnen und Einwohner.

Ebenfalls grundsätzlich zu kritisieren sind die im FAG neu festgelegten Verteilungsregelungen für die kommunalen Theater und Orchester. Und an erster Stelle unserer Kritik steht dabei die im Vorwegabzug vorgesehene Fördersumme von 35,8 Millionen Euro pro Jahr. Die soll einfach weiter eingefroren bleiben. Und das, meine Damen und Herren, wissen Sie seit wann? Seit 1994! Wir brauchen hier endlich eine Dynamisierung, eine Anpassung an reale Entwicklungen. Mit dem Paragraphen 19 soll offensichtlich im Voraus festgeklopft werden, wo für die Einsparten- und Beispieltheater laut Diskussions- und Eckpunktepapier der Landesregierung zur Weiterentwicklung der Theater bis Ende des Jahres noch Zeit verbleibt, Kooperationsverträge mit einem Mehrsparten-theater abzuschließen.

Dass auch hier die Wirklichkeit vielfältiger und bunter ist, als es die Regierung in Konzepten zu bändigen versucht, zeigen die Entscheidungen des Anklamer und des Schweriner Theaters, ihre Kooperation vertraglich zu regeln. Dennoch helfen kleine Listen und gute Ideen der Betroffenen nicht über den zu engen finanziellen Rahmen für Theater und Orchester hinweg, den die Regierung gebastelt hat.

Meine Damen und Herren, es ließe sich im Detail zu den einzelnen Regelungen noch Weiteres kritisch anmer-

ken. Aber das lohnt sich eigentlich nicht. Der Aufwand ist umsonst, denn der Gesetzentwurf ist in Gänze abzulehnen.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Schwebs.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Reese für die Fraktion der FDP.

Sigrun Reese, FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Ministerpräsident äußerte vorige Woche Dienstag, dass der Beschluss der vorliegenden Gesetze durch das Kabinett ein guter Tag für Mecklenburg-Vorpommern ist. Ein großer Wurf sollte es werden, das gesamte Reformpaket, in dem der Finanzausgleich einen wichtigen Teil einnehmen sollte.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Sandkastenspiele sind herausgekommen.)

Das Ergebnis: eine Kurzfristlösung mit einer Haltbarkeit von zwei Jahren. Der Gesetzentwurf sollte die Weichen für eine zukunftsgerichtete Entwicklung der Kommunen stellen. Die gefundene Lösung muss nun wohl mit Fug und Recht als suboptimal betrachtet werden.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen DIE LINKE und FDP –
Andreas Bluhm, DIE LINKE: Ultrasuboptimal.)

Der viel beschworene Dreiklang der drei Gesetzentwürfe findet sich nicht wieder. Es ist unstrittig, dass eine Anpassung des Finanzausgleiches vonnöten ist. Es wird Sie nicht verwundern, dass viele der gefundenen Regelungen unsere Zustimmung nicht finden können. Doch gehen wir der Reihe nach vor.

Meine Fraktion hat sich seit jeher für den Erhalt der kommunalen Selbstverwaltung eingesetzt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Zurufe von Gabriele Měšťan, DIE LINKE,
und Sebastian Ratjen, FDP)

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf der Landesregierung sehen wir dieses Ziel als nicht mehr gewährleistet an.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Kommunale Selbstverwaltung wird mit den vorliegenden Zahlen ad absurdum geführt. Dem nach eigenen Aussagen der Landesregierung im Gesetzestext gesetzten Ziel eines fairen, aufgabengerechten kommunalen Finanzausgleichs unter Berücksichtigung des Verfassungsauftrags nach Artikel 73 der Landesverfassung wird der Gesetzentwurf unserer Auffassung nach nicht gerecht.

Sehr geehrter Herr Minister, nach dem Beschluss des Kabinetts im Mai haben Sie bescheinigt, dass eine Finanzmasse von 1,25 Milliarden Euro notwendig und angemessen zur Aufgabenerfüllung ist. Nachdem diese Zahl innerhalb von lediglich drei Wochen um fast 100 Millionen Euro gesenkt wurde, behaupten Sie immer noch das Gleiche. Herr Caffier, diese Aussage kommt einer Farce gleich.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Zuruf von Gino Leonhard, FDP)

Nach Aussage mehrerer Gemeinden können mit den neu zugewiesenen Mitteln nicht einmal mehr die pflich-

tigen Aufgaben erfüllt werden. Selbst Gemeinden mit einer heute geordneten Haushaltsführung geraten in die Schuldensituation. Zu Ihrem Verweis auf die Kassenstatistik 2008 kann ich nur sagen: Eine Schwalbe macht noch lange keinen Sommer.

(Beifall und Heiterkeit bei
Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Und wo wir gerade von Schlüsselmassen sprechen, gehe ich auf das Thema Vorwegabzüge ein. Wir Liberalen haben uns stets dafür eingesetzt, Vorwegabzüge auf den Prüfstand zu stellen

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

und dort, wo es angebracht ist, sowohl die Anzahl als auch die Höhe zu reduzieren. Der Ansatz der Landesregierung, den Bindungsgrad der kommunalen Finanzmittel zu senken, verkehrt sich durch die um 175 Millionen Euro geringere Zuweisung genau ins Gegenteil. In einer Fußnote haben Sie im Gesetz selbst geregelt, dass die Höhe der Vorwegabzüge konstant bleibt und sich die Reduzierung der Gesamtzusweisungen ausschließlich auf die Höhe der Schlüsselzuweisungen auswirkt. Das geplante Ziel wurde also mit dem vorliegenden Entwurf konterkariert.

Des Weiteren sieht der Gesetzentwurf die Einführung zweier neuer Umlagen vor. Dies sind die Finanzausgleichsumlage nach Paragraph 8 und die Umlage von kreisangehörigen Gemeinden im Stadt-Umland-Raum einer kreisfreien Stadt nach Paragraph 24. Man muss sich hier mal die Frage stellen, wem diese Umlagen dienen sollen und wo die sachlichen Begründungen liegen. Meine Fraktion betrachtet beide Umlagen sehr kritisch und wird sich in den künftigen Beratungen dazu äußern.

Ablehnen wird meine Fraktion die in Paragraph 26 „Sanktionsleistungen“ getroffene Regelung. Es ist für uns Liberale nicht hinnehmbar, dass Kommunen für Sanktionsleistungen entsprechend der Beteiligungsquote herangezogen werden sollen, auf die sich das Land mit dem Bund geeinigt hat.

Nicht hinnehmbar ist für uns ebenso die geplante Ermächtigung des Innenministeriums, vom gewogenen Landesdurchschnitt abweichende Hebesätze für die Steuerkraftermittlung festzusetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Diese Aushebelung der kommunalen Selbstverwaltung

(Hans Kreher, FDP: Genau.)

und die Festsetzung von Hebesätzen nach Gutdünken des Ministeriums lehnt meine Fraktion entschieden ab.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Mit dem Gesetzentwurf soll auch der Versuch der Stärkung von Zentren unternommen werden. Diesem Ansinnen stimmen wir zu.

(Vincent Kokert, CDU: Ist ja gut.)

Allerdings darf diese Stärkung nicht zulasten des kreisangehörigen Raumes gehen.

(Vincent Kokert, CDU: Herr Schnur hat
vorhin was anderes gesagt übrigens.)

Nein, nein, er hat genau das Gleiche gesagt.

Das Ergebnis verkehrt sich allerdings ins Gegenteil, denn gerade Rostock und Schwerin sind die Leidtragenden der FAG-Novelle.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Der vorliegende Gesetzentwurf belastet die kreisangehörigen Gemeinden doppelt. Neben der Senkung des prozentualen Anteils an den Gesamtschlüsselzuweisungen verringern sich die Zuweisungen zusätzlich um die erheblich geringer zur Verfügung stehende Schlüsselmasse und die geringeren eigenen Steuereinnahmen. Zusätzlich will das Innenministerium augenscheinlich ab 2010 eine Zweiklassengesellschaft auf gemeindlicher Ebene einführen. Für nahezu ein Drittel aller Gemeinden sollen sich die Zuweisungen einwohnerbezogen auf 90 Prozent belaufen. Nach dem Willen der Landesregierung sollen Gemeinden unter 500 Einwohner nicht nur weniger Zuweisungen bekommen, sondern auch keine Sonderbedarfszuweisungen, keine Mittel aus dem kommunalen Aufbaufonds, keine Mittel aus dem Konsolidierungsfonds nach den Paragraphen 20 bis 22. Die betroffenen Regelungen schmecken ganz stark nach einer Gemeindegebietsreform durch die Hintertür

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

oder, wie Frau Schwebs sagte, durch die kalte Küche. Dies ist für meine Fraktion in keiner Weise tragbar. Dafür allerdings kündige ich an, dass meine Fraktion sich für die Stärkung des Beirates sowohl in personeller als auch inhaltlicher Art gerade vor dem Hintergrund der geplanten Ermächtigung für die jeweiligen Ministerien einsetzen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Gino Leonhard, FDP: Genauso ist das.)

Auf die ewige Diskussion um die Ausgestaltung des vertikalen Finanzausgleichs, also die weitere Anwendung des Gleichmäßigkeitsgrundsatzes mit einer Orientierung an der Finanzkraft des Landes oder die Einführung des Zwei-Quellen-Modells als aufgabenbezogenen Ansatz möchte ich abschließend kurz eingehen. Ich muss schon sagen, die Landesregierung hat es sehr geschickt verstanden, die kommunalen Spitzenverbänden mit zwei Entschließungen des Landtages zur Novellierung des FAG auf Grundlage des Zwei-Quellen-Modells zu ködern. Noch vor einem Jahr haben sich auch Vertreter der Regierungskoalition dazu bekannt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Hans Kreher, FDP: Jawohl.)

Letztendlich aber ist es bei der Fortschreibung des bestehenden Systems, dem Gleichmäßigkeitsgrundsatz, geblieben. Von der groß angekündigten Reform kann also keine Rede mehr sein.

(Hans Kreher, FDP: So ist es.)

Sie ist zum Reförmchen verkommen. Die Landesregierung hat die Pflicht, den Finanzausgleich so zu gestalten, dass er auch in finanziell schlechten Zeiten die Erfüllung der zugewiesenen Aufgaben angemessen ermöglicht. Das bestehende Schönwettermodell der Schicksalsgemeinschaft ist hierzu augenscheinlich nicht geeignet.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Sie wollten die Kommunen nicht im sprichwörtlichen Regen stehen lassen. Der Gesetzentwurf spricht dazu allerdings eine andere Sprache.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Hans Kreher, FDP: Richtig.)

Mecklenburg-Vorpommern muss hin zu einer angemessenen, aufgabenbezogenen Mittelzuweisung an die Kommunen unter Berücksichtigung der finanziellen Leistungsfähigkeit des Landes kommen.

(Harry Glawe, CDU: Das sagt der
Innenminister auch. Bloß er zieht
andere Schlussfolgerungen als Sie.)

Mit dem vorliegenden Gesetz verspielt die Landesregierung das Vertrauen der kommunalen Ebene ohne Not. Klagen sind bereits angekündigt.

Meine sehr geehrten Kollegen, mein Fraktionsvorsitzender hat es bereits angekündigt, auch wenn der vorliegende Gesetzentwurf noch viele Mängel aufweist, stimmen wir in diesem Fall einer Überweisung zu. Dort gibt es dann viel zu tun für uns alle, den hier vorliegenden Gesetzentwurf zu einem auch für die kommunale Ebene akzeptablen Ergebnis zu führen. Die Chance dazu hat die Landesregierung im Vorfeld der Beratung leider vertan. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Reese.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Kokert für die Fraktion der CDU.

(Hans Kreher, FDP: Jetzt kommen die Inhalte!
Jetzt kommt's! – Michael Roolf, FDP:
Jetzt kommen aber Inhalte!)

Vincent Kokert, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Holter ist wütend, wütend wahrscheinlich über die eigenen Parteikollegen, die die Gesetzesvorhaben der Koalition begrüßen,

(Wolfgang Griese, DIE LINKE: Wer ist das?)

wie zum Beispiel Ihr Bürgermeisterkollege aus der Stadt Dargun, Herr Karl-Heinz Graupmann.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Wie war das mit
der einen Schwalbe?! – Sebastian Ratjen, FDP:
Jetzt muss das arme Dargun für alles herhalten.)

Der Darguner Bürgermeister hingegen war und ist mit den Plänen des Innenministers vollauf zufrieden, meine Damen und Herren.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Herr Holter, darüber wäre ich auch wütend, wenn meine Parteikollegen mir vor Ort so in den Rücken fallen.

(Sebastian Ratjen, FDP:
Die Kreisgebietsreform im ganzen
Land wurde nur von Dargun gemacht.)

Ich kann auch Ihre Wut darüber verstehen,

(Sebastian Ratjen, FDP: Mein Gott!)

dass Sie in der letzten Legislaturperiode für ein Reformvorhaben gestimmt haben, wo Sie selbst – und diese Zerrissenheit haben Sie in diesem Parlament immer wieder gezeigt – davon überzeugt waren, dass diese Reform vor dem Verfassungsgericht keine Aussicht auf Erfolg hat.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Genau so, genau so, ja!)

Das haben Sie nur für den Erhalt Ihrer Macht getan. Das ist genau das, was Sie uns heute vorwerfen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Aber wir wurden nicht diszipliniert. –
Zuruf von Andreas Bluhm, DIE LINKE)

Ich sage Ihnen, wir haben diese Reform sehr intensiv mit unseren Kommunalpolitikern diskutiert

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Wir sind ja in der Ersten Lesung.)

und das werden wir in der nächsten Zeit auch noch aktiv weiter tun, darauf können Sie sich verlassen.

(Hans Kreher, FDP: Dialog, im Dialog.)

Und ich sage Ihnen auch eins: Die Hand der CDU-Fraktion für die Opposition wird immer ausgestreckt bleiben. Wir werden also auch Ihre Ideen, Ihre Wünsche, vor allem Ihre inhaltlichen Forderungen, die Sie hier heute leider noch nicht kundgetan haben, gerne mit in die Diskussion aufnehmen und das in dem zuständigen Innenausschuss diskutieren.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Wir werden Sie erinnern, Herr Kokert!)

Ich bin mir sicher, wir kommen da zu sehr guten Entscheidungen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Wir werden Sie erinnern, Herr Kokert!)

Ich will darauf hinweisen – das sieht meine Kollegin Frau Reese anders, das kann sie auch, sie gehört zur Opposition und ich gestehe der Opposition durchaus zu, dass man hier auch andere Meinungen vertreten kann, aber ...

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
DIE LINKE und FDP – Unruhe bei
Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE –
Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Oooch, was für ein Demokrat!)

Ja, Frau Borchardt, dass Sie das überrascht, das wundert hier im Raum, glaube ich, keinen.

(Sebastian Ratjen, FDP: Wir sind
zu untertänigstem Dank verpflichtet!)

Aber alles bei diesem Reformvorhaben hängt mit allem zusammen. Dieser Satz gilt gerade für diese komplexen Themen, die wir heute behandelt haben und die den Landtag wahrscheinlich erst im nächsten Sommer hier wieder beschäftigen werden.

(Zuruf von Andreas Bluhm, DIE LINKE)

Ich will auch noch mal darauf hinweisen – Herr Kollege Bluhm, zu Ihnen komme ich gleich noch

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Ah ja!)

und vor allem zu dem, was Ihre Oberbürgermeisterin

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

hier in der Landeshauptstadt für einen Tanz aufführt –,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Heute ist der Tag der Belehrung.)

wer sich als Schweriner über diese Reform, die da auf dem Tisch liegt, beschwert, das versteht nun wirklich niemand mehr.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ach so!)

Die beiden Städte Rostock und Schwerin sind nun tatsächlich die Gewinner dieser Reform.

(Regine Lück, DIE LINKE: Das stimmt ja nicht.
Gucken Sie sich mal die Schlüsselzuweisungen
pro Kopf an! Da stehen wir an letzter Stelle.)

Was hier für ein Wehklagen in Schwerin durch die Gegend zieht, da müssen Sie mir noch mal inhaltlich erklären, woran das wohl liegt. Und dass ich recht habe,

(Regine Lück, DIE LINKE: Das ist ja nicht wahr.)

zeigt ja Ihre tiefe Betroffenheit,

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Nein. –
Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Ach, Sie
kennen die Sachlage wohl ganz genau, ja?)

sonst würden Sie sich hier nicht so laut zu Wort melden.

Aber ich will auch nicht verhehlen, die CDU hat in diesem Land 147 ehrenamtliche Bürgermeister, auch nach der Kommunalwahl. Wir hatten im Übrigen vorher 149, wir haben also nur zwei verloren. Und wir wissen natürlich ...

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Oh, nur zwei.)

Ja, Frau Borchardt, im Gegensatz zu Ihnen werten wir Wahlen eben kritisch aus und ziehen daraus unsere Schlüsse.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion
der CDU – Unruhe bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Was Sie tun, ist immer nur das Gleiche: Wir sind die Größten, wir haben gewonnen.

(Zurufe von Andreas Bluhm, DIE LINKE,
und Gabriele Měšťan, DIE LINKE)

Daran sehen Sie, dass wir natürlich diese Reform insbesondere mit unseren Kolleginnen und Kollegen auf der kommunalen Ebene besonders intensiv diskutieren müssen.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE:
So, jetzt kommen wir zum Inhalt,
jetzt kommen wir zum Inhalt.)

Ich sage Ihnen, wir werden unsere ehrenamtlichen Bürgermeister, unsere hauptamtlichen Bürgermeister

(Zuruf von Sebastian Ratjen, FDP)

zu einer großen Diskussionsrunde einladen und werden mit Ihnen über diese Reform diskutieren. Und ich schlage den Kolleginnen und Kollegen von der LINKEN vor, dass sie das mit ihren auch tun.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Da sind wir schon längst dabei.)

Sie haben ja gerade gesehen, der Darguner Bürgermeister hat es bereits verstanden, und vielleicht gibt es auch noch den einen oder anderen bei Ihnen, der es im Nachhinein auch versteht.

(Irene Müller, DIE LINKE: Wie wäre es
denn mit Ihren eigenen Bürgermeistern?)

Ich möchte noch darauf hinweisen, dass wir uns hier in diesem Parlament sicherlich noch öfter mit diesen Themen beschäftigen werden. Sowohl der Innenminister, der Ministerpräsident und auch mein Fraktionsvorsitzender sind schon auf sehr viele inhaltliche Eckpunkte der Gesetze zur Kreisgebietsreform, zur Aufgabenübertragung und zum Finanzausgleich eingegangen.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Das ist aber nicht alles. Ein bisschen was zum Inhalt wollen wir aber von Ihnen auch noch haben.)

Und, Herr Kollege Bluhm, ich will das, was hier vorher schon gesagt wurde, nicht in allen Einzelheiten wiederholen, aber ich will immer wieder sagen, alles hängt mit allem zusammen,

(Andreas Bluhm, DIE LINKE:
Das stimmt immer! Das stimmt immer!)

und das trifft insbesondere bei diesen drei Gesetzesvorhaben zu.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Bis jetzt haben wir noch nichts gehört.)

Damit meine ich konkret,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ah, jetzt!)

dass die Strukturen natürlich Auswirkungen auf die Finanzen haben.

(Wolfgang GRIESE, DIE LINKE: Aha! –
Zuruf von Sebastian Ratjen, FDP)

Und die Menge der zu erledigenden Aufgaben hat Auswirkungen auf das benötigte Geld, Frau Kollegin Borchardt.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Echt?!)

Das scheinen Sie noch nicht verstanden zu haben.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Nein, überhaupt nicht, überhaupt nicht. Keiner ist so klug wie Sie.)

Die Struktur in der öffentlichen Verwaltung erfolgt natürlich auf der Basis, wie viele Menschen in Mecklenburg-Vorpommern leben. Wir können uns der Tatsache nicht verschließen, dass wir seit 1990 200.000 Einwohner in Mecklenburg-Vorpommern verloren haben. Das waren im Übrigen genau die Argumente, die Sie in der letzten Legislaturperiode für Ihre Reform angeführt haben, und heute stellen Sie sich hier hin und tun so, als wenn das für Sie eine große Überraschung ist und Sie die noch nie gehört haben.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Das hat keiner von uns gesagt, da haben Sie schlecht zugehört.)

Und das ist schon ein Stück weit unredlich.

Und, Frau Kollegin Měšťan, wer einzelne Teile der Reform kritisiert, ablehnt oder auch ändern will, muss immer die Auswirkungen im Gesamtpaket berücksichtigen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Aha!)

Ich kann mir also nicht nur das raussuchen, was ich gut finde, und den Rest, sage ich, lehne ich ab.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das FAG steht im Zusammenhang mit der Strukturreform, aha! –
Regine Lück, DIE LINKE: Wie ein Steinbruch.)

Denn diese drei Gesetze gehören zusammen, ob Sie es hören wollen oder nicht. Nach zweieinhalb Jahren und – wie ich finde – auch nach einem sehr intensiven Diskussionsprozess

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Er weiß auch nicht so richtig, worüber er redet.)

nach dem Urteil des Landesverfassungsgerichtes ist, denke ich, hier im Hohen Hause für alle eins klar: Einen

dritten Startversuch für diese Reformvorhaben wird es nicht geben.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Das entscheiden wir nicht im Landtag.)

Und ob jemand, und damit schließe ich ausdrücklich auch die Opposition ein, daran Interesse haben sollte, das möchte ich hier in diesem Hohen Hause wirklich infrage stellen.

(Zuruf von Andreas Bluhm, DIE LINKE)

Ich bin sehr gespannt, Herr Kollege, wo Ihre inhaltlichen Forderungen in der jetzt beginnenden Diskussion stattfinden werden.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Na, fangen wir doch mit dem Schullastenausgleich gleich an.)

Sie haben ja noch Redezeit,

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Das werden wir nutzen.)

Sie können dazu gern hier vorne am Mikrofon noch was sagen.

Meine Damen und Herren, wir sind jetzt zu einer soliden Arbeit angehalten und wir haben uns deutlich von dem unterschieden, was es hier vorher unter Rot-Rot gegeben hat. Wir haben sehr ergebnisoffen mit den Kreisen, mit den kreisfreien Städten, mit den Gemeinden über die verschiedensten Modelle diskutiert. Und dabei, das gebe ich gern zu, hat sich 6 plus 2 herauskristallisiert. Und wenn ich mir die Diskussion von heute hier so anhöre, dann habe ich manchmal das Gefühl, Sie haben das überhaupt nicht zur Kenntnis genommen.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Doch.)

Dazu gehörten auch die Landkreise, die jetzt eine Landrätin von der LINKEN haben. Und wenn Sie mal in die Stellungnahmen hineinsehen, dann stellen Sie fest, dass es bei dem Modell 6 plus 2 die allerwenigsten Kritikpunkte und die meiste Zustimmung gegeben hat.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Ja, es muss ja nicht das beste Modell sein.)

Deswegen bin ich darüber immer wieder verwundert, wenn Sie das hier so hinstellen und einfach so vom Tisch wischen und sagen, wir brauchen keine Reform, 6 plus 2, das ist alles Murks,

(Andreas Bluhm, DIE LINKE:
Haben wir nie gesagt, ganz im Gegenteil.)

die Regierung hat nichts gemacht

(Zuruf von Gabriele Měšťan, DIE LINKE)

und wir würden Sie als Opposition beschneiden.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Halten Sie uns mal nicht für dumm, Herr Kokert.)

Da muss ich Ihnen ganz klar sagen: Da kann ich nur ein klares Nein hier in dieser Runde sagen.

(Irene Müller, DIE LINKE: Sie sprechen mit uns irgendwie am Thema vorbei.)

Ich kann für die Zusammenarbeit sowohl der CDU-Fraktion, ich glaube, das kann ich auch für meine Kollegen von der SPD sagen, feststellen, dass wir uns inhaltlichen Vorschlägen der Opposition auch in der jetzt kommenden Diskussion überhaupt nicht verschließen werden.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Bisher haben Sie nur Allgemeinplätze hier belegt.)

Gestatten Sie mir noch ein Wort zum FAG. Auch hier, Frau Kollegin Borchardt, gilt der Eingangssatz, dass alles mit allem zusammenhängt.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Zum Beispiel das FAG.)

Das gilt, Frau Kollegin Borchardt, gerade dann,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Erklären Sie uns mal, warum das FAG zusammenhängt mit der Strukturreform! Erklären Sie uns das mal!)

wenn die zur Verteilung stehenden Mittel nicht mehr werden, sondern tendenziell abnehmen. Ich denke, das haben selbst Ihre Redner hier heute festgestellt, dass das so sein wird.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Er erklärt uns das nicht.)

Und da stehen wir natürlich als Land mit den Kommunen in einer Schicksalsgemeinschaft.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Bla, bla, bla!)

Wie wollen Sie denn begründen, dass das Land auf die sinkenden Steuereinnahmen nicht reagieren muss und den Kommunen damit noch mehr Geld geben soll? Wie und wem wollen Sie denn das begründen?

(Andreas Bluhm, DIE LINKE:
Indem man die Struktur der Landesverwaltung verändert vielleicht?!)

Aus welchem Grund sollen wir das tun?

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Frei nach dem Motto: Oben bleibt alles, wie es ist, und unten seht zu, wie ihr klarkommt.)

Und wenn Sie mir das Stichwort schon zuwerfen, Herr Kollege Bluhm, dann haben wir in den letzten Jahren sehr wohl die Landesverwaltung reformiert. Tun Sie doch nicht so, als wenn das nicht stattfindet. Wir haben Personal abgebaut in Größenordnungen, das wissen Sie.

(Dr. Marianne Linke, DIE LINKE:
Eine Superleistung.)

Insofern weiß ich nicht, warum Sie hier immer wieder die Allgemeinplätze bringen, wo Sie genau wissen, dass sie nicht richtig sind.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Sie haben doch selbst die Kabinettsreform immer wieder gefordert.)

Aber es ist so, beim Geld hört bekanntlich die Freundschaft auf,

(Andreas Bluhm, DIE LINKE:
Das Thema kriegen Sie noch mal.)

und deshalb schiebt mancher gern die Fakten beiseite und redet so daher,

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Das trifft sehr wohl zu.)

als wenn die Finanzministerin in ihrem Keller einen Goldesel hat und der Staatssekretär Mediger nur runterzuziehen braucht, um die Geldsäcke nach oben zu schleppen.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE:
Siehste, haben wir doch gewusst!)

Und ich bedauere das ja auch selbst sehr.

(Wolfgang Griesse, DIE LINKE:
Was hat das denn mit dem Keller der Finanzministerin zu tun?)

Wenn sie einen hat, soll sie mal nicken. – Nein, sie nickt nicht, also hat sie auch keinen.

Ich bedauere das selbst sehr, dass es nicht so ist.

(Zurufe von Wolfgang Griesse, DIE LINKE,
und Dr. Marianne Linke, DIE LINKE)

Und wir alle wissen auch, dass das nicht so ist.

Nur leider – darauf hat auch der Kollege Müller schon hingewiesen – ist dann, wenn es konkret wird, niemand zuständig. Dann will auch niemand, dass man bei ihm spart,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Sie sind doch der Vertreter der Kommunen.)

es will niemand, dass bei ihm reformiert wird, aber das Geld wird in unserem Land nicht mehr, somit müssen wir auch auf diese Sachen reagieren.

Trotzdem sind wir natürlich bestrebt, die Mittel im neuen FAG gerecht zu verteilen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Jetzt erzählen Sie mal, warum und wie.)

Und, Frau Kollegin Borchardt, wenn Sie sich damit inhaltlich beschäftigt hätten,

(Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE,
und Torsten Koplin, DIE LINKE)

dann wüssten Sie auch, dass der neue Entwurf des FAG wesentlich gerechter ist als der alte.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Das war längst überfällig.)

Sie waren ja immer diejenigen, die hier eine Stärkung der Zentren gefordert haben.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Durch dieses Tal der Tränen bin ich im Übrigen mit meiner Fraktion gegangen, denn ich habe Ihnen vorhin schon gesagt, wir haben die meisten ehrenamtlichen Bürgermeister.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Oooch!)

Und wir haben die intensivste Diskussion gerade zu diesem FAG ausgehalten, haben uns trotzdem dazu entschlossen, die Zentren zu stärken. Warum Sie sich dann hier immer wieder hinstellen und den alten Kakao wieder hochholen und sagen, wir würden die Zentren nicht stärken, das ist wirklich nicht mehr nachzuvollziehen.

(Irene Müller, DIE LINKE: Ein klasse
Dialog: raushalten und trotzdem machen.)

Und noch eine konkrete Sache, die wir jetzt geändert haben im FAG. Wir haben den vorgezogenen Steuerkraftausgleich auf drei Jahre ausgeweitet. Warum haben wir das gemacht? Frau Borchardt, jetzt können Sie mal zuhören, Sie haben ja Inhalte gefordert.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ich höre zu.)

Warum haben wir das gemacht?

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Ja, Herr General, ich höre zu.)

Damit wir nicht mehr als Betrachtungszeitraum nur ein Jahr haben, sondern drei. Damit wird natürlich die Planbarkeit für die Kommunen wesentlich besser als vorher.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Da fragen Sie mal die Kommunen.)

Das sehen Sie auch nicht ein, Frau Kollegin Borchardt, dann brauche ich mit Ihnen auch nicht weiter über das Problem FAG zu sprechen.

Und, meine Damen und Herren, Sie nehmen auch nicht zur Kenntnis, dass wir bei den Vorwegabzügen insgesamt rund 137 Millionen Euro bereitgestellt haben. Das ist der zweithöchste Betrag, den es für Vorwegabzüge überhaupt gibt.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Die stehen doch den Kommunen zu. –
Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Sie wissen
doch, dass das so ist, Herr Kokert.)

Es ist also nicht so, dass künftig nur noch ganz große Städte genug Geld für ihre Aufgaben erhalten, sondern es wird auch so sein, dass andere Zentren genügend Geld für ihre gemeindlichen Aufgaben erhalten werden. Mit der heutigen Beratung liegen natürlich die konkreten Gesetzentwürfe der Landesregierung auf dem Tisch und alle Beteiligten werden in der nächsten Zeit die Möglichkeit haben, in mündlichen und in schriftlichen Stellungnahmen ihre Meinungen zu den Gesetzentwürfen zu äußern. Und auch die Kolleginnen und Kollegen der Opposition sind herzlich eingeladen, hier mit zu diskutieren. Ich sichere Ihnen für meine Fraktion ein transparentes und vernünftiges Verfahren innerhalb des Innenausschusses zu

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Oh, ja!)

und ich denke, wir werden da zu einer guten Lösung kommen. – Haben Sie vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Kokert.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Köster für die Fraktion der NPD.

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Was die Landesregierung dem Landtag mit den Gesetzentwürfen vorlegt, stellt einen schweren Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung dar. Insbesondere das Gesetz zur Neugestaltung des Finanzausgleichsgesetzes und zur Änderung weiterer Gesetze wird große finanzielle Schäden für den ländlichen Raum verursachen.

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Die Landesregierung nimmt den Gemeinden in unserem Land auch mit diesen Gesetzentwürfen immer mehr die Luft zum Atmen, hier in Form von Finanzausweisungen.

Die NPD-Fraktion hat bereits im Mai dieses Jahres sehr deutlich gemacht, dass sie, übrigens als einzige Fraktion, an der Seite der Kommunen steht.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Da kommt der nächste Schaumschläger.)

Auch mit einem Antrag der NPD im Kreistag Ludwigslust im Mai 2009 haben wir die Fraktionen im Kreistag dazu bewegt,

(Heinz Müller, SPD: Da bin ich ja platt.)

eine entsprechende Entschließung in den Kreistag einzubringen, welcher einstimmig verabschiedet wurde.

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Dem Gesetzentwurf nach sollen die Zuweisungen für Dörfer unter 500 Einwohner auf nur noch 90 Prozent der Schlüsselzuweisungen reduziert werden. Ferner sollen diese Dörfer bekanntlich von den Sonder- und Fehlbearbeitungszuweisungen, dem kommunalen Aufbaufonds, den Konsolidierungshilfen – wenn keine Zusammenschlüsse erfolgen – ausgeschlossen werden.

(Irene Müller, DIE LINKE:
Das wird schon gemacht.)

Für uns Nationalisten sind die Finanzerpressungen durch den Innenminister nicht mehr hinnehmbar.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Sie führen zu einer weiteren Strukturschwächung des ländlichen Raums. Die vor allem in diesem Hause so vielfach beschworene kommunale Selbstverwaltung wird in vielen Gemeinden schwerer oder gar unmöglich. Auch die Planungen, die Finanzen der kreisfreien Städte auf Kosten des ländlichen Raums sowie Sonderabgaben für die sogenannten Speckgürtel vorzunehmen, zeugen unserer Auffassung nach nicht von einer zukunftsorientierten Finanzpolitik des Landes. Wir von der NPD-Fraktion lehnen diese Vorhaben konsequent ab.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Eine einseitige Konzentration von Finanzmitteln des Landes auf wenige Standorte führte in der Vergangenheit zu einer Vernachlässigung von Gemeinden im ländlichen Raum.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Ja.)

Hinsichtlich des geplanten Finanzausgleichsgesetzes dürfen finanziell schwache Kommunen nicht erneut benachteiligt werden. Eine weitere Strukturschwächung des ländlichen Raums wird aber unter anderem durch die gewollte Reduzierung der finanziellen Zuweisung für Gemeinden unter 500 Einwohnern im Rahmen des geplanten Finanzausgleichsgesetzes erfolgen. Viele kommunalpolitisch Aktive, für die der Dienst an der Gemeinschaft im Rahmen eines sogenannten Ehrenamtes erfolgt, fühlen sich zu Recht von der Landesregierung verraten.

Auf den Parteitag Ihrer Parteien, Vertreter von SPD und CDU, versuchen Sie immer und immer wieder, Ihre Basis zu besänftigen, dass Ihre Vorhaben nicht so schlimm seien, wie dies von den Medien und der bösen politischen Konkurrenz dargestellt wird.

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Ja, die Sandmannstrategie.)

Sie sind ja nicht nur gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern im Land unehrlich, sondern auch gegenüber Ihrer eigenen Basis.

Wir Nationalisten halten eine einseitige Konzentration auf wenige Standorte – Sie nennen es Leuchttürme – für eine breite Vernachlässigung von Gemeinden im ländlich geprägten Raum. Gerade zum jetzigen Zeitpunkt

muss sich der Widerstand gegen diese Austrocknungspolitik bilden und bemerkbar machen. Insbesondere die Bestrebungen, durch Schlüsselzuweisungen fusionsunwillige Gemeinden zu benachteiligen, sind unverzüglich einzustellen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Stattdessen benötigen die Kommunen, gerade auch die finanzschwachen, die Hilfen des Landes. Die Landesregierung muss endlich wieder den ländlichen Raum beleben. Fast 300 Gemeinden sind von Ihren Streichungsabsichten betroffen. Wir lehnen diese Vorhaben der Landesregierung ab. Fusionen zwischen Gemeinden bedürfen der Freiwilligkeit und nicht der zentralistischen Finanzbefehlsgewalt durch das Innenministerium.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Dies ist jedenfalls die Auffassung der NPD-Fraktion. Ihre einseitige Leuchtturmpolitik, Landesregierung und Regierungsfaktionen, ist nicht zukunftsorientiert. Wir Nationalisten fordern, um eine weitere Verödung ganzer Landstriche unserer wunderschönen Heimat zu verhindern, die Landesregierung stattdessen auf, auf Grundlage des Finanzausgleichgesetzes den Ausbau der Grundversorgung in den Gemeinden auch in ländlich geprägten Gegenden zu verbessern. Ihre Gesetzentwürfe sind es nicht wert, in die Ausschüsse verwiesen zu werden. Wir lehnen sie ab.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Ritter für die Fraktion DIE LINKE.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:

Los, Peter, zum krönenden Abschluss!)

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Lieber Herr Kokert, das ist als Generalsekretär so, da hat man natürlich die Aufgabe, den Laden zusammenzuhalten, auch in einer solch schwierigen Debatte. Das ist auch die Aufgabe, die man als Landesvorsitzender hat. Ich weiß also, worüber ich rede.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Aber dennoch muss ich das eine oder andere hier zurückweisen, weil es einfach nicht stimmt.

Erstens sollten Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU-Landtagsfraktion, in Ihrer Form des Dialogs dem Herrn Oberbürgermeister Krüger aus Neubrandenburg einen Posten außerhalb unseres Landes anbieten, weil ich glaube, Sie kriegen ihn nicht eingefangen.

Zweitens, Herr Kokert, taugt Herr Graupmann, der Oberbürgermeister der Stadt Dargun, nun überhaupt nicht zum Kronzeugen Ihrer Reformvorhaben.

(Vincent Kokert, CDU: Doch, das steht da. –
Zuruf von Gabriele Měšťan, DIE LINKE)

Er stimmt dem Innenminister im Zusammenhang mit den Vorschlägen für Dargun zu, Herr Kokert. Ansonsten hat Herr Graupmann, der Mitglied meiner Kreistagsfraktion ist,

(Vincent Kokert, CDU: Ist mit dem Brief des Innenministers zufrieden, steht da geschrieben.)

eine ganz klare Position zur Kreisgebietsreform oder zur Verwaltungsmodernisierung.

Herr Kokert, hören Sie bitte zu!

Die Position meiner Kreistagsfraktion und eingeschlossen Herrn Graupmanns lautet: Wir brauchen eine Verwaltungsmodernisierung in Mecklenburg-Vorpommern, wir brauchen die in der Einheit von Kreisgebiets- und Funktionalreform

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Keine Stolpersteine.)

und wir brauchen einen geschlossenen Übergang des Landkreises Demmin in eine neue Struktur.

(Zuruf von Minister Henry Tesch)

Das ist unsere Position und das ist die Position von Karl-Heinz Graupmann, Bürgermeister der Stadt Dargun.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Da sind wir, was den geschlossenen Übergang des Landkreises Demmin angeht, bei einem zweiten Thema, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es wird Sie nicht verwundern, dass ich dazu spreche. Als ich vor einiger Zeit, als meine Fraktion hier beantragt hatte, das Reformvorhaben zurückzuweisen, einen Neuanfang zu beginnen mit dem Ziel, eine umfassende Reform 2014 abzuschließen, ans Rednerpult ging, flüsterte mir der Innenminister auf meinem Weg hier ans Pult zu: „Und dein Demmin zerklopp ich doch.“

(Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn das die Motivation für eine Reform ist, dann gute Nacht!

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Aber ich erinnere mich daran, wie 1993/94 der Landkreis Demmin entstanden ist.

Sie halten doch einfach mal die Klappe hier drüben und lassen mich reden.

(Udo Pastörs, NPD: Das bestimmen nicht Sie.)

Ich verweise noch mal darauf, wie 1993/94 der Landkreis Demmin entstanden ist. Da ging es offensichtlich darum, noch zwei CDU-Landtagsabgeordneten einen Landtagswahlkreis zu verschaffen, insofern ist der Landkreis Demmin entstanden.

(Marc Reinhardt, CDU: Das ist Quatsch.)

Heute, wo im Landkreis Demmin die CDU mehr und mehr Wahlen verliert, kann man natürlich auch diesen Landkreis zerkloppen,

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Macht sie nicht, nee.)

denn dort ist nichts mehr zu holen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Aber das ist eben für eine Reform viel zu wenig.

(Marc Reinhardt, CDU: Machen Sie das doch mal der Bevölkerung zugänglich!)

Der Ministerpräsident dieses Landes redet von Fraktionen in meiner Fraktion. Ja, das brauchen wir nicht kleinzureden. Wir alle kennen die Debatten, die wir auch bei dem rot-roten Reformvorhaben hatten. Aber zur Wahr-

heit, Herr Ministerpräsident, gehört eben auch dazu, dass Sie Ihre Koalition nicht im Griff haben.

(Vincent Kokert, CDU: Warum nicht?!)

Ich sage hier nur: „HGW adé dank Selling/Caffier.“ Auf Herrn Krüger habe ich schon verwiesen, ich könnte hier viele andere Meinungsäußerungen herbeiführen.

Und der Ministerpräsident redet von einer Funktionalreform. Nur ist sie nicht zu finden. Als ich das dazwischengerufen habe, hat mir der Ministerpräsident angeboten, na, dann lassen Sie uns doch gemeinsam suchen. Also weiß er offensichtlich auch nicht, wo die Funktionalreform ist, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gestern hat nicht nur der neue Film von Harry Potter das Licht der Welt erblickt, nein, auch Harry Glawe hat sich mittels einer Pressemitteilung zum Problem der Verwaltungsmodernisierung gemeldet.

(Vincent Kokert, CDU: Pressegespräch. – Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Er hat im Namen der CDU-Fraktion großspurig versprochen, dass die Funktionalreform weiter ausgebaut wird, dass mehr Stellen als bisher geplant auf die kommunale Ebene übertragen werden.

(Vincent Kokert, CDU: Dafür werde ich auch sorgen, verlassen Sie sich darauf, Herr Ritter! Dafür werde ich auch sorgen.)

An dieser Stelle sage ich nur, Herr Kokert: Harry Glawe und der Schrecken der Funktionalreform.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Innenminister, Sie haben heute wieder darauf verwiesen, dass es zum damaligen Zeitpunkt, als Rot-Rot dieses große Reformvorhaben begonnen hat, bei keiner der demokratischen Fraktionen auch nur den Gedanken gegeben hätte, den Reformbedarf abzulehnen. Das gehört nun wirklich ins Märchenbuch. Ich erinnere hier an die Position der CDU-Fraktion von damals. Die lautete: Wir brauchen keine Kreisgebietsreform. Was wir brauchen, ist eine Kabinettsreform. Gebt uns die Aufgaben auf die kommunale Ebene runter. Wir werden es alle schon so regeln.

(Minister Lorenz Caffier: Falsch.)

Und wenn Sie heute etwas anderes behaupten, dann ist das einfach falsch.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
So war das! So war das!)

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wiederhole mich auch an dieser Stelle: Das sind eben die Pirouetten, die man drehen muss,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nein, Sie drehen gerade die Pirouetten.)

wenn man vom Chefankläger zum Chefreformer beziehungsweise, um beim Fußball zu bleiben, zum Cheftrainer wird.

(Vincent Kokert, CDU: Na Sie drehen ja Gott sei Dank keine.)

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie sagten Sie so schön, Herr Kokert, getroffene Hunde bellen.

(Zurufe von Vincent Kokert, CDU, und Marc Reinhardt, CDU)

Ich freue mich riesig über die Resonanz meines Redebeitrages.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, wenn die CDU die Wahrheit sagt.)

Kommen wir zum Fußball zurück. Das Spielsystem, welches die Trainer Selling und Caffier mit den drei Gesetzen heute auf den Weg gebracht haben,

(Udo Pastörs, NPD: Ich stelle mir gerade den Ritter als Torwart vor.)

ist keine Grundlage für ein offensives, Erfolg versprechendes Spiel. Die Koalitionsmannschaft ist eine Mannschaft ohne Brustsponsor, also ohne Inhalt auf dem Trikot, eine Mannschaft, die ihre eigenen Trainer foul. Mit diesem System und mit dieser Mannschaft wird der Aufstieg in die Bundesliga nicht gelingen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE –
Michael Andrejewski, NPD:
Die 90 Minuten sind vorbei.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Ritter.

Das Wort hat jetzt noch einmal der Abgeordnete Heinz Müller für die Fraktion der SPD.

Heinz Müller, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie angekündigt möchte ich gerne noch ein paar Gedanken zum Thema Finanzausgleichsgesetz in die Diskussion einbringen. Führen wir uns zunächst mal vor Augen, das Finanzausgleichsgesetz hat drei Aufgaben:

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Blabla, Blabla, Blabla.)

Es definiert, wie viel Geld das Land der kommunalen Ebene zur Verfügung stellt, als Zweites definiert es, wie dieses Geld innerhalb der kommunalen Ebene verteilt wird, und als Drittes regelt es bestimmte Geldströme innerhalb der kommunalen Ebene, im Moment eigentlich nur die Kreisumlage, aber da soll durch die Gesetzesänderungen ja was dazukommen.

Lassen Sie mich zunächst auf den zweiten, dann den dritten und dann den ersten Punkt eingehen, also zunächst zur Frage, wie wird das Geld innerhalb der kommunalen Ebene verteilt. Wenn wir das mal im Schnelldurchlauf machen, fällt als Erstes auf, die Vorwegabzüge werden reduziert und das Geld, das ich nicht für Vorwegabzüge benötige, fließt dann ja in die Schlüsselzuweisungen. Diese Reduzierung der Vorwegabzüge war immer Forderung der kommunalen Ebene

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

und dieses wird hier realisiert, vielleicht nicht in einem Umfang, den sich mancher Kritiker gewünscht hat, aber wenn man an Vorwegabzüge herangeht und sie reduzieren will, dann wird man sehr schnell merken, sie haben eigentlich – zumindest überwiegend – ihren vernünftigen Grund und das Reduzieren ist gar nicht so einfach. Aber

die Vorwegabzüge werden insgesamt reduziert und das ist gut so.

Allerdings gibt es dabei zwei Ausnahmen. Die eine Ausnahme ist der Vorwegabzug für die gesetzlich übertragenen Aufgaben. Der wird erhöht, weil die Erfüllung der gesetzlich übertragenen Aufgaben teurer geworden ist. Von daher ist es einfach notwendig, richtig und sinnvoll,

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

diesen Vorwegabzug zu erhöhen, und das geschieht.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Wieso?)

Und das Zweite ist, der Vorwegabzug, der verteilt wird – im alten Gesetz nach 10e, im neuen Gesetz ist es Paragraph 16 –, das ist der Vorwegabzug für die zentralen Orte, der wird erhöht von 107 auf 137 Millionen, also nicht zu knapp, sehr deutlich. Aber, meine Damen und Herren, diese Erhöhung für die zentralen Orte und für die Abgeltung der Funktionen, die sie als zentrale Orte wahrnehmen, dies ist ja genau das, was wir verlangt haben unter dem Stichwort „Stärkung der Zentren“, was in unserem Gesamtrahmen drinsteht und was nicht nur in unseren Beschlüssen steht, sondern auch bei vielen anderen längst Beschlusslage ist, nicht zuletzt beim Städte- und Gemeindetag. Also die Erhöhung dieses Vorwegabzugs ist gut und ist richtig.

Kommen wir zum zweiten Teil. Das, was wir nicht für Vorwegabzüge benötigen, geht in die Schlüsselzuweisungen. Diese Schlüsselzuweisungen werden zunächst in drei Teilschlüsselmassen geteilt: einmal für die Landkreise, einmal für die kreisfreien Städte und einmal für die kreisangehörigen Städte und Gemeinden. Die bekommen jeweils einen Prozentsatz. Und der Prozentsatz, der auf die kreisfreien Städte entfällt, meine Damen und Herren, der entspricht keineswegs der Einwohnerzahl der kreisfreien Städte, sondern er ist deutlich niedriger. Das hat seine Begründung gehabt, weil die kreisfreien Städte einfach höhere Steuereinnahmen pro Kopf hatten. Aber dieser Unterschied hat sich deutlich verringert. Er ist noch nicht auf null gesunken, aber er hat sich deutlich verringert. Und im Umkehrschluss ist ein solcher Unterschied bei der Zuweisung der Teilschlüsselmasse für die kreisfreien Städte nicht mehr berechtigt.

Wir haben also, bei Lichte besehen, die kreisfreien Städte in den letzten Jahren nicht hinreichend finanziell ausgestattet. Und deswegen ist die Anhebung der Teilschlüsselmasse – zwar noch nicht ganz bis zur Einwohnerprozentzahl, aber in diese Richtung – richtig und notwendig. Und wenn wir beides zusammen sehen, meine Damen und Herren, dann gewinnen anteilig – anteilig! – die kreisfreien Städte und es gewinnen

(Raimund Frank Borrmann, NPD:

Alle gewinnen. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

durch die Erhöhung dieser 10-e-Mittel (neu: 16) alle Zentren in unserem Land. Und das ist etwas, was wir gewollt haben und was richtig ist.

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Müllers Zauberkasten.)

Deswegen sind diese Neujustierungen der Verteilung innerhalb der kommunalen Ebene vernünftig und zu unterstützen.

Und nun zu der Frage: Kleinstgemeinden 90 Prozent.

Meine Damen und Herren, ich halte den Ansatz, den der Innenminister in seinem Gesetz hier vorschlägt, für mutig und ich halte ihn für konsequent. Ich will der Kollegin Schwebs hier keineswegs widersprechen, wenn sie darauf hinweist, dass in diesen kleinen und kleinsten Gemeinden unter 500 Einwohnern ja sehr viel geschieht, dass die etwas für ihre Bürger tun und dass auch dort kommunale Selbstverwaltung und kommunales Leben stattfindet. Alles richtig, Frau Schwebs.

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Alles muss erstickt werden!)

Aber dann kommt das Argument, das sind ja ein Drittel unserer Gemeinden. Rein rechnerisch, rein zahlenmäßig Ja. Aber, meine Damen und Herren, in diesem Drittel unserer Gemeinden wohnen insgesamt – ich habe die letzte vom Statistischen Landesamt verfügbare Zahl mir rausgeholt – 103.000 Einwohner. Das heißt, in diesen Kleinstgemeinden unter 500, über die wir hier reden, alle zusammen, wohnen etwa so viele Einwohner, geringfügig mehr, wie in der Landeshauptstadt Schwerin oder halb so viele Einwohner wie in unserer größten Stadt, wie in Rostock. Und so, wie Sie recht haben, Frau Schwebs, wenn Sie sagen, diese Kleinstgemeinden müssen doch in der Lage sein, kommunales Leben noch aufrechtzuerhalten, sage ich Ja, aber ich sage genauso, es ist zwingend erforderlich, dass die großen – und das sind nicht nur Rostock und Schwerin, aber das sind auch Rostock und Schwerin – in der Lage sind und in der Lage bleiben, kommunale Dienstleistungen anzubieten. Und sie bieten diese Dienstleistungen bekanntlich nicht nur für ihre eigenen Bürgerinnen und Bürger, sondern auch für ein Umland an.

Wir sollten sicherlich die kleinen und kleinsten nicht vergessen, aber wir sollen bitte auch unsere Lokomotiven im Land nicht vergessen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Die Entwicklung des Landes – das kann man, glaube ich, vernünftigerweise nicht bestreiten – geht hochgradig von unseren Zentren aus und deswegen müssen wir unsere Zentren stärken. Und wenn gesagt wird, meine Damen und Herren, damit schwächen wir ja die ländlichen Räume, vielleicht darf ich mal aus meinem eigenen Wahlkreis das konkret machen:

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Zentrum heißt im Südteil des Uecker-Randow-Kreises beispielsweise die Gemeinde Löcknitz. Also bei aller Sympathie für mein Grundzentrum – dass Löcknitz nun eine Metropole sei, kann man ja wohl nicht behaupten.

(Udo Pastörs, NPD: Aber
durch die Polen wird es zu einer.)

Das ist ländlicher Raum vom Feinsten. Und wenn wir Zentren im ländlichen Raum stärken, und genau das tun wir, dann machen wir keine Strategie gegen die ländlichen Räume, wie hier fälschlich behauptet wird, sondern dann machen wir eine Strategie, wie in den ländlichen Räumen vernünftig mit dem Geld umgegangen wird, und vernünftig kann nicht bedeuten, das mit der Gießkanne gleichmäßig zu verteilen,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

sondern vernünftig muss bedeuten, es auf Zentren zu konzentrieren, auch auf ländliche Zentren.

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Je weniger, umso vernünftiger. Dann
kürzen Sie es doch gleich auf null.)

Also, meine Damen und Herren, dieser Weg ist richtig. Wir haben die Situation, dass wir 800 Gemeinden in diesem Land haben, und wir haben in den jetzt vorliegenden Gesetzentwürfen dieses Thema nicht zum Thema gemacht, aber wir haben sehr wohl eine Enquetekommission, der wir einen Auftrag gegeben haben, und zu diesem Auftrag, zu diesem Ursprungsauftrag, gehört auch, sich mit der Gemeindestruktur insgesamt zu befassen. Da gehört die Diskussion hin, da wird sie geführt werden.

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Da verläuft sie im Sande.)

Eine Zwangsfusion oder eine Fusion durch die kalte Küche findet hier überhaupt nicht statt, sondern hier findet eine vernünftige Finanzverteilung statt, die vielleicht auch Herrn Ritter interessieren könnte, eine Finanzverteilung auf die Zentren, und das ist richtig.

Und die Zentren sind damit die Gewinner, Frau Reese, auch Rostock, auch Schwerin. Und wir werden im Innenausschuss, Herr Kollege Leonhard wird ja dabei sein, das wird uns vielleicht eine unserer ersten Übungen sein, Herr Kollege, den Innenminister doch zu bitten, einfach mal vorzurechnen,

(Gino Leonhard, FDP:
Das werden wir sehen.)

was passieren würde, wenn die Ausgangsdaten – nehmen wir doch die Ausgangsdaten von 2008, das ist ein abgerechnetes Jahr – so bleiben würden

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Die machen den Abgang.)

und wir dann das reformierte FAG auf diese Ausgangsdaten anwenden würden. Dann würden wir sehen, dass die kreisfreien Städte im zweistelligen Millionenbereich – und nicht mit einer eins vorne – mehr Geld haben würden. Und das heißt für mich, dass sie Gewinner sind.

Ein Gedanke nur zum Thema „Verteilung der Finanzmittel innerhalb der kommunalen Ebene“. Ich habe schon gesagt, bisher war das eigentlich immer nur die Kreisumlage, es kommt jetzt die Umlandumlage hinzu, mit der Gemeinden im Umland der großen Städte an diese großen Städte unter bestimmten Voraussetzungen Geld abführen müssen.

Meine Damen und Herren, das ist ein umstrittenes Thema, das weiß ich, aber ich darf Sie auch darauf hinweisen, dass diese Umlandumlage in den Diskussionen der Enquetekommission von Umlandgemeinden selbst in die Diskussion gebracht worden ist, die gesagt haben, wir sind ja gerne bereit, etwa von unseren exorbitant hohen Gewerbesteuern – wo wir alle wissen, wir profitieren von unserem Zentrum – einen Teil an dieses Zentrum, das ja auch etwas für uns leistet, abzuführen.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Dann
gucken Sie sich mal die Stellungnahmen an!)

Und genau dieser Gedanke, meine Damen und Herren, wird hier aufgegriffen. Über die Details können wir sicherlich streiten, aber im Grundsatz ist dieser Gedanke richtig und sollte weiterverfolgt werden.

Nun aber zu dem ganz sicher schwierigsten Teil dieser Finanzdiskussion,

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Ja, ja.)

und das ist die Frage, wie viel Geld steht denn eigentlich zur Verfügung.

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Meine Damen und Herren, schon vor der Steuerschätzung bis Mai konnten wir aus den Zahlen des Finanzministeriums,

(Raimund Frank Borrmann, NPD: So ist es.)

aus der Mittelfristigen Finanzplanung ersehen, dass gegenüber 2008 die für die kommunale Ebene insgesamt zur Verfügung stehende Finanzmasse um 100 Millionen Euro niedriger liegen würde als 2008, wie gesagt, in einem Jahr mit sehr hohen Einnahmen, von daher auch einem hohen kommunalen Finanzausgleich. Wir alle haben gewusst und auch die kommunale Ebene hat gewusst, es wird weniger. Und wir haben darüber immer wieder diskutiert und manche haben vielleicht Verdrängungsmechanismen und wollen unbequeme Wahrheiten nicht wahrhaben, aber an dieser unbequemen Wahrheit kommen wir nicht vorbei.

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Das System ist pleite.)

Der Hintergrund, auch den haben wir hundertfach diskutiert, ist unter anderem das Zurückgehen der Solidarpaktmittel als wesentlicher Punkt. Und zu diesen 100 Millionen, die die Gemeinden und Städte und Kreise in 2010 weniger haben werden als 2008, kommen nun die Folgen einer Wirtschaftskrise, einer Wirtschaftskrise, die natürlich Steuereinnahmen einbrechen lässt. Daran hängen auch die Kommunen, weil unser System sie an unseren Einnahmen beteiligt, und wenn diese Einnahmen zurückgehen, dann gehen sie auch für die kommunale Ebene zurück.

Wenn ich dann politische Parteien höre und da gucke ich jetzt hier mal so nach halbrechts, deren großes politisches Ziel es ist, Steuern zu reduzieren und Steuern zu senken, dann kann man aus Sicht des Steuerzahlers kurz geschossen natürlich sagen, prima, dann zahle ich ja weniger, tolle Partei,

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Tollhaus!)

aber wenn ich mir angucke, welche Folgen das etwa für unsere kommunale Ebene hat, dann muss ich da allerdings ein sehr großes Fragezeichen machen.

Meine Damen und Herren, von jedem Euro, den wir als Bürger des Landes Mecklenburg-Vorpommern an Lohn- oder Einkommensteuer zahlen, gehen 15 Cent in die Kasse der Gemeinde, in der wir wohnen.

(Gino Leonhard, FDP: 46 bleiben über.)

Und wenn wir Steuern reduzieren, dann müssen wir wissen, die, die die Steuern zahlen, freuen sich,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Noch
ein Argument mehr für den Minister.)

aber die, die die Steuern kriegen – das sind anteilig der Bund, das Land und bei der Einkommen- und Lohnsteuer auch die kommunale Ebene –, das sind diejenigen, die dabei verlieren. Und deswegen sollten wir solche politischen Vorhaben sehr kritisch abwägen und wir sollten denen, die auf der einen Seite sagen, die Steuern müssen runter, radikal, aber die Gemeinden müssen mehr Geld haben, dann schon die Frage stellen: Und wo wollt ihr das denn hernehmen?

(Gino Leonhard, FDP: Da gibt es Antworten für.)

Die Frage, lieber Kollege Leonhard, müssen wir dann einfach stellen.

Also, wir haben auf der einen Seite beim Thema Finanzausgleich eine Neuverteilung und wir haben auf der anderen Seite die Tatsache, dass das, was zu verteilen ist, weniger wird. Diese beiden Entwicklungen überlagern sich und sie überlagern sich in der politischen Diskussion in der Weise, dass die Gewinner der Umverteilung im absoluten Betrag weniger Geld haben, weil die zu verteilende Masse so drastisch abnimmt.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Die Gewinner jaulen auch noch, und das ist ja so bitter.)

Und dann, Frau Reese, kriegen wir die Antwort auf die Frage: Warum sind die Gewinner eigentlich die Verlierer? Aber ich muss Sie umgekehrt fragen: Was passiert, wenn nichts passiert? Unterstellen wir mal, wir sagen dem Innenminister: Pack dein FAG wieder ein, wir machen das nicht.

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Würden dann die zur Verfügung stehenden Mittel auch nur einen Cent höher werden? Antwort: Nein, sie würden nur anders verteilt.

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Aber darauf kommt es doch an.)

Und die, über die Sie gesprochen haben, Städte wie Rostock oder Schwerin, bei denen wären die Verluste gegenüber dem Iststand noch viel größer. Das wäre die Folge, wenn wir uns auf einen solchen Weg begeben würden und sagen würden, wir lassen das ganz einfach. Und deswegen, meine Damen und Herren, ist das eine sehr schwierige Diskussion, auch in der Öffentlichkeit, aber ich glaube, um diese Umverteilung kommen wir nicht herum.

Aber ich sage auch – und da wiederhole ich etwas, was ich vorhin in meinen Ausführungen in der Generaldebatte schon gesagt habe –, das Land Mecklenburg-Vorpommern bekennt sich zu seiner Verantwortung für seine Gemeinden und das Land wird seine Gemeinden auch in schwierigen Situationen als Teil der viel beschworenen Schicksalsgemeinschaft betrachten und wird diese Gemeinden nicht im Regen stehen lassen. Also, meine Damen und Herren, stimmen Sie mit uns für eine Überweisung auch des Finanzausgleichsgesetzes!

Meine Damen und Herren, ich weiß es nicht genau, aber ich glaube, ich bin der letzte Redner in dieser verbundenen Aussprache, zumindest bin ich der letzte Redner für meine Fraktion.

(Vincent Kokert, CDU: Nicht so viel Werbung!)

Lassen Sie mich deshalb abschließend einen Gedanken äußern. Meine Damen und Herren, wir erleben hier eine Diskussion, die sicherlich von parteipolitischen Konflikten geprägt ist, aber wir erleben auch eine Diskussion – und da weist der eine den anderen immer gerne darauf hin –, wo die Konfliktlinie nicht nur zwischen den Parteien, sondern auch in den Parteien verläuft

(Michael Roolf, FDP: Sehr richtig.)

und wo es unterschiedliche Interessen gibt, unterschiedliche Interessen vielleicht auch beim Land und bei der kommunalen Ebene,

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Rosenkriege sind das.)

aber wo auch innerhalb der kommunalen Ebene, das wissen wir doch, unterschiedlichste Interessen bestehen und wo es oft schwierig ist, eigentlich noch genau auszumachen, wo die Konfliktlinie verläuft. Ich kann uns nur alle bitten, sachlich und an den Interessen und am Wohl des Gesamtlandes orientiert eine solche Diskussion zu führen. Ich persönlich werde meinen Teil dazu gerne beitragen.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Ja.)

Ich habe mich auch bemüht, meine Polemik in meinen beiden Beiträgen heute in Grenzen zu halten.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Ja, es ging. Es ging. –
Zurufe von Harry Glawe, CDU,
und Vincent Kokert, CDU)

Die CDU sagt, es ging. Ich bedanke mich.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Eines, meine Damen und Herren, gilt für andere, gilt auch für die SPD-Fraktion: Bei einem solch schwierigen Thema wie der Verwaltungsreform einschließlich des Themas Finanzausgleichsgesetz handeln auch demokratische Fraktionen nicht immer geschlossen und es wird abweichendes Stimmverhalten geben. Das wird heute auch bei uns, bei der SPD-Fraktion, der Fall sein.

(Michael Roolf, FDP: Eh!)

Dies ist ein in einer demokratischen Fraktion normaler Vorgang.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Im Grunde
ist es immer so, wie man es braucht.)

Ich glaube aber, dass wir alle, ob die in unserer Fraktion und quer über alle Fraktionen, vor allen Dingen aber hinüber zur kommunalen Ebene,

(Andreas Bluhm, DIE LINKE:
Hauptsache, das reicht.)

am Ende gemeinsam an Lösungsvorschlägen arbeiten müssen, bei denen für dieses Land etwas Vernünftiges herauskommt. Dazu wollen wir beitragen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Müller.

Ich schließe die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 5/2683 zur federführenden Beratung an den Innenausschuss und zur Mitberatung an den Europa- und Rechtsausschuss, an den Finanzausschuss, den Agrarausschuss, den Bildungsausschuss, an den Verkehrsausschuss sowie an den Sozialausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Wer stimmt dagegen? – Danke. Damit ist der Überweisungsvorschlag bei Zustimmung der Fraktion der SPD, der CDU, Gegenstimmen der Fraktion ...

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Nach
Stimmenthaltung haben Sie nicht gefragt.)

Entschuldigung. Stimmenthaltung? – Damit ist der Überweisungsvorschlag bei Zustimmung der Fraktion der SPD, der CDU und Gegenstimmen der Fraktion DIE LINKE, der FDP, der NPD, zwei Gegenstimmen aus der Fraktion der CDU, einer Gegenstimme aus der Fraktion der SPD und zwei Stimmenthaltungen aus der Fraktion DIE LINKE angenommen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Und eine Stimmenthaltung von uns. –
Heinz Müller, SPD: Eine Stimmenthaltung.)

Dann habe ich noch eine Enthaltung übersehen, Entschuldigung, also drei Stimmenthaltungen dann insgesamt.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 5/2684 zur federführenden Beratung an den Innenausschuss, zur Mitberatung an den Europa- und Rechtsausschuss, an den Finanzausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Agrarausschuss, den Bildungsausschuss, den Verkehrsausschuss sowie den Sozialausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Überweisungsvorschlag bei Zustimmung der Fraktion der SPD, der CDU, Gegenstimmen – darf ich noch mal nach den Gegenstimmen fragen? –, Gegenstimmen der Fraktion der LINKEN, der FDP, der NPD, zwei Stimmenthaltungen aus der Fraktion DIE LINKE, einer Stimmenthaltung, nein, zwei Stimmenthaltungen aus der Fraktion der SPD und einer Stimmenthaltung aus der Fraktion der CDU angenommen.

Ich rufe jetzt auf die Abstimmung zum Gesetzentwurf auf der Drucksache 5/2685. Der Ältestenrat schlägt vor, diesen Gesetzentwurf der Landesregierung zur federführenden Beratung an den Innenausschuss, zur Mitberatung an den Europa- und Rechtsausschuss, an den Finanzausschuss, an den Wirtschaftsausschuss, den Bildungsausschuss, an den Verkehrsausschuss sowie den Sozialausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Überweisungsvorschlag bei Zustimmung der Fraktion der SPD, der CDU, Gegenstimmen der Fraktion DIE LINKE, der NPD und einer Stimmenthaltung bei der Fraktion DIE LINKE, wenn ich das richtig gesehen habe,

(Andreas Bluhm, DIE LINKE:
Und Zustimmung der FDP?)

und Zustimmung der Fraktion der FDP angenommen.

(Michael Rooff, FDP: Jawohl. Das geht doch.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, von der Fraktion der NPD liegt Ihnen auf Drucksache 5/2701 ein Antrag zum Thema „Linksextreme Gewaltextzesse rigo-ros verurteilen“ vor. Auf Wunsch der Antragsteller soll die Tagesordnung um diesen Antrag erweitert werden. Gemäß Paragraph 74 Ziffer 1 unserer Geschäftsordnung kann diese Vorlage beraten werden, wenn zwei Drittel der Mitglieder des Landtages die Dringlichkeit bejahen. Zugleich muss die Einreihung in die Tagesordnung beschlossen werden.

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Lüssow für die Fraktion der NPD.

Birger Lüssow, NPD (zur Geschäftsordnung): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung möge zu den ständig steigenden linkskriminellen

Exzessen in meiner Heimatstadt Rostock hier im Landtag klar und deutlich Stellung beziehen. Es ist unerträglich, wie in der Hansestadt die multikriminellen Banden sich austoben können. Ein Brandanschlag auf mein Auto, ein Brandanschlag auf das Auto einer Mitarbeiterin der NPD-Fraktion, zwei Brandanschläge auf das Fahrzeug meines Wahlkreismitarbeiters, zuletzt ein weiterer Brandanschlag auf das Auto eines nationalen Sängers in Rostock – der Terror steigert sich, da der Staat offenbar nicht in der Lage ist, den kriminellen linken Banden das Handwerk zu legen.

Montagnacht randalierten nach mir vorliegenden Informationen – auch aus Polizeikreisen – 80 vermummte linksradikale Chaoten in der Rostocker Innenstadt. Die Polizei griff nicht wirklich ein – ein skandalöser Vorgang.

(Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Es ist dringlich,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

es ist dringlich, dass die Landesregierung hier im Landtag sagt, wie sie in Rostock wieder Recht und Gesetz durchsetzen will. Es kann nicht sein, dass man gegen nationale Jugendgruppen mit aller Härte vorgeht, während offen linksradikale Gewalttäter tun und lassen können, was sie wollen. Der Innenminister Caffier will mit den jungen Leuten reden. Andere wollen den Dialog noch steigern. Schon bei den Gewaltorgien im Zusammenhang mit dem G8-Gipfel konnte sich der rote Mob in Rostock regelrecht austoben. Jetzt geht der kriminelle multikulturelle Zirkus weiter.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Auch am gestrigen Abend kam es erneut zu schweren Ausschreitungen in Rostock und Warnemünde. Es wird langsam unerträglich. Sie bekämpfen die nationale Opposition und unternehmen nichts gegen den linken Terror.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Wollen Sie warten, bis es Todesopfer gibt? Wann wollen Sie endlich etwas tun?

(Reinhard Dankert, SPD:
War das eine Drohung?)

Wir wollen hier und heute eine Erklärung der Landesregierung. Die Angelegenheit ist von besonderer Dringlichkeit, weil der linke Terror immer größere Ausmaße annimmt. Die Landesregierung sollte hier und heute Stellung beziehen,

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

was sie zu unternehmen gedenkt, um den linken Mob in Rostock zu stoppen. Wann greift der Staat ein? Wann kommt es zu Verhaftungen? Wann kommt es zu Verboten?

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Die von Ihnen gepriesene Vielfalt und Toleranz führt in meiner Heimatstadt zu Chaos und Terror.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das glaube ich nicht.)

Beantworten Sie diese Fragen und machen Sie dem unseligen Treiben der linken Chaoten ein Ende!

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Udo Pastörs, NPD: Bravo!)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Wird das Wort zur Gegenrede gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Wer stimmt der Erweiterung der Tagesordnung um diese Vorlage zu? – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Erweiterung der Tagesordnung um diese Vorlage bei Zustimmung der Fraktion der NPD und Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der CDU, der LINKEN und der FDP abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 2:** Beschlussempfehlung des Ausschusses für Europa- und Bundesangelegenheiten, Justiz, Verfassung, Geschäftsordnung, Wahlprüfung und Immunitätsangelegenheiten gemäß § 70 der Geschäftsordnung des Landtages – Antrag auf Genehmigung zur weiteren Durchführung eines Strafverfahrens, auf Drucksache 5/2675.

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Europa- und Bundesangelegenheiten, Justiz, Verfassung, Geschäftsordnung, Wahlprüfung und Immunitätsangelegenheiten gemäß § 70 GO LT (Immunitätsangelegenheiten):
Antrag auf Genehmigung zur weiteren Durchführung eines Strafverfahrens
– Drucksache 5/2675 –

Gemäß Paragraph 70 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung entscheidet der Landtag über die Beschlussempfehlung des Europa- und Rechtsausschusses ohne Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Beschlussempfehlung des Europa- und Rechtsausschusses auf Drucksache 5/2675 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Beschlussempfehlung des Europa- und Rechtsausschusses auf Drucksache 5/2675 bei Zustimmung der Fraktion der SPD, der CDU, der LINKEN, der FDP und Gegenstimmen aus der Fraktion der NPD angenommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Kollege Kuhn hat zwischenzeitlich seine Aufgabe als Mitglied des Europäischen Parlamentes begonnen. Er wird hier unmittelbar im Anschluss an die Sitzung erklären, dass er sein Mandat niederlegt. Dazu ist in der vergangenen Landtagssitzung schon etwas gesagt worden. Ich möchte gerne, bevor Herr Kuhn unser Parlament verlässt, ihm noch etwas übergeben. Er hat uns im Rahmen des Parlamentforums Südliche Ostsee versprochen, dass er unsere Interessen in Brüssel gut vertreten wird.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist
ja ein Witz, was Sie da sagen. –
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Wir haben beschlossen, dass wir ihm dazu die gesamten Werke des Landtages, die wir erarbeitet haben, mitgeben.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Herr Kuhn, ich wünsche Ihnen viel Erfolg in Brüssel im Interesse des Landes Mecklenburg-Vorpommern

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

und ich hoffe auf gute Zusammenarbeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD und CDU – Gratulationen)

Werner Kuhn, CDU: Ich habe kein Rederecht.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Doch.

Werner Kuhn, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich herzlich bedanken für das kollegiale Miteinander, fast drei Jahre hier im Landtag in Mecklenburg-Vorpommern. Dazu konnte ich auch noch sehr viele Erfahrungen sammeln, die mir in Straßburg und Brüssel sehr nützlich sein werden, denn Europapolitik entfaltet immer Wirkung in den Regionen, das heißt auch in unserem Land Mecklenburg-Vorpommern und auf kommunaler Ebene, und diese Erfahrung braucht man einfach, wenn man dann in der Legislative Gesetzgeber ist.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das habe ich ja noch gar nicht gewusst.)

Ich bleibe natürlich meinem Heimatland Mecklenburg-Vorpommern nach wie vor verbunden, freue mich über jede Einladung, die ich auch in den einen oder anderen Ausschuss bekomme in dieses Hohe Haus.

(Angelika Peters, SPD: Sie laden
mich hoffentlich auch mal ein.
Ich möchte auch eingeladen werden.)

In das Plenum werde ich natürlich dann unberechtigterweise nicht zurückkehren können. Ich wünsche uns, dass wir unsere Interessen für unser Land Mecklenburg-Vorpommern auch auf europäischer Ebene gemeinsam formulieren und dann auch durchsetzen werden können. Seit gestern bin ich Mitglied im Transport- und Tourismusausschuss im Europäischen Parlament

(Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Udo Pastörs, NPD: Mann! Transport ist gut.)

und stellvertretender Koordinator für die Europäische Volkspartei für diesen Aufgabenbereich und im Fischereiausschuss stellvertretendes Mitglied.

(Angelika Peters, SPD: Na, denn aber!)

Ich glaube, das ist schon mal ein guter Anfang,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

damit wir hier in Mecklenburg-Vorpommern auch weiter vorankommen

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der CDU und FDP –
Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

und die Bürger von Europa immer weiter überzeugt werden. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der CDU und FDP)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung, am Schluss unserer letzten Sitzung vor der Sommerpause. Die Ausschüsse werden teilweise noch im Nachgang zu dieser Sitzung, partiell auch während der Sommerpausen tagen. Unabhängig davon wünsche ich Ihnen allen eine erholsame Ferienzeit, bevor wir uns dann im September

hier wieder treffen. Die nächste Sitzung berufe ich ein für Mittwoch, den 23. September, 10.00 Uhr. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 13.37 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Detlef Müller und Tino Müller.